

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 21. Dezember 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., höchstens 24 Hg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Hg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Hg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Preisband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Lüttich, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonette über deren Raum 60 Hg., für politische und gewerkschaftliche Erklärungen und Veranlassungs-Kingeln 30 Hg. „Kleine Anzeigen“, das heißt die ersten 20 Hg. (zwei Zeilen) 20 Hg., jedes weitere Wort 10 Hg. (eine Zeile) und Schlußzeilen 10 Hg., jedes weitere Wort 5 Hg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Reichstagswähler! Die Wählerlisten liegen nur noch heute aus. Beraube sich niemand durch Lässigkeit seines Wahlrechtes!

Die Theorie des Scharfmachertums

Unsere Großkapitalisten, die Herren der Schwerindustrie, bemühen sich um eine Theorie, die ihre Forderungen an Staat und Gesellschaft stützen soll, mit der sie moralische Eroberungen in jenen bürgerlichen Kreisen machen können, denen die nackten Profitinteressen der Industriellen nicht so ohne weiteres als zureichende Gründe einleuchten. Die Scharfmacher wollen ihre Praxis „wissenschaftlich rechtfertigen“ lassen, um ein Stück öffentlicher Meinung für sich zu gewinnen. Namentlich um die sogenannte Intelligenz, um ihre technischen und kaufmännischen Angestellten und um die öffentlichen Beamten ist es ihnen zu tun. Aus den ersteren denken sie bei Streiks, Wahlen und ähnlichen Gelegenheiten eine Art freiwilliger Prätorianertruppe zu machen. Und die zweite Gruppe ist nicht minder wichtig, denn sie ist die Verwaltung. Sie hat die Gesetze und Verordnungen auszuführen. Die Verwaltung ist unter Umständen noch als die Befehlsgebung.

Die staatliche Erziehung der Beamten ist ja leider durchaus nicht so, wie sie die Großindustriellen verlangen müssen. Auf den Universitäten grassiert in den Sozialwissenschaften der Kathedersozialismus, der den Unternehmern verhaßt ist. Denn wenn er auch den Kapitalismus im Ganzen verteidigt, er gesteht den Arbeitern doch gewisse Rechte zu, vertritt ihren Anspruch auf Koalitionsfreiheit und Organisation, hat für Arbeiterkammern und -versicherung mehr oder minder Verständnis und Sympathie, zum Teil auch für Tarifverträge und „konstitutionelle Fabrik“. Es gibt zwar einige Professoren, die sich von dieser Richtung abgewandt haben und „egale Wirtschaftsforschung“ treiben, deren Resultate dem Unternehmertum gefallen können. Aber sie sind klein an Zahl und Einfluß. Und der Versuch, ihn zu vergrößern, indem man den kostbaren Professor Ehrenberg auf einen Lehrstuhl von Unternehmern in Leipzig setzen wollte, ist vorerst mißlungen. So müssen die Scharfmacher darangehen, der Sozialwissenschaft der Hochschulen eine eigene Wissenschaft entgegenzusetzen.

Und warum sollten sie das nicht. Wie man wissenschaftlich gebildete Ingenieure für die Produktion von Waren anstellt, ebensogut kann man Sozialwissenschaftler anstellen, damit sie ein System, eine Theorie des Scharfmachertums produzieren. Die Belegung der Hochschulen mit Scharfmacherprofessoren würde freilich die künftigen Angestellten und Beamten stärker beeinflussen. Aber einmal ist das nicht oder noch nicht zu haben, und zweitens bietet die Anstellung von Sozialwissenschaftlern im direkten Dienst der Industrie — als Sekretäre von Unternehmerorganisationen — den Vorteil, daß man die Herren besser an der Strippe behält. Ob ein von den Scharfmachern lancierter Universitätslehrer mit ihnen stets durch Dick und Dünn geht, ob er es nicht einmal bei allzuweit getriebenen Ansprüchen seiner Gönner mit Rücksicht auf seinen wissenschaftlichen Ruf zu tun bekommt, wer kann es wissen! Der Sekretär der Unternehmerorganisation ist jedenfalls zuverlässiger. Und darum machen heute die Herren Scharfmacher das Wort des „kommunistischen Manifests“: „Die Bourgeoisie . . . hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Dozenten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt“ in einem brutal direkten Sinne wahr, von dem Marx und Engels noch keine Vorstellung haben konnten.

Der Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie, Dr. Alexander Tille, hat das Bedürfnis nach einer Theorie des Scharfmachertums befriedigt. In einem vierbändigen Werk*) hat er sie entwickelt.

Der Wissenschaft halber würde es sich nicht lohnen, die vier Bände durchzugehen. Aber das Werk hat seine Bedeutung als ein Dokument des Scharfmachertums, als eine systematische Darstellung, die seine äußersten Konsequenzen mit absoluter Rücksichtslosigkeit zieht. Es bietet Einblick in das Arsenal, das die geistigen Waffen der bittersten Feinde der Arbeiterbewegung enthält und es ist für die Arbeiter nicht unwichtig, festzustellen, wie stumpf und brüchig diese Waffen sind und zugleich die letzten Ziele der Scharfmacher unterhüllt kennen zu lernen.

Im ersten Band „Die gewerbliche Ertragswirtschaft“ entwickelt Tille sein nationalökonomisches System. Er bezeichnet es als „eine den tatsächlichen Verhältnissen der Neuzeit entsprechende Theorie der ertragswirtschaftlichen Unternehmung“ und erhebt den Anspruch, darin etwas ganz Neues zu bieten. In Wirklichkeit aber handelt es sich um eine alte verstaubte Scharfke, die Herr Tille mit einigen neuen Worten für längst bekannte Dinge beklebt hat. Diese paar Worte „Ertragswirtschaft, Sparwirtschaft“ und einige andere, sowie eine ins

Groteske gehende Verherrlichung des Unternehmertums, der eine ebenso große Mißachtung der Arbeiterschaft entspricht, sind das ganze geistige Eigentum Tilles in den vier Bänden. Das übrige hat er von den seligen Manchesterleuten, deren Lehre er für die Zwecke der Großindustriellen zurechtstutzt. Wo es sich um Maßnahmen zugunsten der Unternehmer handelt — Schutzzölle, Kontingentierungsgesetze und dergl. — wird das Prinzip, daß der Staat sich ins Wirtschaftsleben nicht einzumischen habe, ruhig fallen gelassen. In voller Strenge aber wird es aufrechterhalten für das Gebiet des Arbeitsverhältnisses. Da soll weiter unumschränkt die allein seitig machende freie Konkurrenz walten; nur Angebot und Nachfrage dürfen den Arbeitslohn und die übrigen Arbeitsbedingungen bestimmen. Alles andere, auch die Selbsthilfe der Arbeiter durch Koalition ist eine schädliche Störung der wirtschaftlichen Gesetze. Denn selbstverständlich ist alles verdammenswert, was den Unternehmerprofit beschneidet.

Den Unternehmerprofit erklärt und „rechtfertigt“ Tille aus dem Risiko des Unternehmers. Er schildert seinen Lesern den Unternehmer zwar viel lieber als einen Mann von gigantischer Arbeitsleistung denn als waghenden Kapitalisten, aber zur Verteidigung des Profits muß er sich doch auf das Unternehmerrisiko zurückziehen, da er unmöglich die allbekannte Tatsache leugnen kann, daß nicht wenige Unternehmer nicht arbeiten, nicht leiten, sondern ihre Arbeit durch Angestellte verrichten lassen.

Die Hauptstütze des neugebauten Tilleschen Systems ist also ein Argument, mit dem die junge deutsche Sozialdemokratie schon vor mehr als 40 Jahren spielend fertig wurde. Mit dem Hinweis auf das Unternehmerrisiko wollte Schulze-Delitzsch die vernichtende Kritik parieren, die Lassalle im „Bastiat-Schulze“ an der liberalen Vulgar- und Harmoniedusel-Ökonomie geübt hatte. Zwei Jahre nach Lassalles Tode erschien die Schulzesche Erwidrerung „Die Abschaffung des geschäftlichen Risikos durch Herrn Lassalle“. Schweizer hat sie in einer prächtigen Kritikerreihe des „Sozialdemokrat“ (später unter dem Titel „Der tote Schulze gegen den lebenden Lassalle“ als Broschüre erschienen) mit dem Nachweis abgetan, daß es in der sozialistischen Gesellschaft kein Unternehmerrisiko gibt. Denn in ihr wird die Produktion von der Gesellschaft betrieben und nicht, wie heute, durch vereinzelte Unternehmer, die neben- und gegeneinander arbeiten, und infolge ihrer Isolierung nicht übersehen können, welches Quantum ihrer Waren dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechen würde. In der sozialistischen Gesellschaft ist planmäßige Produktion, da sich der gesellschaftliche Bedarf annähernd feststellen und die Warenherstellung danach regeln läßt. Weicht die Schätzung des Bedarfs, die von der Statistik des Verbrauchs ausgeht, ab, vom wirklichen Konsum ab, so fällt der Verlust, die unnütze Verausgabung von Rohmaterial und Arbeitskraft, der Gesamtheit zur Last. Das ehemalige Unternehmerrisiko ist, soweit es nicht beseitigt wird, auf die Gesellschaft verteilt. Solche Produktionsregelung vermag sich freilich Tille nicht vorzustellen. Also dekretiert er, daß sie unmöglich sei. Obgleich ihm die Kartelle und Trusts zeigen könnten, daß es schon heute, wo es eine brauchbare Statistik des Verbrauchs nicht gibt, an Anzeichen nicht mehr fehlt, die Produktion dem Bedarf anzupassen und das Unternehmerrisiko einzuschränken. Trotz dieser schlagenden Tatsachen bringt es Tille fertig, die Unmöglichkeit der sozialistischen Produktionsweise damit zu beweisen, daß sie — keine Unternehmer haben wird. Weil bei Abschaffung des Unternehmerprofits niemand das Unternehmerrisiko wohl Leiter der Produktion, aber keine Unternehmer braucht, das geht nicht in seinen Kopf hinein. Denn der Unternehmer ist ihm die Säule, darauf der ganze Bau des wirtschaftlichen Lebens ruht. Damit kommen wir wieder zu der anderen Seite des Tilleschen Systems, wo der Unternehmer als der Verge versiehende geistige Arbeiter erscheint. Der Schwindel verdient eine besondere Betrachtung.

Warum werden die an dem Tode des Arbeiters Herrmann schuldigen Polizeibeamten nicht angeklagt?

Diese Frage erfährt eine Beleuchtung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts Leipzig. Angeklagt war der Handlungsgeselle Wilhelm Zimmermann wegen Beleidigung der Berliner Staatsanwaltschaft.

Am 14. März tagte im Oden Leipzig eine Volksversammlung, in der Rechtsanwalt Genosse Rosenfeld aus Berlin über das Thema: „Kodak und Essen“ sprach. In der Diskussion meldete sich Zimmermann, der der Demokratischen Vereinigung angehört, zum Worte. Er gebrauchte in Beziehung auf die Berliner Polizei die Worte: „Getrennt marschiert und vereint blamiert“, und

führte aus, daß die Berliner Staatsanwaltschaft bestrebt sei, Dinge zu finden, die gar nicht existierten. Man müsse daher auf den Gedanken kommen, daß es gar nicht verwunderlich sei, wenn die Staatsanwaltschaft den Mörder Herrmanns nicht findet, denn sie wolle ihn eben nicht finden.

Der Angeklagte erklärte, er habe nur gesagt, man müsse auf den Gedanken kommen, die Staatsanwaltschaft möchte den Mörder nicht gern finden. Inzwischen befandete der überwiegende Beamte auf das Bestimmteste, daß die Äußerung so gefallen sei, wie er sie stenographiert habe.

Als Zeuge trat Staatsanwalt Steigler-Berlin auf, um darzutun, was die Staatsanwaltschaft in der Morde des Herrmann getan hat. Herrmann hat am 27. September auf der Bickelsstraße in Berlin die Verletzungen erlitten, an denen er am 3. Oktober im Krankenhaus gestorben ist. Am 5. Oktober ging bei der Staatsanwaltschaft die erste Anzeige ein und noch am gleichen Tage wurde noch die Leichenöffnung verfügt, die ergab, daß der Verletzte an einer Gehirnhautentzündung gestorben sei, deren Ursache offenbar in einer Kopfverletzung zu finden war. Sechs Tage später, am 11. Oktober, wurden die Akten dem Polizeipräsidenten zur Erörterung der Schuldfrage zugestellt. Einen Tag zuvor hatte nämlich eine Frau mitgeteilt, Schuhmann Nr. 3447 oder 3447 sei der Täter. Es hat sich aber, wie Herr Steigler auslegte, herausgestellt, daß der eine Schuhmann an dem Tage krank und der andere in einem nicht in Betracht kommenden Revier tätig gewesen sei. Die Witwe Herrmann, den Arbeiter Schönebeck, den Portier Rathshof, den Inspektoren Wido und einen Mann namens Steiger.

Von der Polizei kamen die Akten am 23. Oktober zurück. Es lag kein Anhalt zu weiteren Erörterungen mehr vor, und die Staatsanwaltschaft erwartete, daß sie für den 9. November angesezte Landgerichtsverhandlung nähere Anhaltspunkte ergeben werde. Die Staatsanwaltschaft verfügte daher am 25. Oktober folgendermaßen: Ein Anhalt besteht nicht; noch weitere Schulden zu hören, ist ohne Anhalt, auch eine Gegenüberstellung würde jedenfalls ergebnislos verlaufen; es kann unter diesen Umständen nicht aufgeklärt werden, ob der Säbel eines Schuhmanns den Herrmann getötet hat, wenn das der Fall wäre, ob der Beamte in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes sich befunden habe. Es sollte zunächst die Hauptverhandlung abgewartet werden.

Am 1. Dezember ein Zeuge vor Gericht befandete, daß Herrmann von zwei Schuldeuten geschlagen worden war, wandte sich die Staatsanwaltschaft wiederum an den Polizeipräsidenten mit dem Ersuchen, den Fall nach Möglichkeit aufzuklären und den Schuldigen zu ermitteln. Die Polizei vernahm darauf 51 Beamte, die an der Reformationskirche Dienst gehabt hatten; alle bekundeten, keiner von ihnen habe auf einen einzelnen Mann geschlagen und keiner von ihnen habe gesehen, daß ein Schuhmann auf Herrmann eingeschlagen hat. Der Polizeipräsident hat, die sämtlichen Beamten zur Hauptverhandlung als Zeugen zu laden. Aber die Staatsanwaltschaft sah davon ab, weil durch die Vernehmung der Beamten nur ein negativer Beweis geführt worden wäre. Weder die Verhandlung vor dem Landgericht noch die sich anschließende Schwurgerichtsverhandlung brachten einen Anhalt zur Ermittlung des Täters. Am 24. Januar, nach Schluß des Schwurgerichts, trat daher die Staatsanwaltschaft in weitere Erörterungen ein. Sie veranlaßte, daß mehrere Personen, die etwas von dem Mordfall auf Herrmann gesehen haben wollten, vom Amtsgericht vernommen wurden.

Eine Frau Jordan sagte aus, sie habe gesehen, wie ein Schuhmann mit gezogenem Säbel auf Herrmann zugelaufen sei und Herrmann sei danach noch von einem zweiten Schuhmann geschlagen worden. Aber sie würde die Schuldeute nicht wieder erkennen, ihre Nummer wisse sie auch nicht anzugeben. Am 20. Februar seien diese Leute vernommen worden. Er (der Zeuge) selber habe dann am 1. März den Vorarbeiter Schauer vernommen, der mit Herrmann zusammen gearbeitet hat, ferner den Inspektoren Wido, den Mechaniker Freitag und zwei andere Personen. Darauf habe er am 14. März noch fünf andere Zeugen angehört, am 20. März den Arbeiter Schönebeck und am folgenden Tage den Kaufmann Richter. Er (der Zeuge) sei in zwei Wohnungen gewesen, von denen aus man die Stelle sehen kann, wo Herrmann geschlagen worden ist. Weiter sei er bei einem Milchbändler, beim Geißlichen der Reformierten Kirche, auf der Anfallstraße und im Krankenhaus gewesen, um Nachforschungen anzustellen. Der Verdacht, daß Schuldeute die Täter waren, habe sich verhärtet. Deshalb sei bereits am 6. März verfügt worden, daß sämtliche Beamte, die an dem in Betracht kommenden Tage in jener Gegend Dienst hatten, vernommen würden. Auch sollten die Schuldeute den Augenzugungen gegenübergestellt werden. Am 18. März seien die Akten wieder an die Staatsanwaltschaft zurückgekommen. Es bestand ein Zweifel darüber, ob der Fall Herrmann mit der Räumung der Bickelsstraße zusammenhängt. Es lag aber dafür die Wahrscheinlichkeit vor, deshalb beantragte der Polizeipräsident, 11 Beamte eidlich zu vernehmen. Am 21. März erging deshalb ein neues Ersuchen an das Amtsgericht, 24 Polizeibeamte den Augenzugungen gegenüberzustellen, sie zu fragen, wo sie gestanden haben und wor den Herrmann geschlagen hat. Aber es

*) Die Berufsverbände des Gewerbe- und Handelsstandes. Verlag von Rosenbaum u. Hart Berlin.

ergab sich, daß die Namenliste der Polizei äußerst mangelhaft war; es fehlten namlich die Namen von Beamten, die gar nicht Dienst gehabt hatten, und umgekehrt fehlten Namen von Beamten, die Dienst verrichtet hatten.

Am 30. März beantragte deshalb die Staatsanwaltschaft, sämtliche Schutzeute des Radfahrerkommandos Horn und die Mitglieder eines anderen Kommandos zu vernehmen, das in der Nähe stationiert gewesen ist. Am 4. April beantragte der Zeuge, noch weitere Schutzeute, die nicht in den Listen standen, zu vernehmen. Auch zwei von Radfahrern keine benannte Zeugen sind vernommen worden. So sind die Nachforschungen stetig fortgesetzt worden, ohne indes etwas Positives zu erbringen. Es seien etwa 200 Schutzeute und 40 Zivilpersonen vernommen worden; 180-190 Schutzeute sind jedoch unverdächtig geblieben. Die Staatsanwaltschaft habe beantragt, diese Leute zu verurteilen, der Antrag sei aber vom Amtsgericht abgelehnt worden nach § 362 der Strafprozessordnung, wegen Verdachts der Wittüchtigkeit. Da noch immer die Möglichkeit vorlag, daß nicht alle Schutzeute, die in Maabit Dienst getan haben, in den Listen geführt und vernommen worden waren, sei er (der Zeuge) nochmals an den Polizeipräsidenten herangetreten mit dem Ersuchen, die Listen genau zu prüfen. Der Polizeipräsident habe daraufhin neue Listen angefertigt, aber dabei bemerkt, es sei schwer, genaue Listen herzustellen.

Die letzten Vernehmungen hätten am 5. Juli stattgefunden und nichts ergeben. Schließlich habe die Staatsanwaltschaft noch Befehle wegen der Nichtvernehmung der Beamten eingeleitet; die Befehle seien aber vom Gericht am 15. September zurückgewiesen worden. Der Zeuge versichert zum Schluß, daß die Staatsanwaltschaft nichts verübt habe, um den Täter zu ermitteln. Der Staatsanwalt selbst hätte außerordentlich viel daran gelegen, die Angelegenheit aufzuklären, schon wegen der vielen Vorwürfe, die ihr gemacht worden sind.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Groß, fragte den Zeugen noch, warum keine Belohnung ausgesetzt worden sei, worauf Staatsanwalt Steiner erwiderte, daß der Polizeipräsident keine Fonds dafür zur Verfügung habe, und als man erfährt, daß ein Schutzeute in Frage komme, da war schon lange Zeit verfließen. Anfangs Dezember sei die Staatsanwaltschaft noch nicht sicher gewesen, daß ein Schutzeute als Täter in Frage kam.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld sowie Genosse Mühlhagen, der die Vernehmung geleitet hatte, konnten über die inkriminierte Neuerung nichts Genaues aussagen. Verteidiger Justizrat Melos vertrat das Recht des Staatsbürgers, Kritik zu üben, denn der Angeklagte wie jeder Staatsbürger könne einmal der Verdächtige sein, der mit dem Polizeibüro bearbeitet wird. In der ersten Zeit sei das Notwendige nicht geschehen, um den Fall Herrmann aufzuklären. Er beantragte Freisprechung.

Das Landgericht verurteilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis. Das Urteil soll in der „Leipziger Volkszeitung“, in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und im „Leipziger Tageblatt“ sowie im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht werden.

Das Ende vom Liede ist also, daß juristisch die Schuldigen unauflösbar sind und der Blute des Erschlagenen die ihr gehörende Rente vom Fiskus vorzuenthalten wird. Eine eigenartige Beleuchtung unserer Rechts- und Sicherheitszustände. Würde die Polizei, deren Ermittlungen für die Staatsanwaltschaft die Grundlage abgeben, auch in dem Falle unfähig gewesen sein, die Totschläger zu entdecken, wenn nicht Herrmann, sondern der Schlangengewaltige Stimmus von zwei Polizeibeamten niedergeschlagen wäre? Die Sicherheit Berlins erfordert dringend, die Sicherheitspolizei der Polizei abzunehmen und sie der Stadt zu übertragen.

Zur Reichstagswahl.

Ein Schulbeispiel bürgerlichen Wahlzählens.

Zur ersten Nachtrag zum „Nationalliberalen Handbuch“ befindet sich auf Seite 4 folgender „Beleg“ für die Belastung der Arbeiter durch die Sozialdemokratie:

„Der Verband der Sattler (Ordnungsverwaltung Berlin) hatte in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1908 nach dem Bericht des „Vorwärts“ folgende Einnahmen aus den Beiträgen seiner Mitglieder zu verzeichnen: Kasse der Ortsverwaltung 26 914 M., Lokalkasse 15 257 M., Berliner Verwaltung 4035 M., zusammen also 46 206 M. Die durchschnittliche Zahl der Mitglieder betrug 1082, so daß auf das einzelne Mitglied ein Betrag von durchschnittlich 134 M. wöchentlich oder 98,08 M. jährlich entfällt. Diese Steuer entspricht in dem als reaktionär verschrieenen Preußen einem Einkommen von 4200 M. Würde sich die Sozialdemokratie bei der Einkämpfung ihrer Steuerpflichtigen von den gleichen gerechten Grundsatzen leiten lassen, wie sie bei der Beratung der Steuerreform der Preussische Landtag verfolgte, so müßten die Berliner organisierten Sattler ein durchschnittliches Einkommen von 4200 M. haben. Ist ihr Einkommen geringer, so beweist das nur, daß die ungerechteste und bedrückendste Besteuerung gerade bei der Sozialdemokratie zu finden ist.“

Soweit das Handbuch. Wie jeder mit den gewerkschaftlichen Einrichtungen auch nur halbwegs Vertraute sofort einsieht, kann die Rechnung gar nicht stimmen. Wie kommt nun der national-liberale Schlammeier zu seinem Resultat? Er setzt zunächst sämtliche Kassenbestände aller drei Kassen in Höhe von 11 339 M. als Einnahme aus Mitgliederbeiträgen ein; dann bucht er die 20 Proz. die der Lokalkasse als Verwaltungskosten zuzurechnen, und die naturgemäß in beiden Abrechnungen als Einnahme erscheinen, zweimal als Einnahme; weiter setzt er 1755 M. Extrabeiträge, die aus der Lokalkasse geleistet wurden, in die Rechnung, und schließlich werden auch noch 13 900 M., die aus der Hauptkasse als Zuschuß zu den Ausgaben geleistet wurden, als aus Mitgliederbeiträgen eingenommen eingeseht. Außerdem noch einige kleinere Posten, wie Einnahme der Bibliotheken usw.

Stellen wir nun das nationalliberale Wahlzählens richtig, so ergeben sich folgende Zahlen: Es betrug die Einnahme aus Eintrittsgeldern und Mitgliederbeiträgen in der

Kasse der Ortsverwaltung	10 146,95 M.
Lokalkasse	6 750,00
zusammen	16 896,95 M.

Das ist ungefähr ein Drittel der von dem national-liberalen Wahlzählens angegebenen Summe. Der „Irrtum“ ist also recht stark. Eigenartigerweise hat der Rechenmeister die andere Seite der Abrechnung, nämlich die Ausgaben des Verbandes, ganz übersehen. Er müßte aber doch wissen, daß die Verwendung der Summen für die Beurteilung nicht ganz unwesentlich ist. Er hätte allerdings nun berichten müssen, daß die Zahlstelle in demselben Vierteljahr, in dem sie nicht ganz 17 000 M. von den Mitgliedern erhielt, und 25 000 M. an Unterhaltungen aller Art auszahlte.

Das hätte das nationalliberale Konzept völlig verdorben. So ist es immer mit diesen Statistiken.

Vielleicht erfahren wir aus dem nächsten Nachtrag zum Handbuch, wieviel von den an den Staat geleisteten Steuern an die Arbeiter zurückfließen! Vielleicht erhalten wir auch eine Aufrechnung über die Summen, die jeder Arbeiter in Form von indirekten Steuern an das Reich zahlt und welchem Einkommen

diese Summen entsprechen, wenn die „Gerechtigkeit“ der preussischen Steuerreform zugrunde gelegt wird.

Zentrumsterrorismus in der Oberpfalz.

Je näher der Wahltermin heranrückt, desto lebhafter wird es in den schwarzen Gefilden der Oberpfalz. Der Terrorismus der geistlichen Herren feiert wahre Orgien. Wenn die Sozialdemokraten Versammlungen einberufen wollen, dürfen sie sie erst kurz vor Beginn bekannt machen, weil sie sonst sicher durch Saalabtreiber davor gehindert werden. Am Sonntag sollte in Schwarzenfeld eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden, zu der am Vormittag durch Flugblätter eingeladen wurde. Das rief im Ort ungeheure Aufregung hervor. Der Wirt zog plötzlich seine Zusage zurück. Im Lokal fanden sich nach der Kirche die Ortsbewohner ein, aufgeregter diskutierend und Drohungen austauschend. So erklärte der Sohn des Bürgermeisters:

„Vor drei Jahren san't kenna bis zum Kloster, wie sie dort die Stein haben fliegen sehn, san's wieder umgekehrt. Diesmal gehts ihnen nit anders. Und wenn der Referent spricht, kommen guert die Bierflögel g'flogn; wenn er dann nicht aufhört, kommen die Holbein' (Seidelgläser), und wenn er dann noch nit geht, wird ihm's Dach gehörig einkedt.“

Als nachmittags der Referent, Genosse Brede aus Nürnberg, ankam, erwartete ihn der Einberufer am Bahnhof und rief ihm mit Rücksicht auf die Stimmung der verheiratheten Bevölkerung, nicht in den Ort zu gehen, sondern mit dem nächsten Zuge wieder abzufahren. Der Referent ließ sich aber nicht abschrecken und begab sich in das Lokal, wo sich circa 120 Personen einfanden und auch bald der Pfarrer mit dem Kaplan auftauchte. Nach längeren Auseinandersetzungen mit Breder, der ihn fragte, ob er es für anständig halte, anderen Parteien die Versammlungsorte abzugeben, erklärte der Pfarrer, er habe nichts dagegen, wenn die Versammlung statfinde. Als man aber zur Eröffnung überging, „ernannte“ der Pfarrer ohne weiteres einen Vorsitzenden aus seiner Garde und beanspruchte als erster Redner das Wort, das er auch nahm, trotz des Protestes unserer Genossen, die die Versammlung einberufen hatten. Sie wurden einfach niedergebückt. Der geistliche Herr holte zu stundenlangen Schimpferien über die Sozialdemokratie aus, begleitet von dem Scheul seiner fanatisierten Anhänger.

Von dem Siegesgebrüll der schwarzen Schar verfolgt, mußten unsere Genossen schließlich das Feld räumen. Mit der „guten Sach“ muß es wirklich windig ausfallen, wenn man zu solch verzweifelten Mitteln greifen muß, um sie zu halten.

Der Wahlkampf in den ostpreussischen Gefilden.

Ähnlich wie in den streng katholischen Gegenden das „moralische“, für die heiligsten Güter der Menschheit kämpfende Zentrum, haust in den ostpreussischen Gefilden die Junkerpartei. Aus dem ostpreussischen Wahlkreise Ostprede-Neidenburg wird dem „Berl. Tagebl.“ geschrieben:

Der Wahlkampf nimmt hier immer rohere Formen an. Es liegt dies hauptsächlich daran, daß die Konservativen eine ganz bestimmte Kohorte gebildet haben, lediglich zu dem Zweck, die nationalliberalen Versammlungen zu stören und durch Zwischenrufe und Rabau die Redner am Sprechen zu hindern. Als kürzlich einige von diesen Leuten in Gregerdorf bei Neidenburg aus dem Versammlungsraum verwiesen wurden, kam es zu wüsten Szenen. Mit Steinen wurde an das Fenster geschlagen und auf alle mögliche Weise versucht, die zurückgebliebenen Zuhörer einzuschüchtern und zum Verlassen der Versammlung zu bewegen. Noch schlimmer kam es nach der Versammlung. Als der nationalliberale Parteisekretär aus dem Dorfe Gregerdorf hinausfuhr, da ertönte ein Pfiff und bald darauf wurden das Gespann und seine Insassen mit saukgroßen, Steinen beworfen. Ein Stein riß dem Parteisekretär die Pelzmütze vom Kopf, ein zweiter traf seinen Begleiter, ein dritter den Kutser, während viele Steine über das Gefährt hinwegflogen. Erst als die in dieser Weise Bedrohten zu ihrer Verteidigung zwei Revolverschüsse abfeuerten, ließ der Steinregen nach und das Gefährt konnte ungehindert nachhause erreichen. Auch hier suchten die konservativen Agitatoren, die jenseit hinterher gefahren waren, in den Versammlungsraum einzudringen, wurden aber von dem Wächter an der Tür zurückgewiesen. Der Ueberfall in Gregerdorf wurde sofort der Staatsanwaltschaft angezeigt.

Freilinnige Lügentaktik.

Eine Berliner Korrespondenz, deren Herausgeber sich die Verherrlichung des Berliner Kommunalstreikens zur Lebensaufgabe gemacht zu haben scheint, hat dieser Tage versucht, auf ihre Weise auch im Reichstagswahlkampf fördernd für den Berliner Freisinn zu wirken. Das Mittel, zu dem diese Korrespondenz greift, ist das der Lüge. Zunächst galt es, gegen die sozialdemokratische Kandidatur im 3. Berliner Wahlkreise vorzugehen. Das geschah durch eine Notiz, die, soweit wir gesehen haben, nur in der „Vossischen Zeitung“ Aufnahme fand und folgendermaßen lautete:

„Heine-Pfannkuch. Im 3. Berliner Reichstagswahlkreise (Zweifelhaft) kam es in der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins zu stürmischen Ausbrüchen. Ein Teil der Erschienenen murkte offen über die Verrücktheit des Abg. Heine und beanspruchte für sich das Recht, den Kandidaten selbst aufzustellen und sich nicht vom Parteivorstande aufstrotzen zu lassen. Gegen die Aufstellung des Parteisekretärs Pfannkuch wurde heftig opponiert. Es wurde darauf hingewiesen, daß Pfannkuch schon längst vom Parteivorstande und dem „Vorwärts“ als alleiniger Kandidat genannt worden sei, ohne daß man die Genossen gefragt habe. Solche „Schiedungen“, „Ernennungen“ und „Kommodien“ dürften in Berlin und in der sozialdemokratischen Partei nicht vorkommen.“

Der Inhalt dieser Notiz ist von A bis Z erfunden. Aus diesem Grunde hat Genosse Heine folgende Erklärung an die „Vossische Zeitung“ gerichtet:

1. Es ist nicht richtig, daß Genosse Heine beiseite geschoben ist.

Richtig ist, daß Genosse Heine im Sommer 1910 dem Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins des 3. Berliner Reichstagswahlkreises brieflich anzeigte, daß er nach Ablauf der Legislaturperiode im 3. Berliner Wahlkreise nicht wieder kandidieren werde.

2. Es ist nicht richtig, daß meine Kandidatur den Genossen des 3. Berliner Reichstagswahlkreises vom Parteivorstand aufgetrieben worden ist.

Richtig ist, daß auf Beschluß des Vorstandes des Wahlvereins mehrere Genossen sondiert wurden, ob sie zur Uebernahme der Kandidatur bereit seien. So wurde auch ich befragt, ich sagte zu, nachdem ich die Gewißheit hatte, daß Genosse Heine nicht wieder kandidieren wolle.

Daraufhin resolvierte der Vorstand des Wahlvereins einstimmig, der Generalversammlung meine Kandidatur in Vorschlag zu bringen.

Das ist geschehen. Die stark besuchte Generalversammlung stellte meine Kandidatur mit allen gegen 2 Stimmen auf. Die Genossen haben somit das Recht, selbst zu entscheiden, im Rahmen der selbstgegebenen Organisation uneingeschränkt ausgeübt.

Der Parteivorstand hat mit meiner Kandidatur im 3. Berliner Wahlkreise sich in keinem Stadium der Aufstellung befugt; ebensowenig der „Vorwärts“.

Eine Versammlung, in der es zu stürmischen Ausbrüchen aus Anlaß der Aufstellung meiner Kandidatur gekommen sei, hat nicht stattgefunden. Ich wäre der Redaktion dankbar, wenn sie über Zeit und Ort, wann und wo die stürmische Versammlung stattgefunden hat, bestimmte Angaben machen wollte.

Ohne Widerspruch wurde in der am 19. er. abgehaltenen Wählerversammlung im „Deutschen Hof“, Ludowik-Strasse, festgestellt, daß noch niemals im 3. Kreis die Aufstellung einer Kandidatur so ruhig und einmütig vollzogen worden sei, wie die meinige.

Geschäftlich

W. Pfannkuch.

Die „Vossische Zeitung“ hat dieses Schreiben nicht abgedruckt, wohl aber seinen Inhalt knapp wiedergegeben. Gleichzeitig erklärt das Blatt, daß sein Gewährsmann auf die Frage, wann und wo die stürmische Versammlung stattgefunden habe, in der die von ihm berichteten Vorgänge sich zugetragen haben sollen, geantwortet habe, daß es sich um sozialdemokratische Versammlungen handele, die am 12. Dezember in der „Neuen Philharmonie“ und im „Märkischen Hof“ stattgefunden haben.

Wir können nur wiederholen, was schon in der Erklärung des Genossen Pfannkuch festgestellt ist, daß diese Behauptung eine faulstidige Lüge ist.

Es muß schlecht um die Sache des Freisinn stehen, wenn zur Betreibung freisinniger Agitation derartige Schwindelmander notwendig sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Dezember 1911.

Neben dem Flottenverein ein — Wehrverein.

Der politisierende Generalmajor Reim ist ein Mann von unbändigem Tatendrang. Bei den Pottentottenwahlen des Jahres 1907 stand er auf der Kommandobrücke des Flottenvereins und betätigte sich in idealer Konkurrenz mit dem Reichsverbandskameraden v. Liebert als „nationaler“ Wahlstrategie. Er verfügte damals nicht allein über die Mittel des Flottenvereins, sondern aktive Marinemannschaften standen ihm sogar zur Verfügung. Seit jener glorreichen Zeit hat es im Flottenverein aber gekriselt und gekracht, und Herr Generalmajor Reim hat seine kostbare Kraft nicht mehr in vollem Umfang auf die Flottentreiberei und Engländerheer werfen können.

Aber wir haben ja nicht bloß eine Flotte, wir haben auch ein Landheer, für das man kräftig die Rüstungspouke schlagen kann. Und wenn der Flottenverein eine Organisation ist, die immer mehr und immer neue Röhne auf Regis Fluten sehen will, warum soll es nicht auch eine Organisation geben, die für immer mehr Soldaten agitiert?

Dies oder ähnliches mag Herr Generalmajor Reim gedacht haben, als er sich jetzt, vor den Wahlen 1912 hinsetzte und einen Aufruf zur Gründung eines Wehrvereins losließ.

Der Herr General hat sich in diesem Aufruf zu der Erkenntnis durchgerungen, daß „sich im nächsten Kriege das Schicksal Deutschlands in erster Linie zu Lande entscheidet“, darum muß sich Deutschland „die militärische Ueberlegenheit zu Lande sichern“. Herr Reim läßt zur Begründung dieser seiner Weisheit wieder das schwarze Gespenst, die „schwarze Armee“ Frankreichs erscheinen.

Kann ein Mann, der mit einem solchen Popanz arbeitet, als Militär und als Politiker noch ernst genommen werden?

Nach einigen Ausfällen gegen den Gedanken des Weltfriedens, dessen Vertreter er „Volkverderber“ nennt, meint der Herr General, daß unser Volk verweichliche und eines Tages unfähig werde, „seine heiligsten Güter mit der Waffe in der Hand erfolgreich zu schützen“.

Was mag wohl dieser politisierende General für eine Vorstellung vom wirklichen Volke haben? Rein, Herr Reim, ein Volk, das im Jahre 1909 nicht weniger als 9363 Tote und 139 070 Verletzte auf dem Schlachtfelde der Arbeit zählen mußte, das in 23 Friedensjahren (1886 bis 1909) 172 362 Tote und 2 140 798 Verletzte im kapitalistischen Wirtschaftsbetriebe aufzuweisen hat, während im Kriege von 1870/71 an Toten 28 268 und im russisch-japanischen Kriege 30 446 getötet wurden, verweicht so leicht nicht. Das verhindert schon die Fronarbeit und der harte Kampf ums Dasein.

Aber solche Erwägungen haben im Kopfe eines vom Rüstungskoller und chauvinistischen Größenwahn befallenen Generals keinen Platz. Er erblickt die größte Aufgabe der Gegenwart in der Gründung eines Verbandes, „der wehrpolitisch wirkt“. An der Hand von höchst ansehnlichen Zahlen vergleicht Herr Reim die französischen und die deutschen Streitkräfte und kommt zu dem Schluß, daß Deutschland sein Landheer noch weit mehr als bisher ausbauen und vergrößern muß. Daher liege es im Interesse des Heeres und des Vaterlandes, einen „Wehrverein“ ins Leben zu rufen.

Der selbe müßte bedingungslos unabhängig sein nach jeder Richtung. Er müßte alle Kreise und alle Schichten unseres Volkes ohne Unterschied der Partei und der Konfession umfassen und dürfte kein einseitiges Gepräge aufweisen. Er müßte durch Wort und Schrift zu wachen imstande sein. Er müßte fest im Auge behalten, daß das deutsche Schwert unbedingt schon im Frieden so scharf gemacht werden muß, daß es im Ernstfalle auch unter den schwierigsten Verhältnissen den Sieg an die deutschen Fahnen zu fesseln imstande ist.

In einer im Januar einzuberufenden Versammlung soll dann dieser Wehrverein ins Leben treten.

Sehen wir von der Person des Generalmajors Reim ab, so geht aus dem Aufrufe hervor, daß in den nächsten Jahren die Rüstungsbegehr ins maßlose wachsen wird. Der sorgsam zurechtfrisirierte Etat für 1912 läßt darüber noch im unklaren, aber nach allen Anzeichen der letzten Zeit ist damit zu rechnen, daß dem neuen Reichstage eine umfangreiche Heeresvorlage beschieden werden wird. Darum, Steuerzahler, seid auf Eurer Gut! Am 12. Januar kann dem Rüstungswahnwitz noch entgegengetreten werden.

Herrn von Seydebrands Stichwahlparole.

Die konservative Partei der Provinz Ostpreußen hat gestern in Königsberg ihren Parteitag abgehalten, auf dem Herr v. Seydebrand eine lange Rede hielt, in deren Verlauf er drei Forderungen aufstellte, die alle jene Liberalen unterschreiben sollen, die von den Konservativen in der Stichwahl unterstützt sein wollen. Wie Herr v. Seydebrand ausführte,

Hatte er es nicht für politisch richtig, alle Liberalen, die in die Stichwahl mit einem Sozialdemokraten kamen, ohne weiteres zu unterstützen, denn mancher Liberale unterscheidet sich kaum von einem Sozialdemokraten. Den Liberalen sollen folgende drei Fragen vorgelegt werden:

Bist du bereit, jede Verminderung der kaiserlichen Gewalt und der Regierungsgewalt unter allen Umständen zu verhindern? Bist du bereit, unter allen Umständen für einen lückenlosen Schutz unseres wirtschaftlichen Lebens mit Hilfe des Zollsystems einzutreten? Bist du bereit, jede Maßnahme zu unterstützen, die den Schutz der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Sozialdemokratie anbetrifft (d. h.: bist du bereit, für Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie zu stimmen?)

„Die liberalen Kandidaten, die auch nur eine von diesen Bedingungen nicht unterschreiben,“ so fügte Herr v. Seydewitz noch einem Bericht des „Berl. Tagebl.“ hinzu, „würden in meinen Augen ebenso gefährlich sein wie ein Sozialdemokrat. Da hätte man gleich ein Mittel, sachgemäß zu unterscheiden und für spätere Eventualitäten festzulegen, wie man sich zu verhalten hätte. Stichwahlkompromisse zwischen Konservativen und Liberalen können nur auf Gegenseitigkeit beruhen. Erreichen wir es, Vereinbarungen mit den Liberalen für die Stichwahlen zu treffen, so können wir einen großen Sieg der Sozialdemokratie in letzter Stunde verhindern.“

Einberufung des preussischen Landtages.

Schon seit längerer Zeit wußte man, daß der preussische Landtag zum 15. Januar 1912 einberufen werden sollte. Jetzt veröffentlicht der „Preussische Staatsanzeiger“ amtlich folgende Verordnung: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen gemäß Artikel 51 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 auf den Antrag des Staatsministeriums, was folgt:

Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, werden auf den 15. Januar 1912 in unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen.

Das Staatsministerium wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt. Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insignel.

Gegeben Neues Palais, den 11. Dezember 1911.

Wilhelm R. v. Bethmann Hollweg. v. Tirpitz. Delbrück. Bessler. v. Preussner. Eydow. v. Troitz zu Solz. v. Seeringen. Frhr. v. Schorlemer. v. Dallwitz. Lentze.

Ein Geheimverbot des Justizministers

ist, wie die „Nationalzeitung“ berichtet, an die Richter ergangen, in dem sie aufgefordert werden, am Wahltag ausnahmslos ihr Wahlrecht auszuüben. Auch solle den Subalternbeamten nahegelegt werden, daß sie am 12. Januar zur Urne gehen. Von einer bestimmten politischen Partei ist selbstverständlich in dem Erlaß keine Rede.

Die billigen Kartoffeln des Eisenbahnministers.

Wir haben schon wiederholt berichtet, daß die „billigen“ Kartoffeln, die der preussische Eisenbahnminister in seiner bekannten Pflichterfüllung für seine Beamten angekauft hat, so schlechter Qualität sind, daß mehrfach die Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter die Annahme der ihnen zugedachten kostbaren Erdfrüchte abgelehnt haben, sobald diese als Futterkartoffeln losgeschlagen werden mußten. Jetzt wird uns ein neuer derartiger Fall aus Witten (Mubr) berichtet:

Die Königl. Eisenbahnwerkstätte Witten hatte für ihre Beamten und Arbeiter große Kartoffelbestände vermittelt, die derart schlecht ausgefallen sind, daß sie als Futterkartoffeln zum Preise von 1 Mk. pro Zentner losgeschlagen werden mußten. Doch auch zu diesem billigen Preise wollte ein Händler, der mehrere Waggons angekauft hatte, die Kartoffeln nicht abnehmen, da er die Wahrnehmung machte, daß die Kartoffeln zu dreiviertel faul waren. Jetzt sind die Eisenbahner hier damit beschäftigt, die „guten“ Kartoffeln unter den faulen herauszufischen, die dann billig losgeschlagen werden sollen.

Sind denn die preussischen Eisenbahnarbeiter dazu da, Kartoffeln anzufressen, weil der Eisenbahnminister und seine höheren Beamten, ohne etwas von der Güte der edlen Knollenfrüchte zu verstehen, Viehkartoffeln für wunderbare Gharthartoffeln gehalten haben?

Ostböhmisches Junkerleben.

In einem Studentenbrief aus dem Jahre 1884 schreibt Otto v. Wisnars, der spätere Kanzler, an seinen Korpbruder Scharlach folgende Schilderung echt preussischen Junkerlebens:

„Ich werde daher wohl das Portefeuille des Anwärterigen auslagern, mich einige Jahre mit der rekrutendressierenden Juchtelinge amüßigen, dann ein Weib nehmen, Kinder zugeben, das Land bauen und die Sitten meiner Bauern durch unmäßige Branntweinfabrikation untergraben. Wenn Du also in zehn Jahren einmal in die hiesige Gegend kommen solltest, so biete ich Dir an, so viel Kartoffelschnaps zu trinken als Du willst und auf der Hejagad den Hals zu brechen, so oft es Dir gut scheint. Du wirst hier einen fettemächtigsten Landwechsellager finden, einen Schmirrbart, der schwört und flucht, daß die Erde zittert, einen großen Abscheu vor Franzosen hegt und Hunde und Bediente aus das brutale prügelt, wenn er von seiner Frau tyrannisiert worden. Ich werde lederne Hosen tragen, mich zum Waldmarkt in Stettin ausladen lassen, und wenn man mich Herr Baron nennt, werde ich mir gütigst den Schmirrbart streichen und um zwei Taler wohlfeiler verkaufen. In Königs Geburtstag werde ich mich bejaunen und Widat schreien, übrigens mich häufig anreihen, und mehr drittes Wort wird sein: Auf Wehre! superbes Pferd! Kurz, ich werde glücklich sein im ländlichen Kreise meiner Familie; car tel est mon plaisir.“

Der junge Otto v. Wisnars hat, dieser Schilderung nach zu urteilen, den ostböhmisches Janbadel gut gekannt. Ist seitdem auch die Kultur nicht ganz an der Junkerlaste vorübergegangen, so hat sich doch im ganzen nicht viel an der Psyche des echten Landjunkers geändert; nur in einer Hinsicht hat sich ein enormer Fortschritt vollzogen: das Volk muß jetzt obendrein den Schnapsbrennern für ihre „unmäßige Branntweinfabrikation“ hohe Prämien zahlen.

Die Kolonialverwaltung und die Kolonisierung des Kongo.

Die Maßnahmen der deutschen Kolonialverwaltung für eine zweckentsprechende Kolonisierung des neuesten deutschen Schutzgebietes in Afrika, den Kongo, dürften, die Genehmigung des Reichstages vorausgesetzt, folgende Punkte umfassen:

Als wichtigste Maßnahme sieht man die Lösung der Besiedelungsfrage an, die zuerst einige Schwierigkeiten haben dürfte, da die Anläge von Farmen, Faktoreien usw. durch den allgemeinen, augenblicklich sogar sehr ungelunden klimatischen Zustand des Landes sehr erschwert werden wird. Aus diesem Grunde wird die Kolonialverwaltung beantragen, Mittel in der Gesamthöhe von vier Millionen Mark für das Etatsjahr 1912 auszugeben für eine umfassende, zweckentsprechende Verlämpfung des gefährlichsten Uebels

dieser Kolonie, der Schlafkrankheit und ihrer Erregerin, der Tsetsefliege. Um die Ordnung aufrecht zu erhalten, errichtet ferner die Kolonialverwaltung vorläufig 150 Polizeistationen, die in den Kolonisationsgebieten untergebracht werden sollen und aus Polizeiklavis der Kolonie Kamerun hervorgehen werden. Nach Erledigung des Etats wird die neue Kolonie ein ständiges Schutztruppenkommando von vorläufig 600 Mann, 88 Unteroffizieren und 21 Offizieren erhalten. Außerdem soll eine Kolonistenliste an allen Ansiedlungsstellen gebildet werden.

Die Kolonialverwaltung will zur schnelleren Erledigung der geplanten Maßnahmen dem neuen Reichstage einen Dringlichkeitsantrag vorlegen.

Eröffnung des hessischen Landtags.

Im Großherzoglichen Residenzschloß wurde heute der 35. Landtag durch den Großherzog eröffnet. Das Wolffsche Telegraphenbureau berichtet darüber:

Die Thronrede bespricht zunächst den Staatsvoranschlag für 1912 und sagt, die Sorge der Regierung, die Finanzlage zu kräftigen, könne nur dann einen nachhaltigen Erfolg erhalten und dem Lande die gleichzeitige Pflege anderer Kulturaufgaben gewährleisten, wenn sich das Verhältnis zum Reich mit Rücksicht auf Dauer fester gestaltet und wenn die Bundesstaaten nicht durch das Reich künftig noch stärker in Anspruch genommen zu werden brauchen. Die auf dem vorigen Landtag unerledigte Gesetzesvorlage betreffend einer geminderten Tilgung der Staatsschuld werde dem Landtag erneut und teilweise geändert zugehen. Der Lösung dieser nicht mehr zu verschobenden Aufgabe kämen die günstigen Eisenbahneinnahmen entgegen. Aus ihnen könnte zugleich die laufende Verwaltung Zuschüsse erhalten. Nicht weniger dringlich sei die Aufgabe, die Bezüge der Beamten, Staatsbediensteter und Volksschüler mit den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung in besseren Einklang zu bringen. Daneben werde gefordert werden müssen, der vielfach mißlichen Lage der Pensionäre und der Hinterbliebenen früherer Staatsbeamter Rechnung zu tragen, sowie für die Jivilliste gleichartige Schritte zu ergreifen. Die sehr ungünstige Lage der weinbaureisenden Bevölkerung habe sich infolge der diesjährigen Weinernte erheblich gebessert, dagegen sei die Landwirtschaft durch starkes Austreten der Maul- und Klauenseuche und durch die Dürre teilweise in Schwierigkeiten geraten. Zur Ausführung des neuen Reichsviehseuchengesetzes seien geeignete Vorschläge und der Entwurf eines Gesetzes wegen Entschädigung für das an Maul- und Klauenseuche gefallene Vieh ausgearbeitet, die dem Landtag zugehen würden. Ferner werden angehängt ein Entwurf bezüglich der Einführung der Reichsversicherungssordnung, der Entwurf eines Gesetzes über Ausbringung der Kosten für höhere Schulen und eine Novelle zur Revision des Volksschulgesetzes.

Korrigierte vereinspolizeiliche Willkür.

Zwei Verbote sozialdemokratischer Versammlungen unter freiem Himmel hat wiederum das preussische Ober-Verwaltungsgericht am 15. Dezember aufgehoben. Diesmal waren es Fälle aus Ostpreußen. Sie kamen gleichzeitig zur Verhandlung. Der Tatbestand war folgender:

Der Rechtsanwalt Genosse Hugo Haase hatte im verfloffenen Sommer die polizeiliche Erlaubnis zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel auf dem Grundstück von Peterreit in Schallischleiden nachgesucht. Der Amtsdirektor zu Relauken verweigerte die Genehmigung, weil eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten sei. — Der Landrat und der Regierungspräsident zu Königsberg verwarfen die Beschwerde Haases, worauf dieser beim Ober-Verwaltungsgericht klagte.

Der Regierungspräsident machte in seinem Bescheide und der Klagebeantwortung etwa folgendes geltend:

Die Gegensätze zwischen der sozialdemokratischen Bevölkerung und dem anderen Teil der Bevölkerung hätten sich geradezu bis zur Erbitterung gesteigert. Etwas ein Jahr früher, nämlich aus Anlaß der Einberufung einer Versammlung unter freiem Himmel auf demselben Grundstück am 29. Mai 1910, sei es zu Reibereien gekommen. Dazu komme, daß die Bewohner des Kreises Labiau durch die Wahl im Jahre 1910 in Erregung versetzt worden seien, die heute noch andauere im Hinblick auf die bevorstehende Neuwahl. Die Bevölkerung in Schallischleiden neige überhaupt zu Gewalttätigkeiten. Das zeigten die Vorgänge, die mehrere Jahre früher im Anschluß an die Schlichtung des alten Friedhofs und die Errichtung eines neuen Friedhofs passiert seien. Aber diese Neuordnung der Dinge sei die Bevölkerung derart aufgeregt gewesen, daß man sogar gegen Recht und Gesetz Leiden ausgebrochen habe, die nach dem neuen Kirchhof gebracht worden waren. Auch hätte die Bevölkerung gewalttätig Gräber auf dem alten Friedhofe nivelliert, um so zu demonstrieren, daß dort noch Platz sei. Alles das müsse im Vergleich mit der Verschärfung der politischen Gegensätze beachtet werden.

Der Kläger bestritt demgegenüber, daß die Reibereien, die im Mai 1910 vorgekommen seien, irgend etwas mit der damaligen Versammlung zu tun gehabt hätten. Es habe sich lediglich um Reibereien zwischen einigen jungen Leuten gehandelt, die privater Natur gewesen seien. Sie seien so harmlos gewesen, daß nicht einmal ein Strafverfahren eingeleitet worden sei. Im übrigen könnten politische Gegensätze in ihrer Allgemeinheit niemals die Befürchtung begründen, daß eine Störung der öffentlichen Sicherheit nahe bevorstehe.

Im zweiten Falle richtete sich die Klage des Genossen Hugo Haase gegen die vom Landrat und vom Regierungspräsidenten gebilligte Verlegung der Genehmigung zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel auf einem Grundstück zu Wittichen. — Die Behörden erachteten das Gebot für gerechtfertigt, erkehten mit Rücksicht auf die oben charakterisierte gänzliche Gefährlichkeit der Bewohner des nahegelegenen Schallischleiden, mit deren Erscheinen wenigstens zum Teil hätte gerechnet werden müssen. So behauptete wenigstens der Regierungspräsident. Dann aber wurde namentlich betont, daß mit Ausnahme des Besitzers des Versammlungsplatzes sämtliche Interessenten schriftlich — zusammen auf einem Logen — gegen die Verlegung des Interessentenweges durch die vorausgesetzlichen Interessententeilnehmer protestiert hätten. Es wäre zu befürchten gewesen, daß die Sozialdemokraten trotzdem das Privateigentum an dem Wege mißachten würden. Auch das bedinge eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Das Ober-Verwaltungsgericht hob am Freitag in beiden Fällen die Bescheide des Regierungspräsidenten auf und setzte die beiden Verbotsverfügungen außer Kraft. Ergänzend wurde ausgesprochen, daß die Voraussetzung eines solchen Verbots, daß nämlich aus der Abhaltung der Versammlungen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten gewesen wäre, nicht anerkannt werden könne. — Das Ober-Verwaltungsgericht steht auf dem Standpunkt, daß die bloße allgemeine Behauptung politischer Gegensätze zur Begründung eines solchen Verbots nicht ausreicht.

Ein Fortschritt der Prügelpädagogik.

Das Reichsgericht hat sich dahin ausgesprochen, daß auch den Fortbildungsschülern gegenüber ein Prügeln der Lehrer besteht.

Ein Fortbildungsschullehrer in Meißen hatte gegen 15jährige Schlägterleiblinge, die zu spät kamen, körperliche Strafen angewandt und war, als er angeklagt wurde, von der Strafkammer freigesprochen worden. Das Reichsgericht verwarf die gegen das freisprechende Urteil eingelegte Revision. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem:

„Der Erlaß des preussischen Handelsministers vom 31. August 1880 weist darauf hin, daß die Fortbildungsschule die Aufgabe hat, für die jugendlichen gewerblichen Arbeiter eine Stätte der Bildung und Erziehung zu sein und auf Geist und Charakter der Jugend günstig einzuwirken, um sie gegenüber den in mannigfacher Form auf sie einbringenden Verlockungen widerstandsfähig zu machen.“ Den Lehrern der Fortbildungsschule könne daher das Recht, gegen die ihrer Erziehung anvertrauten Schüler bei gegebener Veranlassung angemessene Zuchtmittel anzuwenden, nicht verweigert werden. Daß zu diesen Zuchtmitteln auch die Vornahme körperlicher Züchtigung gehört, könne einem Bedenken nicht unterliegen.“

Hundebennut und Eladengeist — die können ja allerdings durch Prügelerziehung erzeugt werden.

Belgien.

Zur Taktik für die Kammerwahlen.

Aus Brüssel wird uns gemeldet: In Ergänzung des Berichtes über die Diskussion der Brüsseler Föderation über die bei der Wahlpropaganda einzuhaltende Taktik ist noch mitzuteilen, daß die Föderation in einer neuerlichen, denselben Gegenstände gewidmeten Versammlung mit allen gegen drei Stimmen eine Resolution angenommen hat, die in Anlehnung an frühere Kongreßbeschlüsse ausspricht, daß der Gegenstand des gegenwärtigen Wahlkampfes die Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts und der Kampf gegen die merkliche Schulpolitik ist und diese Propaganda das Ziel hat, das integrale Programm der Arbeiterpartei auseinanderzusetzen, den autonomen und Klassenpolitik-Charakter der Partei hervorzuheben und klar hervor zu heben, was sie von dem Ziel und der Tätigkeit aller bürgerlichen Parteien scheidet. — Auch die diesmalige Diskussion über die Wahlkampfaktik brachte Reden von beiden Seiten, von dem Gemäßigten Fischer und dem Radikalen De Brauckere, zwischen denen Vandenbelle die vermittelnde Linie einhielt.

Dänemark.

Für Verstaatlichung der Zuckerproduktion.

Nachdem die Zuckerproduzenten den Preis ihrer Ware ungeheuer in die Höhe trieben und im Einverständnis mit den Banken alles daran setzten, um die Gründung neuer, außerhalb des Zuckertrübes stehender Fabriken zu hintertreiben, hat die sozialdemokratische Forderungsfaktion einen Antrag auf Einsetzung einer Kommission eingebracht, die über die Frage der Verstaatlichung der Zuckerproduktion beraten und eventuell, gestützt auf den § 82 der Verfassung, Vorschläge dazu ausarbeiten soll. Der erwähnte Paragraph gibt dem Staate das Recht der Expropriation in solchen Fällen, wo es das allgemeine Wohl erfordert.

Rußland.

Der Kampf geht weiter.

Die Erörterung der Provolationsinterpellationen in der Duma hat am verfloffenen Mittwoch wider Erwarten zu keinen so stürmischen Ständlungen geführt wie am vorhergehenden Mittwoch. Die Nordpatrioten auf der Rechten und im Zentrum haben sich offenbar gesagt, daß sie der sozialdemokratischen Fraktion noch nicht den Mund würden verstopfen können, und so mußten sie es denn zähneknirschend zulassen, daß das Verbrechen an der sozialdemokratischen Dumafraktion, dessen Erörterung der „Öffentlichkeit“ vorenthalten werden sollte, in seinem vollen Umfange aufgerollt wurde. Zuerst sprach der Redner der Kadettenfraktion, Wisjulow, der das Bild der provokatorischen Aktion gegen die zweite Duma in großen Zügen schilderte und das Anlagematerial gegen die Regierung zusammenfaßte. Dann kam Genosse Polkowskij zu Worte, der mit der verheerenden Regierung und den ihr Gehör dienenden leistungsfähigen Mehrheitsparteien gründliche Abrechnung hielt. Zum Schluß verlas er namens der Fraktion eine Erklärung, in der gegen die Anhebung der Redefreiheit der Sozialdemokraten in der Duma Protest erhoben wurde. „Wir hielten uns verpflichtet — so schließt diese Erklärung — angesichts des Andenkens der Kämpfer, die im Kampf um die Freiheit des Volkes gefallen sind, der Öffentlichkeit mitzuteilen, welche Mittel die Regierung angewandt, um die Ergebnisse des blutigen Kampfes des Volkes zu nützen zu machen. . . . Ihr aber habt uns den Mund zu verstopfen gesucht, und die Reichsduma in einen Inquisitionsdraum, in eine Polizeikammer verwandelt. Ihr habt uns der Möglichkeit beraubt, die Akte aufzudecken, an der Ihr und eure Regierung geschäftig arbeitet. Ihr habt uns der Möglichkeit beraubt, in vollem Maße diejenigen zu kennzeichnen, die sich mit Eurem Segen an den Krankheiten des Landes nährten. Und Ihr selbst feiert ein Totenfest über unsere lebendig begrabenen Genossen und die übrigen Opfer der Provolation.“

Abgesehen von Ärmenden Unterbrechungen und den üblichen unflätigen Schimpfworten auf der Rechten wurden die Ausführungen unseres Genossen nicht gestört. Auch von dem Ausschlußverfahren wurde diesmal Abstand genommen. Dafür aber nahmen die Mehrheitsparteien Notanche in der nächsten Sitzung, wo hinter geschlossenen Türen über die neue Wehrpflichtsvorlage debattiert wurde. Wegen angeblicher Verleumdung der „ruhmreichen“ russischen Armee, die ihren „Ruhm“ neuerdings anlässlich des Raubzuges nach Persien bestätigt, wurden von der Sitzung ausgeschlossen: der radikale Bauernabgeordnete Tomilow für vier Sitzungen und der Redner der sozialdemokratischen Fraktion Polkowskij für 15 Sitzungen.

Der Krieg.

Die Besetzung von Solum durch Ägypten.

Konstantinopel, 20. Dezember. „Tanin“ erzählt zur Solumfrage, daß nach vorangegangenen Unterredungen zwischen Vertretern der ägyptischen und der türkischen Regierung beschlossen worden ist, Solum bis zur Beendigung des türkisch-italienischen Krieges durch Ägypten provisorisch militärisch zu besetzen.

Franszösische Truppen in einer tripolitanischen Oase.

Paris, 20. Dezember. Ueber die Besetzung der Oase Djanet (im Süden Fezzan an der tunesischen Grenze) durch die französische Saharatruppe wird offiziell gemeldet, diese Maßnahme sei durch den Abmarsch der türkischen Truppen von Ghai nach dem Norden von Tripolis veranlaßt, da infolge des Abmarsches in der Gegend Unruhen zu befürchten gewesen seien. Die Besetzung von Djanet durch französische Truppen sei übrigens von vorübergehender Natur. — Seit langem erheben sowohl die Franzosen wie die Türken Anspruch auf die Oase.

Die Lage in Mazedonien.

London, 20. Dezember. „Times“ melden aus Konstantinopel: Nach Informationen aus besserer Quelle wird bestätigt, daß an die

„Scharfste Strafe dem . . .“

Die Freiheit des Streikbrechers ist wieder einmal zum edelsten Gute der Nation geworden, das durch . . .

Die Vereinigung deutscher Porzellanfabriken zur Hebung der Porzellanindustrie hat jetzt nicht nur beschlossen, fortan auf dem deutschen Markt kein Bruchporzellan an Geschäfte mehr zu verkaufen . . .

Der Thüringer Arbeitgeberverband des Baugewerbes beschloß, am Hieselberg bei Sättelstedt ein gemeinschaftliches Zementwerk zu errichten, um so vom Verband mitteldeutscher Zementwerke unabhängig zu werden . . .

Gegenüber solcher Politik der Unternehmerverbände, die mit großen Geldmitteln schamlosesten Terrorismus treiben, ja sogar Bestechungsversuche Gemeinden gegenüber machen, wo bleibt da die berühmte Redewendung: „Scharfste Strafe dem, der sich erdreißet, einen anderen an der Arbeit zu hindern?“ . . .

Letzte Nachrichten.

Etwas Gutes aus einem Herrenhause.

Wien, 20. Dezember. (W. T. V.) In der heutigen Sitzung des Herrenhauses stellte der frühere Minister Baernreither den Antrag, eine Kommission des Hauses möge die Feuerungsfrage prüfen und gegebenenfalls geeignete Vorschläge machen . . .

Reichsdeutsche Luftschiffer in Böhmen.

Wien, 20. Dezember. (W. T. V.) Am Schlusse der Sitzung des Abgeordnetenhauses beantwortete der Minister des Innern eine Interpellation der Deutschen nationalen Partei . . .

Ein italienisches Dementi.

Rom, 20. Dezember. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Die ottomanische Regierung verbreitete in Europa eine Verleumdung, in der behauptet wird, daß italienische Kriegsschiffe eine Moschee im Norden Mekkas während der Gebetsstunde bombardiert und die Geschöpfe fünfzig Personen getötet und viele verletzt hätten . . .

Aus der türkischen Deputiertenkammer.

Konstantinopel, 20. Dezember. Während die Verlesung des Antrages Dajri, der den Geheimbericht des Großwesirs enthält, erwartet wurde, betrug der Großwesir die Tribüne und verlas selbst den Bericht, worin er, als er vor dreizehn Jahren aufgefördert wurde, das Memorandum des Ismail Kemal, betreffend den Zusammenschluß einer konstituante zur Ausarbeitung eines Grundgesetzes zu begutachten, sich dahin ausgesprochen hatte . . .

Kriegsminister Mahmud Scheffet-Pascha gab eine geschickliche Darstellung der Entdeckung der Geheimdokumente des Fidijs, von denen viele gestohlen worden seien und erklärte eine Veröffentlichung für inopportun, denn sie würde eine Anzahl Personen in einem Augenblick kompromittieren, wo das Land der Ruhe bedürfe . . .

Die verlanter, hat die Opposition auf eine Debatte verzichtet, weil die Erklärung des Großwesirs ein Gehändnis darstellte . . .

Der russisch-amerikanische Handelsvertrag. Washington, 20. Dezember. (W. T. V.) Das Repräsentantenhaus hat die Resolution des Senats, durch die der russische Vertrag genehmigt wird, angenommen . . .

Massen der Gesellschaft aufgebaut ist, so kann gegen den Willen der Massen, in allen Ländern, die ihr gemeinsames Interesse erkannt und sich in brüderlicher Solidarität verbunden fühlen, auch der Klassenkrieg, den der Imperialismus herbeizuführen droht, nicht geführt werden . . .

In diesem Frieden hat sich Italien auf Tripolis geworfen; das war die Folge des Geheimvertrages von 1900. Frankreich hat gesagt: Ich nehme Marokko, das mir nicht gehört, nehmt Ihr Tripolis der Türkei, mit der ich gute Beziehungen zu unterhalten vorgebe . . .

Kammerpräsident Brisson: Es ist nicht gestattet, so von Frankreich zu sprechen. (Lebhafte Weisfall links und im Zentrum.) Ministerpräsident Caillaux wartet vergeblich auf Ruhe, um sprechen zu können . . .

Jaurès fuhr fort: Ich bin es nicht allein, der unter diesen Entrüstungslundgebungen gelitten hat. Ich kenne wohl in unserer Geschichte derartige patriotische Entrüstungslundgebungen, die immer gerade von denjenigen Parteien ausgegangen sind, die das Vaterland ins Verderben stürzten . . .

Hefige Entrüstung auf allen Bänken links, die Radikalen stehen auf und schiden sich an, alle den Saal zu verlassen, während sie mit der äußersten Linken beleidigende Zurufe wechseln. Schließlich nehmen die Radikalen wieder Platz und Jaurès fährt in seiner Rede fort. Er sagt: Es hat eine Zeit gegeben, in der es Ehrensache der Republikaner war, Anschläge, die in der Welt gegen Rationen begangen wurden, zu brandmarken . . .

Weil es eben Geschäftsangelegenheiten sind, weil die sogenannte Politik nichts ist als kapitalistische Profitpolitik, deshalb ist auch die Entrüstung über die Enttarnung der Geschäftspatrioten stets so groß. Denn haben erst die Massen die treibenden Motive der heutigen auswärtigen Politik mit ihren Folgen, den stets sich steigenden Rüstungen und Steuerlasten einmal erkannt, dann wird ihr Entschluß auch unwiderstehlich werden, dieser Politik und ihrer Ursache, dem Kapitalismus, ein Ende zu setzen und die sozialistische Gesellschaft aufzurichten . . .

Die Fortsetzung der Rede.

Paris, 20. Dezember. Deputiertenkammer. Der Jubelzug zu der Sitzung war heute wieder erheblich stärker als gestern. Als Jaurès die Tribüne bestieg, um seine Rede über den französisch-deutschen Vertrag fortzusetzen, wurde er von der äußersten Linken mit Weisfall und Stadardrufen begrüßt . . .

Jaurès forderte sodann Aufklärung über die wirtschaftlichen Fragen, die in Riffingen erörtert worden sein sollten, und über die Ausdehnung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und französischen Finanzleuten, die dank einer unverständlichen Torheit den Konflikt herbeizuführen hätten . . .

Am Schlusse seiner Rede erklärt Jaurès, die Situation bleibe gefährt. Es sei Sache Frankreichs, diese Gewitterluft, diese Atmosphäre des Mißtrauens zu zerstreuen . . .

Annahme des Marokkoabkommens.

Paris, 20. Dezember. Die Deputiertenkammer hat das französisch-deutsche Marokkoabkommen mit 393 gegen 35 Stimmen angenommen . . .

Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Reservisten der Division Saloniki Uniformen verteilt wurden und daß sie den Befehl erhielten, sich bereit zu halten, um unverzüglich in die Kasernen abzumarschieren . . .

Deutsches Kriegsmaterial für die Türkei?

London, 20. Dezember. „Times“ berichten aus Sofia: Nach Meldungen aus vertrauenswürdiger Quelle traf am 11. d. M. ein Spezialzug mit Kriegsmaterial aus Deutschland an der türkisch-serbischen Grenze ein . . .

Neue Menschenfleischereien in Tripolis.

Rom, 20. Dezember. Die Italiener haben auf einem Marsche in der Gasse von Tripolis 40 Eingeborene, die sie mit Waffen in der Hand antrafen, erschossen . . .

Ein erster Kampf bei Kizgara.

Tripolis, 20. Dezember. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern morgen nahmen zwei Bataillone Verfolgter, ein Bataillon Grenadiere und eine Abteilung Gebirgsartillerie eine Rekolonisation von Kizgara nach Birtobras vor . . .

Die Revolution in China.

Die Friedensverhandlungen in Schanghai und die fremden Mächte.

Schanghai, 20. Dezember. Die Konsule von Großbritannien, Amerika, Deutschland, Frankreich, Rußland und Japan werden, wie der „New York Herald“ meldet, eine gemeinsame Konferenz mit den Vertretern der republikanischen und kaiserlichen Parteien haben, die sich augenblicklich in Schanghai zur Friedenskonferenz befinden . . .

Washington, 20. Dezember. Die ausländischen Mächte haben die Friedenskonferenz in Schanghai dahin informiert, daß, wenn die Unterhandlungen nicht zur Beendigung des Bürgerkrieges führten, die Mächte eine aktive Intervention vornehmen müßten . . .

London, 20. Dezember. „Daily Telegraph“ schreibt aus Peking: Das diplomatische Korps hat seine Antwort auf die Note der revolutionären Regierung erteilt. In der Note wird darauf hingewiesen, daß das neue Regime erst anerkannt werden könne, wenn die Ruhe wieder hergestellt und die Steuern wieder in normaler Weise eintreiben würden . . .

Militärrevolte in Tibet.

Kalkutta, 20. Dezember. Berichte aus Tibet über die letzten Ereignisse besagen, daß in mehreren Städten, einschließlich Dhaka, die chinesischen Soldaten rebelliert haben . . .

Unterbrechung der Verhandlungen.

Schanghai, 20. Dezember. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Friedenskonferenz ist unterbrochen worden. Wutingsang hat den Standpunkt vertreten, daß die Republik die einzige mögliche Grundlage zu einer Verständigung sei . . .

Die Anklagerede Jaurès.

Mit seiner ganzen fäulnischen Leidenschaft, mit mutiger Unerblichkeit hat Genosse Jaurès, gestern in der französischen Kammer den Imperialismus die patriotische Maske vom Gesicht gerissen . . .

Und was sollten sie auch anderes tun als aufheulen? Können sie doch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß gegen den völkerverfeindenden Imperialismus sich immer geschlossener, mächtiger und schlagfertiger die internationale Solidarität der Arbeiterklasse erhebt . . .

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zum Parteikonflikt in Stuttgart.

Dienstagabend besaßte sich in Stuttgart eine Parteiverammlung, in der 2500 bis 3000 Personen zugegen waren, mit den Vorgängen bei der Gemeinderatswahl in Stuttgart. Als Vertreter des Parteivorstandes waren die Genossen Vebel und Braun erschienen. Vebel wurde beim Betreten des Saales mit stürmischem Händeklatschen begrüßt. Namens der Stuttgarter Parteileitung gab Genosse Dullmer eine ausführliche Darstellung von den bedauerlichen Begleiterscheinungen des Wahlkampfes, wobei er die Hintansetzung der seit herigen Gemeinderäte auf dem von der Parteiversammlung beschlossenen Wahlzettel verteidigte. An der sehr erregten Debatte beteiligten sich von jeder der beiden Parteigruppen eine Anzahl Redner. Die Herausgabe des abgeänderten Wahlvorschlages wurde von keiner Seite verteidigt. Doch betonten mehrere Redner, daß bei dem hier geltenden Proporzverfahren durch eine veränderte Stimmenhaltung der Partei keine Stimme verloren gehe. Kein Name sei gefährdet, sondern die Zahl der dem einzelnen zu gebenden Stimmen sei geändert worden. Die Art, wie der offizielle Wahlvorschlag zusammengestellt worden sei, habe bei den Wählern auf starken Widerstand gestoßen. Von der anderen Seite wurde ausgeführt: Das Vorgehen gegen den Mehrheitsbeschluß einer Parteiversammlung bedeute die Untergrabung der Parteiorganisation. Gegen bestimmte Abgeordnete der Partei, gegen Gemeindevertreter und gegen die „Schwäbische Tagwacht“ wurden scharfe Vorwürfe erhoben.

Von der Parteileitung wurde folgende Resolution vorgelegt:

Die Anfertigung und Verbreitung gefälschter Stimmzettel entgegen dem Vorschlag der Parteiorganisation zur Gemeinderatswahl 1911 ist ein Disziplinbruch schlimmster Art, der die Grundlagen der Parteiorganisation schwer erschüttert und die Aktionskraft der Partei den Gegnern gegenüber nachhaltig schädigen muß. Die Parteiverammlung verurteilt das parteischädigende Treiben aufs schärfste. Die Parteileitung ist beauftragt, gegen Parteigenossen, die sich hinsichtlich an der Herstellung oder Verbreitung des gefälschten Stimmzettels beteiligt haben, unverzüglich das Ausschlußverfahren gemäß §§ 23-26 des Parteistatuts einzuleiten.

Nachdem ein Schlußantrag Annahme gefunden, nahm Vebel, stürmisch begrüßt, das Wort. Er gab seiner Freude über den warmen Empfang Ausdruck und führte aus: In seiner 50jährigen Parteitätigkeit sei es ihm selten so schwer gefallen, zu reden, wie in dieser Situation. Braun und ich seien als Vertreter des Vorstandes gekommen, um sich über die Vorverurteilung genau zu erkundigen, denn der Parteivorstand sei in großer Sorge um die Vorgänge in Stuttgart. Einen Streitfall wie den Stuttgarter habe er noch nicht erlebt. Er wolle nicht untersuchen, auf welcher Seite die Schuld liege. In der ganzen bisherigen Parteigeschichte habe es als selbstverständlich gegolten, daß, wenn eine Versammlung ordnungsgemäß die Kandidaten aufgestellt habe, sich jeder dem Beschluß zu fügen habe. Wenn aber solche Dinge eintröfen, wie hier, so führe das zur Zertrümmerung der Partei, zur Spaltung im ganzen Reiche. Böhlin solle es führen, wenn etwa bei Wahlen zum Reichstage oder zum Landtage die Minorität erklären würde, sie füge sich nicht! Es müsse verlangt werden, daß jetzt alle Parteigenossen ihre ganze Kraft aufbieten, um den Stuttgarter Reichstagswahlkreis der Partei zu erhalten.

Er freue sich über Westmeyers Erklärung, daß das geschehen solle. Er wolle aber weiter mitteilen: der Partei vorstand sei einstimmig der Meinung, daß ein schwerer Disziplinbruch vorliege, der die schärfsten Maßregeln gegen die Schuldigen, falls sie Parteigenossen sind, rechtfertige. Die das Schiedsgericht urteilen werde, das eingesetzt werden müsse, wenn es sich um den Ausschluß handele, wisse man noch nicht; es sei noch nicht gesagt, daß es den Ausschluß beschließen werde. Mit der Annahme der Resolution allein sei es nicht getan. Niemand werde glauben, daß damit die Differenzen dauernd beseitigt seien. Aber wie bisher dürfe es nicht weitergehen. Es müsse ein Waffenstillstand eintreten, alle Kräfte müßten angespannt werden, um den Anstoß der Gegner auf den ersten Wahlkreis abzuwehren. Der Kampf werde geführt nicht für die Person, sondern für die Partei. Daher sei es auch Pflicht des Parteiorgans, die Parteigenossen zu verteidigen, die in der bürgerlichen Presse angegriffen werden. Vebel schloß mit der erneuten Mahnung, den Kampf gegen den gemeinsamen Gegner mit aller Entschiedenheit und einzig zu führen, damit am 12. Januar wiederum die rote Fahne in Stuttgart wehe.

Die Ansprache war wiederholt von stürmischem Beifall begleitet. Die große Mehrheit der Versammlung stimmte der Resolution zu; ein kleiner Teil stimmte dagegen. Ein größerer Teil enthielt sich der Abstimmung wegen des Saftes, der vom Ausschlußverfahren handelt.

Um 12 Uhr nachts erreichte die Versammlung ihren Schluß.

Die Tarifverträge im Deutschen Reiche im Jahre 1910.

III.

Die Arbeitszeit in den Tarifverträgen, Arbeitsnachweise und Schlichtungsorgane.

Die Arbeitsdauer wird als tägliche und in den Tarifverträgen wird wöchentliche Arbeitsdauer dargestellt. In beiden Darstellungen wird zwischen der sommerlichen und der winterlichen Arbeitsdauer unterschieden, da Bitterung, Licht- und Saitenverhältnisse häufig solche Unterschiede bedingen. Als Arbeitsdauer ist stets die kürzeste, während der Tarifdauer zu erreichende Arbeitszeit ausschließlich der Pausen angegeben.

Danach hatten im Sommer 90,9 Proz. der Betriebe und 90,2 Prozent der Personen, im Winter 85,5 Proz. der Betriebe und 84,1 Proz. der Personen eine tägliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden. In den Jahren 1908 und 1909 waren die entsprechenden Ziffern im Sommer 88,6 bzw. 85,5 Proz. der Betriebe und 89,8 bzw. 90,2 der Personen, im Winter 89,7 bzw. 78,0 Proz. der Betriebe und 73,4 bzw. 74,0 Proz. der Personen. Ein Fortschritt der Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden ergibt sich aus diesen Ziffern ganz unzweifelhaft. Die länger als zehnstündige Arbeitsdauer wird immer mehr zur Ausnahme. Aber auch die Arbeitszeit bis zu 9 Stunden Dauer ist im Vormarsch begriffen. 1908 bestand sie erst für 29,7 Proz. der Betriebe und 30,0 Proz. der Personen (Sommerzahlen), 1909 für 33,2 Proz. der Betriebe und 29,9 Proz. der Personen, 1910 dagegen für 37,2 Proz. der Betriebe und 34,4 Proz. der Personen, wobei zu berücksichtigen ist, daß die umfangreiche Tarifbewegung im Baugewerbe keine wesentliche Herabsetzung der Arbeitsdauer brachte.

Eine wöchentliche Arbeitsdauer bis zu 60 Stunden war danach für 94,5 Proz. der Betriebe und 94,9 Proz. der Personen im Sommer und für 88,0 Proz. der Betriebe und 88,8 Proz. der Personen im Winter vereinbart. In den Jahren 1908 und 1909 waren die entsprechenden Sommerzahlen 88,5 bzw. 82,5 Proz. der Betriebe und 90,2 bzw.

89,2 Proz. der Personen, die Winterzahlen 69,5 bzw. 78,2 Proz. der Betriebe und 73,4 bzw. 74,1 Proz. der Personen. Auch hier ist ein Fortschritt der Arbeitsdauer bis zu 60 Stunden pro Woche zu konstatieren. Eine Arbeitsdauer bis zu 54 Stunden wöchentlich war vereinbart worden 1908 für 29,8 Proz. der Betriebe und 29,3 Prozent der Personen (Sommerzahlen), 1909 für 33,1 Proz. der Betriebe und 30,3 Proz. der Personen, 1910 aber für 40,1 Proz. der Betriebe und 37,7 Proz. der Personen. Hier bringt der Fortschritt des Reinstundentages als Maximum sehr deutlich ins Auge.

Tragt man in welchen Gewerbegruppen der Jahresstundentag noch wesentlich überschritten wird, so zeigt uns ein Blick auf die Tabellen 9 und 10, daß diese länger Arbeitsdauer am meisten noch in den Berufen der Holzindustrie, Nahrungsmittelindustrie, Bekleidungs-, Handels- und Verlehtsgewerbe anzutreffen ist.

Betrachten wir nun die Gesamtentwicklung der Arbeitszeitverteilung seit 1903, so kommen wir zu folgenden Ergebnissen. Es hatten eine tägliche Arbeitsdauer

- 1903: bis zu 10 Stunden 91,1 Proz. der Tarife, länger als 10 Stunden 8,9 Proz. der Tarife.
- 1905: bis zu 10 Stunden 73,5 Proz., über 10 Stunden 26,5 Proz., unbestimmt 18,2 Proz. der Tarife.
- 1906: bis zu 10 Stunden 85,9 Proz., über 10 Stunden 14,1 Proz., unbestimmt 2,5 Proz. der Tarife.
- 1907: bis zu 10 Stunden 94,6 Proz., über 10 Stunden 5,4 Prozent der Arbeiter.
- 1908: bis zu 10 Stunden 90,2 Proz., über 10 Stunden 9,8 Proz., unbestimmt 6,7 Proz. der Arbeiter (Sommer).
- 1909: bis zu 10 Stunden 89,2 Proz., über 10 Stunden 10,8 Proz., unbestimmt 4,8 Proz. der Arbeiter (Sommer).
- 1910: bis zu 10 Stunden 90,2 Proz., über 10 Stunden 9,8 Proz., unbestimmt 8 Proz. der Arbeiter (Sommer).

Von 6,7 Proz. der Arbeiter im Jahre 1908 ist der Prozentanteil der Arbeiter mit längerer als 10stündiger Arbeitsdauer auf 1,8 Proz. im Jahre 1910 zurückgegangen. Eingehendere Vergleiche werden erst möglich sein, wenn die Tarifstatistik nicht bloß den Inhalt der in dem Berichtsjahre in Kraft getretenen Tarife berücksichtigt, sondern auf den Gesamtstand der Tarife ausgedehnt werden kann.

Bestimmungen über die Pausenregelung enthielten 2744 Tarife. Die Frühstückspause betrug in 801 Tarifen bis ¼ Stunde, in 2213 Tarifen über ¼ bis ½ Stunde und in 22 Tarifen länger als ½ Stunde. Die Mittagspause war in 23 Tarifen bis ½ Stunde, in 1048 Tarifen bis 1 Stunde, in 1493 Tarifen über 1 bis 1½ Stunden, in 121 Tarifen über 1½ bis 2 Stunden und in 2 Tarifen über 2 Stunden. Die Vesperpause war in 818 Tarifen bis ¼ Stunde, in 1439 Tarifen über ¼ bis ½ Stunde und in 4 Tarifen länger als ½ Stunde. Das Verhältnis dieser Zahlen hat sich gegenüber dem Vorjahre nicht wesentlich geändert.

Zum ersten Male erstreckt sich die Tarifstatistik auch auf die Pausen der Arbeitsverhältnisse und auf die Regelung des Arbeitsnachweises. Von den Vereinbarungen über die Lösung des Arbeitsverhältnisses wird nur die Dauer der Kündigungsfrist ermittelt. Nach den hierzu gemachten Angaben für 1910 sind Kündigungsfristen in 519 Tarifen vereinbart, davon bis zu 3 Tagen Dauer in 42, über 3 Tage bis zu 1 Woche in 278, über 1 bis 2 Wochen in 152 und über 2 Wochen Dauer in 48 Tarifen. Die Angaben lassen leider nicht erkennen, in wieviel Tarifen jede Kündigungsfrist ausgeschlossen war. Dies liegt indes an der unzureichenden Fragestellung, die in dieser Hinsicht der Verbesserung bedarf.

Die Arbeitsnachweisefrage war nur in 819 Tarifen vertikal geregelt, indem die gemeinsame Benutzung bestimmter Arbeitsnachweise beiden Parteien vorgeschrieben wurde. In 249 Tarifen waren die Nachweise der Arbeitnehmer und nur in fünf solchen der Arbeitgeber, in 39 Fällen paritätische Nachweise, in zwei Fällen Innungsnachweise und in 20 Fällen kommunale Arbeitsnachweise. Zu den 39 Tarifen mit paritätischen Nachweisen kommen noch die 8 Reichstarifgemeinschaften hinzu, in denen ebenfalls paritätische Nachweise vorgesehen sind. Außerdem wurde in 290 Tarifen vereinbart, daß ein paritätischer Arbeitsnachweis angestrebt werden soll.

Kleines feuilleton.

Gebratene Menschen. Im „Matin“ berichtet General Brumeau eine Erinnerung an den algerischen Aufstand von 1871. Bei der Erklärung der Befestigungen der Alt Fustian wurde der Erzähler Zeuge einer schrecklichen Marterung. Am Tag zuvor war ein Hauptmann und ein Feldwebel der Quaden den Eingeborenen in die Hände gefallen. Als Brumeau beim Angriff auf die feindlichen Stellungen auf einen kleinen Dorfplatz vordrang, sah er die beiden Gefangenen völlig entblößt und an Wände gefesselt ausgebreitet. Ueber ihnen hockten gleich Doryphien schwebende alte Weiber, die die zuckenden Körper den gräßlichsten Foltern unterwarfen. Beim Anblick der Soldaten rufen sie heulend, doch wurden sie niedergestoßen, bis auf zwei, die in ihrem schrecklichen Geschäft blindwütend fortgefahren waren. Die Gefangenen wurden mit Zeltseilen gefesselt — „wie Würste“, sagte der General. Von den gemarterten Soldaten war der eine, der Hauptmann, schon tot, der Feldwebel konnte wieder zum Bewußtsein gebracht werden, aber sein ganzer Körper war eine einzige Wunde. Brumeau konnte nicht verweilen, denn der Kampf dauerte fort. Eine Viertelstunde später war er beendet und es wurde zum Sammeln geblasen, als plötzlich aus dem Dorf ein gräßliches Geseul drang. Haben Sie Leute bei den Körpern gelassen? fragte der Major, dem Brumeau gerade Bericht erstattet hatte. Dieser bejahte und der Major fuhr fort: Ihre Quaden haben Ihren Hauptmann vergöttert. Sie werden ihn wohl rächen. Und mit erhobener Stimme zum Bataillon: Daß sich keiner rührt! Sie aber, kommen Sie mit mir!

Brumeau erzählt weiter: Wir kamen zur kleinen Goplanade, wo ich den Verwundeten und den Toten gelassen hatte. Die Leute, denen ich sie anvertraut hatte, zeigten einen festsamen Ausdruck. Ihre Gesichter waren in ein schreckliches Muskelspiel befriedigten Daffes zusammengesogen und ihre Wände auf ein an den Felsen geklebtes lahmendes Haus gedrückt. Und aus diesem drang das entsetzliche Schreien. Mit einem Sprung war der Major auf der Schwelle und ich sah ihn voll Schreden zurückweichen. Nun blickte ich selbst hin und ich konnte einen Schrei nicht zurückhalten. In den frühen jener ungeliebten Kriege, worin die Barbaren ihre Delvorträge aufbewahren, war ein Feuer angezündet und ein scharfer Geruch gebratenen Menschenfleisches verpestete die Luft. Aus der Öffnung der Krüge ragten die grauenhaft verzerrten Köpfe der zwei Alten hervor. Ich sah den Major seinen Revolver erheben. Zwei Schüsse ertönten und jede Klage verstummte. Eine unheimliche Stille folgte. Wir verließen endlich diese Höhle. Der Major betrachtete lange den Verwundeten und den Toten und sagte: Es wäre besser gewesen, diese nichtswürdigen Weiber zu tödlichen. Aber ich wäre neugierig, zu wissen, was unter solchen Umständen die Herren Humanitäre gemacht hätten, wenn sie statt der Trefferträger zwei ihrer Freunde in einem gleichen Zustande gefunden hätten.

Die Antwort ist leicht zu geben. Die „Herren Humanitäre“, wenigstens die redlichen, hätten überhaupt die Notwendigkeit vermieden, einen Krieg zu führen, bei dem auch die Soldaten eines Kulturstaates auf das Niveau sambaritischer Grausamkeit herabsinken, ohne bei ihren Disziplinen etwas anderes als ein kühles Bedauern

und ironische Gedanken über Humanität hervorzurufen. Und daß es gar nicht einmal erst des Beispiels menschensmarterder Barbaren bedarf, um die Bestie in dem auf Krieg dressierten europäischen Menschen wachzurufen, hat man in eben dem Jahre 1871 in den Pariser Straßen gesehen.

Neues von der Flugmaschine. Aus Paris wird berichtet: Der erste Eindruck des Besuchers der großen Pariser Flugausstellung, die am Sonntag im Grand Palais eröffnet wurde, ist das praktische Aussehen der neuesten Erzeugnisse der Flugtechnik. Die seltsam anmutenden Erzeugnisse phantastischer Erfinder fehlen in diesem Jahre völlig. Dann aber fällt auf, daß in diesem Jahre der Eindruck der das Feld beherrscht. Schon im vorigen Jahre konnte man in den Konstruktionen eine wachsende Reizung beobachten, die verschiedenen Zwecken der Flugmaschine im Bau der Apparate klar zum Ausdruck zu bringen. Man ist auf diesem Wege einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen. Früher teilten sich die Maschinen in zwei Gruppen: in Rennmaschinen und in Flugzeuge, deren Endziel es war, mit möglicher Sicherheit eine möglichst schwere Last zu tragen. Diese Ausstellung bringt eine neue Gruppe zur Geltung, die Tourenmaschine, das Reiseflugzeug, dann aber einen neuen, scharf ausgeprägten Typus, der alle Vorgänge der verschiedenen Gruppen in sich zu vereinigen trachtet: das Militärflugzeug. Interessant ist ein neuer Eindecker von Biot, der sich von der bisherigen Gewohnheit, den Flieger über den Tragflächen unterzubringen, loslöst. Bei allen Eindeckern, in denen der Pilot auf gleicher Höhe mit den Tragflächen sitzt, steht der Flieger den Himmel über und vor sich, der Anblick der Erde aber ist außerordentlich beschränkt. Biot setzt in seinem neuen Eindecker den Flieger nahezu 1,20 Meter unter die Tragflächen. Das Ergebnis ist nicht nur ein ungehinderter Ausblick nach unten, auch der Schwerpunkt der Maschine liegt viel tiefer, und damit wird die Stabilität viel größer.

Wenn man die Konstruktionen im allgemeinen betrachtet, so zeigen sich die Fortschritte der letzten Jahre auch in anderen wertvollen Anzeichen. Man kann schon daran denken, den Fliegern das Leben in den Kästen bequemer zu machen. Eine Reihe der neuen Modelle schenken den Piloten durch Metallkonstruktionen vor dem Luftdruck und bieten ihm bequeme Sitze. Diese Bauteile zeigen fast durchweg torpedoartige Formen. Bei den Besuchern erregt ein regelrechtes Lufttorpedo besonderes Interesse. Es ist von den Brüdern Rogh konstruiert und sieht aus wie ein geflügeltes Wasser-torpedo. Der Eindruck wird noch verstärkt durch den Propeller, der am hinteren Ende des schlanke Körpers angebracht ist. Der Apparat ruht auf den ersten Blick wie die Verwirklichung einer Phantasie von Jules Verne an, aber er hat keine praktischen Flugversuche ausgezeichnet bestanden. Ein „Lustautomobil“ hat sich Henri Deutsch de la Meurthe bauen lassen. Das ist ein mächtiger Blüster-Eindecker, in dem unmittelbar hinter dem Führer ein regelrechter eleganter Wagen eingebaut ist. Hier sitzt der Luftpassagier, vor Wind und Kälte geborgen, inmitten des raffiniertesten Komforts, und kann gemächlich durch die Fenster den Flug verfolgen. Technisch interessant bei dieser neuen Konstruktion ist die Anordnung des Propellers, der an der Rückseite der Flugmaschine angebracht ist.

Der Affenscharlach. Der Triumph über eine ansteckende Krankheit ist der menschlichen Wissenschaft wahrlich nicht leicht gemacht. Das beweist aufs neue die schwere Epidemie von Diphterie,

die seit einigen Wochen in Berlin herrscht. Wenn sogar bei dieser Krankheit, deren Erreger bekannt und deren Entstehung und Verlauf daher genau bestimmt ist, der Erfolg noch zu keiner Vollständigkeit geliebt ist, wie viel muß dann die Belämpfung einer Krankheit wie des Scharlachs zu wünschen übrig lassen, für den diese Vorbedingungen noch nicht erfüllt sind. Auch diese Katastrophe wird uns gerade jetzt mit besonderem Nachdruck zu Gemüte geführt, weil auch der Scharlach eine bedauerlich große Verbreitung gefunden hat. Da ist es denn zeitgemäß, darauf hinzuweisen, daß endlich wenigstens eine größere Hoffnung als zuvor auf eine Enthüllung der Geheimnisse des Scharlachs entstanden ist. Es ist nämlich gelungen, die Krankheit auf Tiere überzumipfen, und damit ist zum ersten Male die Gelegenheit geboten worden, ihr Wesen in objektiver Weise genau zu beobachten und durch Experimente zu verfolgen. Da die Auffklärung einer Krankheit erst dann schnellere Fortschritte machen kann, wenn das Mittel des Tierversuchs sich darbietet, ist es von großer Bedeutung, daß drei Forscher, Landsteiner, Lebertrug und Praesel, in den Annalen des Pariser Pasteur-Institut die Uebertragungsmöglichkeit von Scharlach auf Affen nachgewiesen haben. 35 Impfungsversuche an niederen Affen waren mißlungen, ehe die erste Impfung an einem menschlichen Affen zum Ziele führte. Die Pariser Versuche wurden an Schimpansen vorgenommen. Zwei von den vier Schimpansen erkrankten in einer Form, die mit dem Scharlachaffener die größte Ähnlichkeit zeigt. Welche Tiere starben fünf oder sechs Tage nach dem ersten Erscheinen der Krankheit, und auch die Untersuchung nach dem Tode lehrte Verletzungen der Organe kennen, die auffällig denen des menschlichen Scharlachs glichen. Versuche, die Krankheit durch einfache Ueberimpfung mit Streptokokken zu erzeugen, mißlungen sämtlich, zur Anfertigung war die Impfung mit Blut und die Uebertragung von Schwämmen der Nasenhöhlenhaut erforderlich. Daraus ergibt sich eine Befestigung der Vermutung, daß die Streptokokken nur eine nebensächliche Rolle bei der Krankheit spielen. Welche praktischen Folgerungen man aus diesen Forschungen wird ziehen können, muß nun freilich in Ruhe abgewartet werden.

Notizen.

- Die Wissenschaft im Kino. Die Städtische im Mozartsaal wollen von jetzt ab der wissenschaftlichen und populären Kinematographie einen größeren Raum in ihrem Programm einräumen. Eine Probe davon gab am Dienstag Professor A. Wiehe, der über die Bedeutung der Kinematographie für die Wissenschaft sprach. Zahlreiche Proben zeigten die Mannigfaltigkeit und die schon erreichte Höhe dieses Genres.
- Strindberg auf dem Kino. In Stockholm sollen demnächst August Strindbergs naturalistische Dramen „Fräulein Julie“ und „Der Vater“ im Biographentheater zur Aufführung gelangen. Der Dichter zeigt selbst großes Interesse für das Experiment und hat sogar die Absicht, ein ausschließlich für das Kino bestimmtes Stück zu schreiben.
- Der Radtanz, der sich in München zunächst polizeilichen Verbots erfreute, scheint dort nun bald obligatorisch zu werden. Die Billard burste in demselben Lustspielhaus, in dem sie zuerst konfiszirt wurde, vor den trojanischen Weisen, will sagen: vor den Professoren und Schülern der Kunstakademie tanzen. Und wie die schöne Helena taub sie Gnade vor ihren Augen. Freilich, freilich, werden die Sittlichen sagen, die Künstler sind durch den Anblick der Aktmodels schon verdorben.

Die Zahl der Tarifverträge, in denen gemeinsame Einigungs- und Schlichtungsorgane vorgesehen sind, wuchs von Jahr zu Jahr. 1908 waren für 1154 Tarife (57,7 Proz.) solche Organe vereinbart, 1909 für 1117 (33,4 Proz.), 1910 dagegen für 2211 Tarife (50,6 Proz.). Nahezu die Hälfte davon, nämlich 1094, entfällt auf das Baugewerbe, eine Folge der zentralen Vertragsverhandlungen, wie denn überhaupt die Zentralisation der Tarifbewegung auch die der Einigungs- und Schlichtungsinstanzen nach sich zieht. In weiteren Abständen folgen die Holzgewerbe mit 108, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 151, die Metall- und Maschinenindustrie mit 150, die Textilindustrie mit 145 und die Bekleidungsindustrie mit 138 Tarifen, in denen gemeinsame Einigungs- und Schlichtungsorgane vorgesehen sind. Während sich in den früheren Jahren die Mehrzahl der Einigungs- und Schlichtungsorgane auf Firmentarife erstreckt, sind diese gegenüber den Orts- und Bezirksstarifen schon erheblich zurückgetreten, wie folgende Gegenüberstellung beweist. Es betrug die Zahl der Tarife mit Einigungs- und Schlichtungsorganen:

	1908	1909	1910
in Firmentarifen	465	660	905
in Ortsstarifen	350	238	458
in Bezirksstarifen	339	214	578
in Reichstarifen	—	5	2

Leider gibt die Statistik auch heute noch keine Auskunft über die Art dieser Einigungsinstanzen, aus der sich der Fortschritt der Zentralisation des Einigungswesens ziffernmäßig feststellen ließe.

Die Ergebnisse der Tarifvertragsstatistik im Berichtsjahre bestätigen in vollem Umfange, was wir anlässlich der Statistik der Jahre 1908 und 1909 feststellen konnten: die Tarifentwicklung folgt in gleicher Weise wie die Lohn- und Streikbewegungen dem Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunktur und der Zentralisations- tendenz der wirtschaftlichen Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter. Versichert wird der Einfluss der letzteren durch das offensichtliche Bestreben der Arbeitgeberverbände, den Ablauf großer Gruppen von Tarifverträgen möglichst auf einen gemeinsamen Zeitpunkt einzustellen, wodurch die jährlichen Schwankungen der Tarifbewegung bedeutend vermindert werden. Dies zeigte sich besonders im Berichtsjahre hinsichtlich des Baugewerbes. Die gesamte Tarifbewegung stand unter dem Einflusse der Tarifkämpfe im Maurer- und Zimmerergewerbe und der Tariferneuerung im Malergewerbe; entfiel doch nahezu die Hälfte aller im Berichtsjahre in Kraft getretenen Tarife und mehr als die Hälfte der beteiligten Betriebe und Personen auf das Baugewerbe. Daß auch die Statistik sich diesem Einflusse nicht entziehen kann, solange sie nur die Tarifbewegungen des Berichtsjahres berücksichtigt, liegt klar auf der Hand. Es ist deshalb auch in dieser Hinsicht zu begrüßen, daß die Statistik besteht, die Statistik auf die alljährliche Feststellung des gesamten Tarifbestandes ausdehnen.

Hinsichtlich des Inhalts der Tarifverträge hat die Statistik des Berichtsjahres ergeben, daß die Bestimmungen der Arbeiter nach Verzögerung der Arbeitszeit wiederum erhebliche Fortschritte aufweisen können, die durch die fast völlige Ausmerzung der länger als zehnjährigen Arbeitsdauer und durch die weitere Ausdehnung des zehn- und neunstündentages verdeutlicht werden. Hinsichtlich der Lohnregelung war ein starkes Vordringen des Stücklohnes (das aber nur ein scheinbares ist) und eine Zunahme der höheren Lohnklassen zu konstatieren, wie auch die Lohnzuschläge für Überarbeit immer mehr in den Tarifen Eingang finden. Die tarifliche Arbeitsvermittlung zeigt bereits einen ganz beachtenswerten Anstieg und die gemeinsamen Einigungs- und Schlichtungsorgane werden immer allgemeiner.

So bildet die Statistik der Tarifverträge ein neues Mittel, den wirksamen Einfluss der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse außer jeden Zweifel zu stellen. Zeigt sie uns gegenwärtig auch nur erst einen kleinen Ausschnitt und auch darin kein Bild der wirklichen Verhältnisse, sondern nur den Stand der vertraglichen Regeln, so kann dies ihren Wert nur unwesentlich beeinträchtigen. Was zur Vervollständigung dieser Statistik geschehen kann, wird in den nächsten Jahren geschehen, und was sie uns nicht zu leisten vermag, das wird durch andere Erhebungen ergänzt werden. Jedenfalls ist es ihr schon heute in hohem Maße gelungen, in die Arbeitsverhältnisse hineinzugreifen und uns einen Maßstab für deren fortschreitende Entwicklung an die Hand zu geben. Die Sozialpolitik kann schon heute aus ihren Ergebnissen manches schätzenswerte Material und manche gute Lehre entnehmen, und der im Gewerkschaftskampfe stehende Arbeiter und Arbeitervertreter erkennt darin, wie sich der Bereich der paritätisch und tariflich geregelten Arbeit immer mehr ausbreitet, wie diese Verträge von denen anderer Orte im gleichen Maße abhängig sind, wie sie ein wachsendes Maß von Vertragstreue auf beiden Seiten, von Gewöhnung an Organisationsdisziplin und Gemeininn angeht, der immer mehr zunehmenden Schwierigkeiten der zentralen Abklärung erfordern. So kann eine solche Statistik auch erzieherisch wirken, wenn sie in der rechten Weise nutzbar gemacht wird. Das ist auch der wichtigste Zweck dieser Arbeit, die wir hinausgeben mit dem Wunsche, daß die Förderung der Arbeit über die Vorzüge der tariflichen Regelung der Arbeitsverhältnisse am geeignetsten ist, die Entwicklung der Tarifverträge selbst zu fördern.

Die Berliner Parteigenossen im Reichstagswahlkampf.

Im dritten Wahlkreise sprach am Dienstagabend Genosse **Kolke** vor einer gutbesuchten Wählerversammlung, die im „Deutschen Hof“, Ludower Straße, stattfand. Der Vortragende charakterisierte die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf. Einzig seien sie alle, sobald es sich um die Verhinderung der Sozialdemokratie handelt. Die Freisinnigen machten darin nicht etwa eine Ausnahme, sie sind nicht einmal wählbar in der Anwendung der Mittel, wenn es gegen einen Sozialdemokraten geht. Und der Grund dieser festen Einigkeit der bürgerlichen Parteien? Das Interesse, das sie alle hehret sich an der Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse! Der mächtige Einfluss der Agrarier vereinigt sich mit den Bestrebungen der Großindustrie, um die Interessen der Besitzenden gegenständig zu fördern und die Interessen des arbeitenden Volkes zu schädigen. Der Redner schilderte die gegenwärtige Lage unter der Herrschaft des schwarzen Blods. Dieser Herrschaft müsse das Volk sich unter allen Umständen erwehren. Man plane schwere Angriffe auf die Rechte der Arbeiter, auf ihr Koalitionsrecht in erster Linie, und die Arbeiter müßten diesen Maßnahmen die ernsteste Aufmerksamkeit widmen und am 12. Januar ihre Pflicht tun, indem sie ihre Stimmen für die Sozialdemokratie abgeben. Es gelte zugleich die Friedensliebe des deutschen Volkes zu beweisen und Protest zu erheben gegen Kriegshebe und Mißtrauensstieber, und das könne man am wirksamsten tun, indem man sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag sendet. (Starker Beifall.)

Der Kandidat des Kreises, Genosse **Pfannkuch**, hielt eine Ansprache an die Versammlung, in der er zuerst darauf hinwies, daß die Freisinnigen im dritten Kreise einen Kandidatenwechsel vorgenommen und an Stelle von **Rosenow** den Rechtsanwalt **Rohbach** gestellt haben. **Pfannkuch** verlas dann eine Note aus der bürgerlichen Presse, die unter der Spitzmarke „Seine Pfannkuch“ von Gegnern innerhalb des sozialdemokratischen Wahlkreises für den 3. Kreis zu erzählen weiß und vermuten läßt, daß es bei der Anstellung der Kandidatur **Pfannkuch** nicht leicht zugegangen, dieselbe vielmehr unter einem Druck des Parteivorstandes erfolgt sei. Unser Kandidat wünschte dazu die folgende Erklärung abzugeben:

„Im Laufe des Sommers kam der Vorsitzende des Kreises im Auftrage des Vorstandes zu mir und fragte, ob ich geneigt sei, bei der nächsten Wahl im dritten Kreise zu kandidieren. Ich

erklärte mich nur unter der Voraussetzung dazu bereit, daß meine auf eine Kandidatur bezügliche Liste und einen anderen Kreis zu vertreten wünsche. Der Vorsitzende antwortete mir, daß ihm die Vergewaltigung meines bereits schriftlich zugegangenen sei. Darauf nahm ich das Anerbieten an. Meine Ausstellung als Kandidat geschah in einer gutbesuchten Generalsversammlung des Wahlkreises mit allen gegen zwei Stimmen; da konnte nichts „gehoben“ werden. Weder der Parteivorstand, noch der „Vorwärts“ hat sich in irgend einem Stadium der Beratung mit der Angelegenheit befaßt, auch keinen Rat gegeben, auch keinen Wunsch geäußert. Die Notiz in der bürgerlichen Presse beruht auf Erfindung.“

Die Versammlung nahm diese Erklärung beifällig auf. Der Vorsitzende **Kohl** beauftragte dieselbe und ergänzte sie dahin, daß man sich erst mit der Kandidatenfrage befaßt, nachdem ein anderer Kreis meine Liste aufgestellt habe. Man sei außer Pfannkuch auch an andere Genossen herangetreten. In der Sitzung der Funktionäre des Wahlkreises habe man sich einstimmig für Pfannkuch erklärt. Noch niemals sei die Kandidatenfrage in so ruhiger Weise zur Erledigung gekommen wie diesmal.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß Pfannkuch als Vertreter des dritten Kreises in den Reichstag einzutreten möge, ganz gleichgültig, mit welchen Mitteln ihn die Gegner auch noch bekämpfen sollten. (Allgemeiner großer Beifall.)

Eine Wählerversammlung für den fünften Kreis tagte am Mittwoch im Ruffersaal. Die Parteien im Wahlkampf hieß das Thema, welches **Richard Fischer** in einem 15minütigen Vortrage behandelte. Was den Kampf gegen die Reaktion anbetrifft, so betonte der Redner zunächst, daß sich die Wähler nicht täuschen lassen dürfen durch das bekannte Auftreten des Reichstagsabgeordneten **Hendebbrand**. Von der Regierung ist nicht zu erwarten, daß sie sich gegen die Reaktion wendet. **Reichmann Hallweg** und **Hendebbrand** stehen auf demselben Standpunkt. Die Reaktion ist ein reichender Wolf. Den kann man nicht zähmen, den kann man nur dadurch unschädlich machen, daß man ihn tötet. Wenn sich der Danjabund als Kämpfer gegen die Reaktion aufspielt, so ist darauf nichts zu geben. Gut er doch nicht den Mut, in Fällen, wo ein Konservativer mit einem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt, die Wahl des Sozialdemokraten zu empfehlen. Der Danjabund überläßt es seinen Anhängern, in solchen Fällen selbst zu entscheiden, ob sie den Vertreter der Reaktion oder den entschiedenen Feind derselben wählen wollen. Und wie steht es mit den Freisinnigen, die ja in diesem Wahlkreise als unsere einzigen ernsthaften Gegner in Frage kommen? Von ihnen liegt bis jetzt noch keine andere Kundgebung vor als ihre Wahlaufrufe. Da heißt es, seit Jahrzehnten steht das Volk unter dem Druck der Konservativen und des Zentrums. Trotzdem hat der Freisinn bei den Wahlen 1907 mit den Konservativen gegen die Sozialdemokratie gekämpft. Der Freisinn war ja auch bereit, die Finanzreform mit der Regierung und den Konservativen zu machen, 400 Millionen neuer Steuern zu bewilligen, von denen ein Viertel die Besitzenden tragen sollten, während er drei Viertel den beschlagnahmten Volksschichten aufbürden wollte. Es ist also eine Lüge und elende Heuchelei, wenn der freisinnige Wahlkampf sagt, auf die Konservativen fällt die Verantwortung für die Finanzreform. Und weiter heißt es in dem Aufruf, die Mehrheit des verflochtenen Reichstages dürfe nicht wiederkehren, es gelte den Kampf gegen die Reaktion, aber je mehr Sozialdemokraten gewählt werden, desto größer sei die Gefahr einer inneren Krise, eines Rückschlages, einer Stärkung der Reaktion. — Welche Heuchelei! Indem der Freisinn vorgibt, die Reaktion zu bekämpfen, wendet er sich gleichzeitig gegen die Wahl von Vertretern derjenigen Partei, die am allerentschiedensten die Reaktion bekämpft. Natürlich kann die Herrschaft der Reaktion nicht gebrochen werden, ohne daß es zu einer inneren Krise kommt. Kein vernünftiger Mensch kann annehmen, daß die Junker freiwillig auf ihre Machtstellung verzichten werden. Durch energischen Kampf müssen sie aus ihrer Machtstellung vertrieben werden. Da kommen wir um die innere Krise nicht herum. Sie wird kommen und muß durchgefochten werden. Wir warten bloß auf den Moment, wo dieser Kampf ausgefochten werden muß und sind bereit, die größten Opfer, die er von uns verlangt, zu bringen. Solange die Sozialdemokratie an ihren politischen und wirtschaftlichen Grundfäden festhält, hält der Freisinn ein Zusammengehen mit ihr nicht für möglich. Wer, wie der Freisinn, seine Grundzüge hat, kann natürlich nicht an Grundfäden festhalten. Was sind denn unsere politischen Gegenwartsforderungen anders als die Forderungen des Liberalismus, die der Freisinn aus Furcht vor der Sozialdemokratie nicht mehr zu vertreten wagt, die wir aber durchführen müssen, weil sie die Voraussetzung unseres Befreiungskampfes sind. — In seinen weiteren Ausführungen zeigte der Referent, daß die Freisinnigen auch auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung, besonders bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung, gegen die Interessen der Unternehmer eingetreten sind und gestimmt haben. Es ist eine Täuschung, wenn sich die Freisinnigen ausgeben als eine Vertretung des gesamten Volkes. Sie sind eine bürgerliche Partei und können nicht anders, als die Interessen der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Wer als Arbeiter seine Klassenlage erkennt hat, der muß wissen, daß es keine Partei gibt, die für die Interessen der Arbeiter so rückhaltlos eintritt, wie die Sozialdemokratie. Wer will, daß die Reaktion gestürzt, daß der Herrschaft des Kapitalismus ein Ende gemacht wird, der hat keine andere Möglichkeit, als dem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme zu geben und für die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu wirken.

Durch stürmischen Beifall bekundete die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. Darauf beleuchtete **Robert Schmidt** in einer ebenfalls mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede die politische Situation. An einigen markanten Beispielen zeigte er, wie die Interessen des Volkes durch die Mehrheit des verflochtenen Reichstages geschädigt worden sind und daß nur durch Stärkung der Sozialdemokratie bessere Zustände herbeigeführt werden können.

Niederbarnim.

Zu einer gründlichen Abrechnung mit den Liberalen kam es am Montagabend in einer vom liberalen Wahlkomitee nach dem „Gesellschaftshaus“ in **Wittenau-Vorsigtal** einberufenen Wählerversammlung. Das Referat hielt der kürzlich vom Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei für Niederbarnim aufgestellte und von den Nationalliberalen des Kreises unterstützte Kandidat **Herr Erdmannsdorfer-Charlottenburg**. Da auf den Ankündigungen für die Versammlung freie Aussprache zugesichert war, hatten unsere Genossen von **Wittenau-Vorsigtal** sich zahlreich eingeschrieben. Ohne deren Anwesenheit wäre das Abhalten der Versammlung in Anbetracht der geringen Zahl liberaler Wähler in Frage gestellt gewesen.

Sowohl die Einberufer der Versammlung wie auch der Referent (Herrn beim Vertreten des bereits gefüllten Versammlungssaales zu ahnen, daß es sich hier nicht um „liberalen Anhang“ handelte. Herr Erdmannsdorfer behandelte denn auch in seinem etwa fünfviertelstündigen Referat die Stellung der Liberalen zur Sozialdemokratie. Abgesehen davon, daß einige in der Sozialdemokratie mit ihren oft absonderlichen Anschauungen marxistischem Kugenseiter herhalten mußten, um die Unbrauchbarkeit der sozialdemokratischen Ziele zu beweisen, bezeichnete der Referent die Sozialdemokratie als Partei des Klassenkampfes, die, weil sie nur für die arbeitende Klasse eintrete, bekämpft werden müsse. Zudem sei die Sozialdemokratie jedes staatlichen Verantwortungsbegrifflos, weil sie dem Staat die Mittel zu seiner Aufrechterhaltung verweigere. Selbstverständlich sang der Redner ein Loblied auf die liberalen Taten im alten Reichstag. Als erster Diskussionsredner nahm Genosse **Beremuth**

das Wort, der zunächst die mehr als sonderbare Auffassung, die der Referent über das Wesen der Sozialdemokratie beklundete, unter dem Beifall der Versammlung abfuhr. Nach dieser notwendigen Abwehr ging unser Redner zum Angriff über, indem er Schlag auf Schlag das ganze verräterische und volksfeindliche Ziel der Liberalen im Reichstag und in den Kommunen aufdeckte. Abgesehen davon, so betonte unser Redner, daß die Liberalen durch ihre volksfeindliche Mitwirkung an dem Vereinsgesetz, der Reichsfinanzreform, der Reichsversicherungsordnung und anderen Gesetzenwürfen der Reaktion Handlangerdienste geleistet, hätten sie mit ihrem Zusammengedenken mit den Konservativen, dem Hemmnis jeder kulturellen und freiwirtschaftlichen Entwicklung, für alle Zeiten sich ein Brandmal der Schande zugefügt. Dem Herrn Vorsitzenden schien etwas unheimlich zumute zu sein, indem er Ermunterung ersuchte, seine Rede nicht allzu lang auszudehnen. Noch ehe unser Redner zu Worte kam, glaubte der Herr bereits Wohlverhaltensmaßregeln erteilen zu sollen, Ratsschläge, die Vermuth mit gebührender Schärfe zurückwies. Am Schlusse seiner Rede zeigte unser Genosse die tiefe Klust, die zwischen der bürgerlichen und proletarischen Weltanschauung gähne. Eine Ueberbrückung dieser Klust sei unmöglich. Im Interesse der geistigen und kulturellen Entwicklung nicht nur der einen proletarischen Klasse, sondern der ganzen schaffenden Menschheit habe die Sozialdemokratie auch in Zukunft den Kampf für die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung zu führen. Eine Claque auf diesem Wege sei die bevorstehende Reichstagswahl. Wolle die Arbeiterklasse, wie die unter den heutigen Umständen leidende erwerbstätige Schicht, nicht politischen Selbstmord begehen, dann müsse sie am Wahltage unseren Kandidaten ihre Stimme geben. Der Beifallsturm, der den Worten des Redners folgte, bewies, daß er den Versammelten aus dem Herzen gesprochen. In der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Genossen **Liebert** und **Raspühl**. In seinem Schlusswort suchte sich der Referent noch in allerlei gewundenen Versicherungen von dem Vorwurf, als habe seine Partei im alten Reichstag ihre Pflicht verlehrt, frei zu machen, jedoch völlig vergebens. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung geschlossen, durchdrangen Hochrufe auf die Sozialdemokratie den Saal. — Kein gutes Omen für den liberalen Kandidaten.

Banow. Vor einer gut besuchten Versammlung im Koczyschen Lokale referierte am Dienstag Genosse **Dr. Moses** über: „Die bevorstehende Reichstagswahl.“ Es geht aufs Ganze, möge das deutsche Volk alle Kräfte daran legen, daß aus dem Junker- und Polizeistaat ein demokratischer Staat geschaffen werde, in dem das Volkes Wille das höchste Gesetz ist. Stürmischer Beifall quittierte die Ausführungen des Referenten. In einem eindringlichen Appell ermahnte der Vorsitzende, Genosse **Güttig**, alle Anwesenden, am Wahltage ihre Pflicht zu tun und den Sieg der Sozialdemokratie zu einem glänzenden zu gestalten. Vor und nach der Versammlung wurden von dem Gesangsverein „Lieberfreund“ einige stimmungsvolle Lieder vorgelesen.

Taschdorf, Kallberge. Die Teuerung, die Frauen und die Reichstagswahl war das Thema, über das Frau **Anna Ratschke** am Sonntag im großen Saale von **V. Hoffmann** referierte. 600—650 Personen, darunter etwa 100 Frauen füllten den Saal und verfolgten mit sichtlichem Interesse die Ausführungen der Rednerin, die mit reichem Beifall aufgenommen wurden. Auch die Gegner waren zu dieser Versammlung geladen, doch meldete sich trotz mehrfacher Aufforderung niemand zum Wort. Mehrere neue Mitglieder wurden aufgenommen.

Friedrichshagen. Vor einer gut besuchten Wählerversammlung im „Eiseller“ rechnete der Kandidat des Kreises, Genosse **Stadtshagen**, mit den bürgerlichen Parteien ab. In der Diskussion erklärte Herr **Kinnemann** namens der Demokratischen Vereinigung, daß seine Partei im Kreise Niederbarnim auf die Auffstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet hätte, und daher für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten würde.

Marzahn. In einer öffentlichen Wählerversammlung, der ersten am Ort, sprach am verflochtenen Sonntag Genosse **Kliers** vor weit über hundert Personen unter reichem Beifall. Eine Resolution, wonach sich alle Versammelten verpflichteten, für unsere Partei zu stimmen und zu agitieren fand Annahme.

Eggerdorf. In der am Sonntag bei **Tübbecke** abgehaltenen gut besuchten Wählerversammlung sprach **Gen. John** über: „Volksgut und die bevorstehenden Reichstagswahlen.“ Mit großer Aufmerksamkeit lauschten die Anwesenden den Ausführungen des Referenten, Gegner meldeten sich trotz mehrfacher Aufforderung nicht zum Wort.

Teltow-Beskow.

Bris-Budow. Ueber die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl sprach Genosse **Albin Rohs-Schöneberg** in einer öffentlichen Wählerversammlung im „Gesellschaftshaus“. Sein fast zweistündiger Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es wurde den etwa anwesenden Gegnern volle Redefreiheit zugesagt, jedoch meldete sich niemand zum Wort. In der Diskussion sprach Genosse **August Brenzlau**. Als Leiter der Versammlung wies Genosse **Benthmann** auf die Einteilung der einzelnen Wahlbezirke hin. Ferner machte er auf die Orte seit 14 Tagen gratis zur Verteilung gelangende neugegründete „**Trieger Zeitung**“ aufmerksam, die verlust, auch die **Trieger Arbeiterschaft** für sich zu interessieren. Zurzeit gibt sie sich als „unparteiische“ Zeitung aus, wird aber bald daselbe werden wie das „**Mirdorfer Tageblatt**“. Er ersucht, die „**Trieger Zeitung**“ gar nicht erst ins Haus hineinkommen zu lassen, denn das einzige Blatt für den Arbeiter ist der „**Vorwärts**“. Der **Trieger Arbeitergesangsverein**, der die Versammlung mit einem stimmungsvollen Liede eröffnete hatte, trug auch zum Schluß ein Arbeiterlied vor, das von den 250 Versammlungsteilnehmern mit Begeisterung aufgenommen wurde.

Niederbarnim. Eine gut besuchte Versammlung eröffnete hier den Reichstagswahlkampf. Der Referent Genosse **Bagels** sprach über: „Die bevorstehende Reichstagswahl.“ In treffenden Worten legte er die Sünden und Schäden des in Durroffnung gewählten vergangenen Reichstages bloß. Uebergehend zur jetzigen Situation bezog er sich auf den Kreis Teltow-Beskow, der sich durch die Situation speziell im Kreise Teltow-Beskow bewies Redner darauf, daß hier nicht weniger als 7 Kandidaten aufgestellt seien. Die Sozialdemokratie habe wieder ihren alten bewährten Vertreter Genossen **Fritz Zubeil** aufgestellt, für den auch die Versammelten bis zur Wahl noch tüchtig agitieren müßten. Eine Diskussion fand nicht statt. Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden **Dehm** erfolgte Schluß der Versammlung.

Gelsenblatt (Kreis Beskow). Vor einer stark besuchten Versammlung, die hier bei herrlichem Sonnenschein unter freiem Himmel tagte, referierte Genosse **R. Ligner-Ablerdörf** über: „Die kommenden Reichstagswahlen.“ Redner kritisierte unter anderem auch die Beskowener Wähler des konservativen Kandidaten Herrn **Marx**. Die anwesenden Landleute dürften auf diese Weise ein anderes Urteil über diesen Herrn gewonnen haben als das vom Beskowener Kreisblatt gefällte. Nachdem der Referent nochmals ersucht hatte, am Wahltage nur für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Partei geschlossen.

Schöneweide (v. Ludenwalde). Zum ersten Male ist es möglich gewesen, am vergangenen Sonntag in dem entlegenen Winkel des Kreises Teltow eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten zu können. Langsam kamen schon und ängstlich die Einwohner des Dorfes zum Versammlungsorte geschlichen, um in respektabler Entfernung stehen zu bleiben. Nur ältliche Jurethen vermochte ein Redaktionsmann zu ermuntern. Mit sichtlichem Interesse folgte die Versammlung den Darlegungen des Referenten Genossen **Liebert-Schöneberg**. Nach im letzten Augenblick wurde, allerdings vergeblich, versucht, uns das Grundstück, auf dem die Versammlung stattfand, abzutreiben.

Potsdam Ost-Navelland.

Spandau. Am Dienstag fand für den Stadtteil Kommandant eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Stadt. Genosse H. Gebert-Charlottenburg über das Thema: Den wählen wir am 12. Januar? referierte. Neben beleuchtete an der Hand reichhaltige Materialien die Sünden des verstorbenen Reichstags und der Blockpolitik der letzten fünf Jahre. Er kritisierte weiter die gegnerischen Kandidaten Pöschel und Kewes, die sich selbst als Neulinge in der Politik ausgaben, aber trotzdem sich für fähig halten, das deutsche Volk zu vertreten. Solche Kandidaten dürfe kein Gewerbetreibender oder Arbeiter wählen. Denn die Erfahrung habe gezeigt, daß man vor der Wahl von Seiten der bürgerlichen Parteien dem erwerbsfähigen Volke stets große Versprechungen mache, aber nach der Wahl dieselbe nicht halte. Neben forderte auf, am 12. Januar nur dem sozialdemokratischen Kandidaten die Stimme zu geben, weil nur die Sozialdemokratie alles Unrecht beseitigen will. Gegner meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Worte. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, sich an der Wahlarbeit regen zu beteiligen und dem Wahlverein als Mitglied beizutreten.

Seegerfeld. Wie in vielen Orten des Wahlkreises Potsdam-Spandau-Ost-Navelland haben wir auch hier darunter zu leiden, daß uns Lokalitäten zur Abhaltung von Versammlungen nicht zur Verfügung stehen. Die Wirte hegen alle möglichen Befürchtungen für ihre Existenz, sie geben daher ihre Säle zu Versammlungen nicht her. Hat der Druck der Arbeiterschaft auch schon dazu beigetragen, daß einzelne Wirte sich entgegenkommender zeigen, so wird diesen doch wieder von gegnerischer Seite durch alle erdenklichen Mittel der Schaden gestiftet und uns dadurch die Lokalitäten wieder abgejagt. Am Sonntag, den 17. Dezember, sollte deshalb eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Leider war verregnet worden, dieselbe rechtzeitig anzumelden, weshalb die Behörde die Versammlung nach Eröffnung dieselbe sofort wieder auflöste. In der näherliegenden Zukunft unternehmen wir es, die Erscheinungen über politische Tagesfragen wie auch über die kommenden Reichstagswahlen in zwingender Weise, so daß hier von Mund zu Mund schon für die nächste Versammlung, welche am zweiten Weihnachtstag, nachmittags 2 Uhr, auf dem gleichen Grundstück abgehalten werden soll, Propaganda gemacht wurde. Sicher ist, daß auch mit diesen Mitteln unsere Bewegung am dortigen Platze nicht aufgehoben werden kann, und wird der Wahltag zeigen, daß auch hierorts die Sozialdemokratie gute Fortschritte zu verzeichnen hat.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Die Schmückung der Sozialdemokratie durch den Gelehrten des Zentralverbandes deutscher Industrieller. — Eine Antwort. — Von Karl Kautsky. Zweite umgearbeitete Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Paul Singer & Co. m. b. H. Berlin SW 68, Lindenstr. 69. Berlin 1911. Preis 20 Pf.

Als ein Versuch, die Sozialdemokratie mit „geistigen Waffen“ zu rüsten, erschien im Jahre 1902 eine Broschüre „Soziale Tatsachen und sozialdemokratische Lehren. Ein Wörterbuch für denkende Menschen und besonders für denkende Arbeiter von H. Bürger. Das Werk wurde vor den Reichstagswahlen 1903 in Massen verbreitet, da die Elite des Scharfmacherturns, der Zentralverband deutscher Industrieller, zu diesem edlen Zweck tief in denbeutel griff. Genosse Kautsky gab als Antwort und Widerlegung die erste Auflage der vorliegenden Broschüre heraus. Jetzt, zu den Reichstagswahlen 1912 bringen die Sozialisten die vierte Auflage in neuer Auflage zur Verbreitung. Dadurch wurde auch eine Neuauflage der Geneschrift des Genossen Kautsky notwendig, die auf Grund neuer Tatsachen und Zahlen die im Scharfmacherinteresse zurechtgestutzten Argumente des Herrn Bürger zerstückelt und ihre Haltlosigkeit nachweist. Die Schrift des Genossen Kautsky wird im Wahlkampf sicher wertvolle Dienste leisten.

Handelsspolitik und Sozialdemokratie. Populäre Darstellung der handelspolitischen Streitfragen von Karl Kautsky. Zweite umgearbeitete Auflage. Preis 1 M., geb. 1,50 M., Vereinsausgabe 50 Pf. Die erste Auflage dieser Schrift ist seit längerer Zeit vergriffen. Da zu den Aufgaben des neu zu wählenden Reichstags die Regelung der Handelsverträge gehört, hat die Buchhandlung Vorwärts die Neuauflage noch vor den Reichstagswahlen erscheinen lassen. Wie Genossen, die über die schwierigen Probleme der Handelspolitik Aufklärung suchen, sollten nicht unterlassen, sich diese interessante und populär gefasste Darstellung anzuschaffen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs.

Führer durch die Reichsversicherungsordnung. Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Am 1. Januar 1912 tritt der Teil der Reichsversicherungsordnung in Kraft, der die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung behandelt. Will der Arbeiter dabei keinen Schaden erleiden, bedarf er eines zuverlässigen Führers, zumal in Betracht kommt, daß die Hinterbliebenenversicherung ganz neu und die Invalidenversicherung in wesentlichen Punkten abgeändert worden ist. Es sei hier nur auf die Beitragsregelung und die Minderhaltung der Beiträge verwiesen. Der Führer, den die Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., für den billigen Preis von 30 Pf. auf den Markt bringt, behandelt in 17 Kapiteln alle wichtigen Punkte in eingehender und doch leicht verständlicher Weise. Da dabei immer die Gesetzesparagrafen genannt werden, erleichtert er zugleich den Gebrauch der Reichsversicherungsordnung, in die er ganz vorzüglich einführt. Die der Verlag weiter anhängig, werden diesem Führer auch die durch die Invaliden- und Unfallversicherung, sowie durch das Verfahren folgen, also durch die Wähler der Reichsversicherungsordnung, die erst später in Kraft treten. Dem gut ausgestatteten Werkchen ist weite Verbreitung zu wünschen. Es ist durch alle Buchhandlungen und Expeditionen zu beziehen.

Der Separatismus in Oesterreich. Nach der tschechischen hat sich jetzt auch die rutenische Sozialdemokratie gespalten. Die ukrainischen Separatisten trennten sich von der rutenischen Partei, weil ihnen ein Beschluß des letzten Parteitag nicht zusagte. Die Parteizersplitterer haben bereits ein eigenes Blatt herausgegeben.

Soziales.

Die Verweigerung von Überstunden ist kein Entlassungsgrund.

Mit der Kontoristin einer Fabrik künstlicher Blumen war beim Engagement als Arbeitszeit die Zeit von 8 bis 7 Uhr mit stündiger Mittagspause vereinbart worden. Da das junge Mädchen in einem weit vom Geschäft entfernt liegenden Vorort wohnte, wurde ihr gestattet, im Geschäft über Mittag zu bleiben und dafür schon um 6 Uhr nach Hause zu gehen. Wenn sie trotzdem bis 7 Uhr arbeitete, dann bekam sie die Stunde Mehrarbeit als Überstunde bezahlt. Die Kontoristin, die jetzt vor der 5. Kammer des hiesigen Kaufmannsgerichts als Klägerin auftritt, arbeitete nun lange Zeit bis 6 Uhr und blieb über Mittag im Geschäft. Eines Tages verlangte der besagte Prinzipal, sie solle fortan, und zwar noch an demselben Tage, 1 1/2 Stunden Tischzeit machen und abends bis 7 Uhr arbeiten. Die Klägerin weigerte sich indessen zu Tisch zu gehen, da sie in der ihr zur Verfügung stehenden Tischzeit kaum ihre Wohnung erreichen, geschweige denn mit Ruhe essen und wieder zurück sein könnte. Die Klägerin wurde infolge dieser Weigerung entlassen.

Der Beklagte machte in der Verhandlung geltend, daß er berechtigt sein müsse, die früher besprochenen Tischzeit einzuführen. Wo die Gehilfin wohne, ginge ihm nichts an, sie könne ja auch wenn sie es bis zu ihrer Wohnung nicht schaffen könne, in der

Nähe essen. Das Kaufmannsgericht kam jedoch zu dem Ergebnis, daß die sofortige Entlassung der Klägerin zu unrecht erfolgt sei. Das Verlangen des Beklagten, Klägerin solle sofort zu Tisch gehen und in 1 1/2 Stunden wieder zurück sein, konnte die Klägerin gar nicht ernst nehmen, da das für die Klägerin unter den gegebenen Verhältnissen einfach unausführbar war. Hingru komme, daß die Tischzeit eigentlich 2 Stunden betragen sollte, so daß das Minus von 1/2 Stunde Tischzeit als Ueberstundenarbeit gelten müsse. Wegen dieser Weigerung durfte sie Beklagter nicht gleich entlassen.

Hilfskassen und Ärzte.

Berliner Zeitungen wissen von einem Krankenkassenkonflikt mit den Berliner Ärzten zu berichten. In einer Delegiertenversammlung des Ärzteauschusses von Groß-Berlin wurde bekanntgegeben, daß von 384 bei den Hilfskassen angestellten Ärzten 381 gekündigt haben.

Zu einer Kündigung mußte es sovielfach kommen. Hätten die Ärzte nicht gekündigt, so hätten die Krankenkassen die Beiträge künftigen müssen, da nach der Neuordnung der Krankenkassen die Hilfskassen noch nicht wissen, ob sie als Ersatzkassen oder als Zuschußkassen weiter bestehen werden. Die Hilfskassenärzte, geführt auf die Vertragskommission der Ärztekammer, verlangen nun eine Erhöhung des Honorars von 3,60 M. auf 4 M. pro Kopf und Jahr. Die Delegiertenversammlung der Ärzte beschloß, daß die Ärzte in keinerlei Sonderverhandlungen mit einzelnen Hilfskassen eintreten dürfen, sondern nur mit der Vertragskommission verhandeln sollen. — Wegen der Honorarforderung ist gegenwärtig jedenfalls noch nicht von einem Konflikt zwischen Ärzten und Hilfskassen zu reden.

Das Versicherungsgesetz für Angekettete

(Privatangekettetenversicherung) ist überraschend schnell vom Bundesrat verabschiedet worden. Das Gesetz spielt in den Kreisen, wo Privatangekettete zahlreich vorhanden sind, im Reichstagswahlkampf eine erhebliche Rolle. Hierbei wird die von dem Mitgliede der Reichstagskommission, Genossen Gustav Hoch-Samau herbeiführte Ausgabe des Gesetzes mit Erläuterungen gute Dienste leisten. — Die Ausgabe erscheint, ebenso wie die Ausgabe der Reichsversicherungsordnung im Verlage der „Vollständigen Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung“, Berlin N.O., 43, Lintienstraße 8, wohin bereits jetzt Bestellungen gerichtet werden können.

Aus der Frauenbewegung.

Auf zur Wahl!

Die wirtschaftliche und soziale Benachteiligung der Frau sollte ihre gesellschaftlich unwürdige Stellung wurzelt in der politischen Rechtslosigkeit. Während Millionen arbeitender Frauen helfen, den Rationalisierungsstand zu vergrößern und selbst mit leeren Händen dabei ausgehen, stellt man sie politisch mit Kinderjahren auf eine Stufe und schaltet sie bei der Gesetzgebung vollständig aus. Unter den Folgen dieser herberben Zustände hat der weitaus größte Teil der Bevölkerung schwer zu leiden.

Anstatt Alterspensionen, Witwen- und Waisenversicherung, Säuglingsfürsorge und alles, was eine gesunde, kräftige Sozialreform bedingt, einzuführen, häuft man auf die schwachen Schultern eines ausgebeuteten, ausgehungerten Volkes nur neue Steuern, neuen Sold für die herrschende Clique.

Eine treffende Illustration unserer „göttlichen Weltordnung“ gab im vergangenen Jahre der englische Schatzkanzler Lloyd George, der in der christlich-liberalen Liga in London folgendes Bekenntnis ablegte:

„Ich habe in meinem Leben sehr viel Elend gesehen und sehr viel über Elend gelesen. Jedoch ich gestehe, ich habe von seiner Schärfe nie die richtige Vorstellung gehabt; die gewann ich erst, als ich an die Ausführung des Gesetzes über die Alterspensionen herantret. Da sah ich erst, welche erschreckende Menge von Armut es bei uns gibt!“

Da gibt es, wenige Schritte von diesem Saale entfernt, Häften, in denen arme Frauen, alt und müde nach einem ehrenwerten, arbeitsamen Leben von mehr als 70 Jahren, in mer noch tagüber vom frühen Morgen bis zum späten Abend am Werke sind, um ein erbärmliches Bettelgeld zu verdienen, das sie zwar gerade vor dem Verhungern schützt, aber sie niemals von Not und Mangel befreit. Sechs bis sieben Schilling verdienen diese alten Frauen mit ihrer Nadelarbeit an Kleidern, deren Trägerinnen in einer Stunde des Mühsigganges und des Uebermutes mehr verschleudern mögen, als dieses Elendsvolk in drei Jahren harter Arbeit verdienen kann!

Ich könnte Ihnen noch viel mehr erzählen, um zu zeigen, daß eine ungeheure Volksmasse hier, in diesem reichen Lande der Welt, ein Leben der Armut führt, das stets an der Grenze der Not und der Verwelsung dahinschwankt. Und ich habe es auch schon ausgesprochen, daß dieser Zustand der Dinge nicht auf dieses Land beschränkt ist. Im Gegenteil, die hohen Lebensmittelpreise, verursacht durch die Besteuerung aller Lebensnotwendigkeiten, machen die Dinge in den Ländern des europäischen Kontinents noch schlimmer. Ich habe in den letzten zwei Jahren als Finanzminister Gelegenheit gehabt, in die Verhältnisse der Erbsteuerung von nächster Nähe Einblick zu nehmen. Und ich habe dabei gefunden, daß von insgesamt 420 000 Erbschaften, die jährlich sterben, fünf Sechstel nichts besitzen, was auch nur eine staatliche Aufnahme verlohnte. Ein paar alte billige Kleider, vielleicht ein bißchen Hausrat, das ist alles! Mehr als 300 Millionen Pfund — sechs Milliarden Mark! — wechseln jährlich durch Tod den Besitzer, rund die Hälfte davon entfällt auf ungefähr 2000 Personen! Gaben nun etwa die 350 000 Personen, die in Armut sterben, ein Leben des Mühsigganges, der Verschwendung und Ausschweifung geführt? Und haben die 2000, die an drei Milliarden Mark besaßen, ein Leben der Armut und Sparsamkeit hinter sich? Jeder-mann weiß, daß dem nicht so ist! Aus solchen Tatsachen erklärt sich jene Bewegung der Unzufriedenheit, die das Zeichen einer organischen Erkrankung des ganzen Systems ist.“

Ihr Frauen, merkt Euch das für den 12. Januar und zeigt, daß Ihr mit diesem elektrisierenden System aufräumen wollt. Kommt Ihr auch noch nicht selbst Eure Stimme in die Wahlstühle werfen, so könnt Ihr Stimmen werben, die auch für Euch Protest einlegen und ihre ungewöhnliche Antwort am Tage des Gerichts geben.

Briefkasten der Redaktion.

Die hiesige Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Sprechstunde — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten beizubehalten, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten beizubehalten, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten beizubehalten, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten beizubehalten, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat.

M. B. 22. Zur Erfüllung eines Eheversprechens kann niemand gezwungen werden. Das Mädchen, das als Verlobte den vorerhaltenen Vertrag gekündigt hat, kann nach schiedsrichterlicher Aufhebung des Verlöbnisses durch den Mann, von diesem eine billige Entschädigung in Geld verlangen. — B. S. 4. 1. Nach der Gerichtsentscheidung, jedoch spätestens bis zum 31. d. M., in Berlin bei dem Magistratskommissar für Invalidenversicherung, Am Köpenicker Park 2. J. — B. S. 100. 1. Nur dann, falls noch dem Niederschreiben Kündigung zum 1. April zulässig ist. 2. und 4. Ja, bei dem Armenvorsteher Ihres Bezirks, am geschäftsmäßigsten möglich. 3. Solche Vereine sind vorhanden. Wenden Sie sich an die Zentrale für private Fürsorge, Grotzschloßstr. 41. 5. Nein. — B. S. 45. Der Antrag auf Erhebung ist bei der Verteilungsstelle des Amtsgerichts Spandau, die Ladung zum Offenbarungstid bei dem Amtsgericht Spandau einzureichen.

Dem erheben Antrag sind beizufügen: Urteil und Armenrechtsbeschluß der Ladung zum Offenbarungstid, dieselben Schriftstücke und der Wahnungsbericht des Gerichtsnotars. — B. S. 100. Für die Hilfsarbeiter ist der Streit beendet. — B. S. 509. 1. Ja wohl. 2. Ein Anwalt. — B. S. 40. Bei einem Patentanwalt anfragen. Adressen finden Sie im „Berliner Adreßbuch“.

Gegründet 1884

Gesangverein „Männerchor Ost“.

Am Sonntag, den 17. d. Mts.,
vertrabt püßlich unser Sanges-
bruder

Fritz Masche

Kopernikusstraße 33.

Wir verlieren in ihm einen
treuen Gesangsbruder und werden
ihm ein stetes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am
Freitag, den 22. d. Mts., nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentralfriedhofes in Reichstags-
felde aus statt. — Die Sängers-
treffen sich um 1 Uhr bei Wählers-
bed, Sudramstraße.

Der Vorstand.

Auf Teilzahlung

wöchentlich nur 1 Mark




Grammophone, Pathophone,
echte Monzenhauer Zithern, Golgen,
Mandollinen, Gitarren, Handharmonikas

M. Jahres Musik-Spezialgeschäfte:

1. Geschäft: Brunnenstr. 117
2. Reinickendorfer Str. 107
3. Moabit, Gutzkowskystr. 31
4. Woldenburger Str. 2

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot
nach Maß, schnell, sauber. Zeichnen
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Börs.)

Pelz- waren.

Engros-Export.

S. Schlesinger,
Ngus Königsr. 21
Ordonnanzhaus.

Kein Laden!
II. Etage.

Einzelverkauf

wie alljährlich zu
billigsten Preisen

Pelz-Stolas Muffen

Chick garnierte
Damenpelzblüte
federleicht.

Reparaturen sauber und billig.
Sonntag geöffnet.

Bitte genau auf Hausnummer
21 zu achten.

Reste

Damenluce, schwarz u. farbig,
Kostüme, neu u. alt, Seide,
Sammet, Besätze, Futterstoffe,
Püschelzu-Manteln, Chev.-Kamm-
garne zu Knaben-Anzügen.

Konfektion:

Palotots, Kostüme, Röcke,
Kinder-Konfektion, auch ge-
dignete Maß-Anfertigung.

Stets Gelegenheitskäufe!

Paul Karle,

Waldenburgerstr. 18. [4]

Pracht-Säle Alt-Berlin

Blumenstraße 10 Neben dem Residenz-Theater
sind die besten

Versammlungssäle des Ostens.

Im neuerbauten Theater-Saal täglich: 6211.
Konzert, Theater und Spezialitäten.

Feine Schneiderei

für elegante

Herren-Moden

fertig und nach Maß

Garantie für tadellosten Sitz
und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung

Wochenrate von 1 M. an

J. Kurzberg

Rosenthaler Strasse 40
direkt am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstraße.

Kein Waren-Kredithaus



Großer Pelz-Stola-Verkauf

Eile zu Weile

119 Dresdener Str. 119
(Hochbahnstation Kottbuser Tor).

Eigene Kürschnerei

Nur prima Felle!

Riesenhafte Auswahl!

Sehr billige Preise.

Echt Skunks-Stola

von 25 M. an

Echt Nerzmurmels-Stola

mit Köpfen u. Schwefeln v. 18 M. an

Alaska Fuchs-Imitation

von 7,50 M. an

Bitte Eile zu Weile

zu achten!

119 Dresdener Str. 119.
Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellten Gegenstände sofort
für den bezeichneten Preis.

Sonntags geöffnet.





A. Wertheim



G.M.B.H.

Leipzigerstr. 132-37
Königstrasse 31-32

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37
Bei Briefen ist die genaue Adresse erforderlich.
Die Firma A. Wertheim hat zu ähnlich lautenden
Firmen keinerlei Beziehungen.

Rosenthalersr. 28-31
Oranienstrasse 52-55

Besonders billige Bücher

Klassiker

Bürgers Werke in 2 Bänden	1.90
Byrons Werke in 4 Bänden	3.80
Chamisso's Werke in 1 Band	0.95
Eichendorffs Werke in 2 Bänden	1.90
Goethes Werke in 4 Bänden	3.80
Grillparzers Werke in 4 Bänden	3.80
Hauffs Werke in 2 Bänden	1.90
Heines Werke in 4 Bänden	3.80

Jeder Band
in Ganzlein-
m. Pressung
95 Pf.

Körners Werke in 1 Band	0.95
Lenaus Werke in 1 Band	0.95
Lessings Werke in 3 Bänden	2.85
Mörkes Werke in 1 Band	0.95
Reuters Werke in 4 Bänden	3.80
Schillers Werke in 4 Bänden	3.80
Shakespeares Werke in 4 Bänden	3.80
Uhlands Werke in 1 Band	0.95
Wielands Werke in 1 Band	0.95

Der Rhapsode Ernste und heitere Vortrags-Dichtungen. 384 Seiten, elegant gebunden, früher 4.00 jetzt **1.10**

Karl May's gesammelte Reise-Erzählungen
33 eleg. gebd. Leinenbände, Remittenden-Exemplare
Jeder Band früherer Preis 4.00 jetzt **2.40**

Ibsen, Dramatische Werke Übersetzt von Wilhelm Langa. 3 Leinenbände, eleg. Einband **2.85**

Meidingers Kinderkalender 1912 **90 Pf.**

Bilderbücher

Tierbilderbücher 55, 95 Pf. **1.60**

Malbücher 18, 38, 45, 55, 85 Pf.

Gumpert, Töchter-Album Ältere Jahrgänge
zu herabgesetzten Preisen.

Anschauungs-Bilderbücher

unzerreißbar, auf Pappe 45, 75 Pf. **1.10, 1.25**

Gumpert, Herzblättchens Zeitvertreib Ältere Jahrgänge
zu herabgesetzten Preisen.

Märchenbücher u. Jugendschriften

Für Knaben und Mädchen

Jeder Band 200—250 Seiten stark mit fünf farbigen, ganzseitigen Illustrationen.

Abenteuer in Sibirien, mit 5 schwarz. Bild. (Knaben u. Mädchen 9—12 Jahre)	
*Andersen, Märchen (K. u. M. 6—9 J.)	
*Bechstein, Märchen (K. u. M. 6—9 J.)	
*Grimm, Märchen (K. u. M. 6—9 J.)	
*Gullivers Reisen (K. u. M. 8—12 J.)	
*Emin Paschas Reisen (K. 9—12 J.)	
*Haufl, Märchen (K. u. M. 9—12 J.)	
*Heibels Schatzkästlein (K. u. M. 6—9 J.)	
*Lederstrumpf (K. u. M. 8—12 J.)	
*Münchhaus, Abenteuer (K. u. M. 8—12 J.)	
Nordische Sagen, mit schwarzen Bildern (K. u. M. 9—12 J.)	
*Reinick, Märchen (K. u. M. 6—9 J.)	
*Robinson Crusoe (K. u. M. 8—12 J.)	
*Rübezahl-Erzählungen (K. u. M. 7—10 J.)	
*Stöckl, 21 kl. Erzählg. (K. u. M. 6—9 J.)	
*Stöckl, Kinderglück (K. u. M. 7—10 J.)	
*Tausend und eine Nacht (K. u. M. 9—12 J.)	
*Till Eulenspiegel (K. u. M. 9—12 J.)	
Deutsches Jugendbuch v. Dr. Otto Weddigen (K. u. M. 6—10 J.)	
*Wortz, Ausgewählte Erzählungen (K. u. M. 6—10 J.)	
*Horn, Abenteuer in fremden Welten (K. u. M. 8—12 J.)	
*Hark, Die neuesten Forschungsfahrten (K. u. M. 10—14 J.)	
*Übers, Das Buch vom eisernen Kanzler (K. u. M. 9—12 J.)	

Jeder Band in Halbleinen gebunden **85 Pf.**

Eleganter Geschenkband.

Dieselben Bände in Ganzleinen gebunden und auf besserem Papier, mit 5 farbigen Vollbildern **1.50**

Jeder Band in Halbleinen gebunden **85 Pf.**

*Eroberung des Nordpols (K. 10—14 J.)

*Dietrich von Bern (K. 10—14 J.)

*Loga, Märchen (K. u. M. 8—12 J.)

Farida und andere Erzählungen (M. 8—12 J.)

*Die schönsten Sagen des klassischen Altertums (K. u. M. 8—12 J.)

*Deutsche Volksagen (K. u. M. 8—12 J.)

*Sigismund Rüstig (K. 9—12 J.)

*Don Quixotte (K. 9—12 J.)

*Onkel Toms Hütte (K. 9—12 J.)

*Die Waise von Lowood (K. u. M. 9—12 J.)

*Duncker, Märchen und Erzählungen (K. u. M. 7—10 J.)

*Ury, Was das Sonntagskind erlauscht (K. u. M. 8—9 J.)

*Jack, der lustige Seekadet (K. 9—12 J.)

*Volksmärchen aus aller Welt (K. u. M. 7—10 J.)

*Fajeken, Ein Held wider Willen, schwarz illustriert (K. 8—12 J.)

*Federzahn. Unter der Flagge der Hansabrüder (K. 10—14 J.)

*Musäus, Volksmärchen (K. u. M. 8—12 J.)

*In 80 Tagen um die Erde (K. u. M. 9—12 J.)

*Nibelungensage, Gudrun (K. u. M. 10—14 J.)

Enzberg, Freiheitskampf der Buren (K. u. M. 10—14 J.)

Die mit einem * versehenen Bücher sind neu bearbeitet und haben neue Orthographie.

Restauflage.

Andersens Märchen

von M. Davis, Everbeck u. a. w., mit vielen Illustrationen (Fischer & Franke-Ausgabe) früh. Preis 6.00 jetzt **1.90**

Restauflage.

Musäus

Volksmärchen d. Deutschen

Illustrationen von G. A. Stroedel, Schmidhammer, Müller-Münster. Originaleinband. (Fischer & Franke-Ausgabe) früherer Preis 6.00 jetzt **1.90**

Restauflage.

Kinder- u. Hausmärchen

von F. u. W. Grimm.
Illustriert von W. Stumpf u. Müller-Münster.
Originalband. (Fischer & Franke-Ausgabe). Früh. Preis 6.00, jetzt **1.90**

Restauflage.

Deutsche Volksbücher

wiedergeburt von Gust. Schwab.
Mit Bildern von Stassen u. and. Eleg. Leinwandband. (Fischer & Franke-Ausg.) Früherer Preis 6.00 jetzt **1.90**

Réunion-Cigaretten

Für die Qualität der Fabrikate bürgt der Name **Réunion**



Spezialmarken:
Vivara 8b 2 Pfg.
Lookout 3 -
Flagship 4 -
Vivara-Creme 5 -

En gros detail
Knaben- und Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß
am billigsten und schnellsten in der Fabrik
Koppenstr. 85, part.,
2 Minuten v. Schles. Bahnhof.
STTL* Karl Hustädt.

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!

Teile dem verehrten Publikum und der Nachbarschaft mit, daß ich untengenannte Bäckerei neu eröffnet habe und die Forderungen des Bäckerei- und Konditorei-Verbandes anerkannt habe. Es wird mein Bestreben sein, dem Publikum in jeder Weise zufriedenzustellen und gute Ware zu liefern.
Achtungsvoll
Artur Ziebell, Straßburger Straße 29.



Juwelenhaus Zimmermann & Co.

Juweliere

Gold- u. Silberwaren-Fabrik
Uhren-Großhandlung

Berlin SO. Oranienstr. 204, 206, 207

Telephon: Amt 4, Nr. 3549

Empfehlen zum bevorstehenden Weihnachtsfest ihr großes

Lager in Juwelen, Uhren, Gold- und Silber-Waren.

Eigene Werkstatt für Reparatur u. Neuarbeit im Hause.

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

Abbas Dandy
Gibson Girl

Gewerkschaftliches.
n. aber
als Kulturträger.

Wie die „Vorwärts-Zeitung“ mitteilt, hat der im Wahlkreis St. Marien-Dittweiler aufgestellte Zentrumskandidat Arbeitersekretär **W. Schumann** in einer Versammlung erklärt, daß er die wirtschaftlichen Fragen aus dem Wahlkampf ganz ausschalten und nur als kultureller und sozialer Bannträger auftreten werde. Schumann ist katholischer Facharbeiter, dem als kultureller Bannträger das schwarze Mittelalter mit seinen Scheiterhaufen als Idealstaat vorschwebt. In den Fachabteilungen ist auch der soziale Standpunkt zu Hause, daß Knecht Knecht bleiben muß; hier wird die Sklavenmoral noch in Reinkultur gefördert. Daß es Herrn Schumann sehr un bequem ist, als zentraler Reichstagskandidat wirtschaftspolitische Fragen behandeln zu müssen, kann man ihm als Anhänger der schwarzen Steuer- und Wucherpartei auch nachfühlen. Seine Erklärung aber zeigt, daß ihn die großen wirtschaftspolitischen Fragen recht wenig kümmern. Und ein solcher Mann gilt um die Stimmen von Arbeiterwählern!

Berlin und Umgegend.

Neue Klagen der Omnibusangestellten.

Seit dem Sommer dieses Jahres haben die Klagen der Berliner Omnibusfahrer und -fahrerinnen noch kein Ende genommen. In diversen Versammlungen, die trotz der Verjährung der Angestellten durch die Vorgesetzten statifanden, hat man der Direktion der Berliner Omnibusgesellschaft bittere Wahrheiten über die Zustände in ihrem Betriebe und über die Behandlung der Angestellten gesagt, ohne daß eine wesentliche Besserung der Dinge eingetreten wäre. Zu den Anklagen gesellen sich jetzt auch die Kutschauffeure und -schaffner. Mit den Anforderungen des gewaltig gesteigerten Verkehrs glaubt die Direktion nur dadurch Schritt halten zu können, daß sie einfach den bisher geltenden Fahrplan über den Haufen warf und sogenannte „wilde Touren“ einlegte. Würden diese „wilden Touren“ von Erfahrungsgefahren, dann wäre vom verkehrswirtschaftlichen sowie rein menschlichen Standpunkt aus gegen die Neuerungen nichts einzuwenden. Nach den Verfügungen der Direktion der Omnibusgesellschaft müssen die wilden Touren jedoch von den Tagelöhnlern habenden Chauffeuren und Schaffnern mitgeführt werden. Daß sich diese Neuerungen unter den gegebenen Umständen nur auf Kosten der Gesundheit ausführen läßt, versteht sich am Rande. Die Haltezeiten wurden auf 2 bis 4 Minuten verkürzt, außerdem müssen die Chauffeure und Schaffner der Hauptlinien 4a, 4b, 11, 14 und 24 in der Haltezeit die Wagen betriebsfertig halten.

Auf Linie 4a sind täglich 9 Touren a 1 Stunde 7 Minuten zu fahren; das ist ohne Haltezeiten gerechnet, eine durchschnittliche Arbeitszeit von 10 Stunden 8 Minuten. Sogar kommt die zur Dienstzeit gehörige Vorbereitungszeit vor Beginn der Dienstzeit von einer halben Stunde, die üblichen Verpätungen, die täglich ebenfalls eine halbe Stunde betragen und die nicht selten vorkommenden Defekte und Reparaturen an den Motoren, die auch im Durchschnitt täglich 1/2—1 Stunde beanspruchen. Die hierbei verkaufte Zeit muß in jedem Falle nachgeholt werden, so daß eine täglich zwölf Stunden betragende Arbeitszeit für Chauffeure und Schaffner an der Tagesordnung ist. Während dieser 12stündigen Arbeitszeit ist es den Angestellten aber nicht einmal möglich, in Ruhe ihr Essen einzunehmen zu können, da die kurze Haltezeit an den Endstationen von dem Chauffeur dazu benutzt werden muß, die Bremsen zu reparieren und eventuell nachzustellen, den Motor zu ölen und Kühlwasser aufzugießen. Der Schaffner muß während dieser Zeit Fensterputzen, Staubwischen und zurückgelassene Fahrscheine aus dem Wagen entfernen. Fährt der Wagen schon gar mit Verpätung an der Endstation ein, dann haben die Bedienungsmannschaften nicht einmal Zeit, ihre Notdurft zu verrichten. Bei dem gefährlichen Dienst im öffentlichen Verkehr bedeutet eine derartige Anspannung namentlich der Chauffeure eine Ausbeutung der Arbeitskraft, die im Interesse der Verkehrssicherheit von der Aufsichtsbehörde untersagt werden müßte.

Die Wagen der übrigen nicht genannten Linien haben täglich 8 Touren von je 1 Stunde 12 Minuten Dauer, respektive 8 Touren von 1 Stunde 30 Minuten sowie den üblichen Nebenzeiten zu fahren. Das Personal auf diesen Touren hat also eine nahezu ebensolange Arbeitszeit wie das der Linie 4a.

Weiter wird von den Angestellten darauf aufmerksam gemacht, daß die Direktion, vielleicht in der Vorahnung kommender Dinge, in ganz unverantwortlicher Weise neue Arbeitskräfte aus Ost- und Westpreußen nach Berlin zu ziehen sucht. Die von privaten Stellenvermittlern angeworbenen Leute, die für die Vermittlung 8 bis 10 Mark zahlen müssen, kommen ohne Ortskenntnis, oft auch ohne Geld nach Berlin und wissen oft nicht, wo sie das Geld hernehmen sollen, um ein Logis bezahlen zu können. Die Direktion der Omnibusgesellschaft sollte doch bedenken, daß derartige Zustände keine Betriebsgeheimnisse bleiben; sie sollte deshalb bei sich Einsicht halten, ehe die Oeffentlichkeit zu den Dingen einmal ernstlich Stellung nimmt.

Wachtung, Steinmetzen! Ueber die Firma Jürgens u. Schille, Kunststeinbearbeitungsgesellschaft in Berlin, ist die Sperre verhängt. Und da es der Firma schwer fällt, Steinmetzen zu erhalten, sucht sie nunmehr durch Deduzieren Arbeitskräfte. Im Essener Arbeitsmarkt war vor kurzem ein Arbeitsangebot nach Landsberg a. W. Rekrutanten sollten sich an einen angeblichen Steinmetzpolier W. Schäfer am dortigen Bahndammweg wenden. Die sich bald herausstellte, war die Firma Jürgens u. Schille die Unternehmerin. Selbstverständlich ist die Steinmetzen das Arbeitsverhältnis wieder. Um das Reisegeld waren sie natürlich gekommen. Um andere vor Schaden zu bewahren, wird darauf aufmerksam gemacht, Arbeitsangebote nach Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg nicht anzunehmen.

Eine Lohnbewegung der Architekturbuchbinder.

Die in den Ateliers für Anfertigung von Papier-Architektur-Modellen beschäftigten Buchbinder haben an ihre Arbeitgeber Forderungen gestellt, nachdem diese es abgelehnt hatten, sich einer der bestehenden Tarifgemeinschaften im Buchbindergewerbe und verwandten Berufen anzuschließen. Gefordert wird die Verfüzung der Arbeitszeit von 9 auf täglich 8 1/2 Stunden, die Gewährung von Wochenlöhnen ohne Abzug für die durch die gesetzlichen Feiertage und unverfügbaren Zeiträume ausfallenden Arbeitsstunden sowie ein beschleunigter Sommerurlaub. Außerdem werden folgende Lohnsätze vorgeschlagen: Im ersten Halbjahr der Verunstätigkeit vom Beginn der fünften Woche ab 29 M., im zweiten Halbjahr 32 M., im zweiten Jahre 34 M. und im dritten Jahre 36 M. Gehältern, die die letzte Lohnstufe erreicht haben, sollen alljährlich am 1. November eine Lohnerhöhung von 1,50 M. erhalten bis der Höchstlohn von 42 M. erreicht ist. Des weiteren erhält die Tarifvorlage Bestimmungen über Besserbezahlung der Ueberzeitarbeit und Abfindungsfrist; sie verlangt ferner die Verzung des paritätischen Arbeitsnachweises und enthält eine Lehrlingsliste. Als Vertragsdauer sind drei Jahre in Vorschlag gebracht. Die Antworten der Arbeitgeber waren bis zum 18. Dezember erbeten worden. Diese sind aber nicht direkt an den Buchbinderverband gelangt; die Unternehmer haben sich vielmehr ihren Arbeitern gegenüber zu Tarifverhandlungen bereit erklärt. Nur die Firma **Gebr. Stegemann**, Arfursenstr. 31/32, hielt es für an-

gebracht, die Wünsche der Arbeiter völlig unbeachtet zu lassen. Auf Beschluß einer Gruppensammlung verfuhr der Arbeiterratschuss, mit den Herren Stegemann zu unterhandeln. Diese Unterhandlungen blieben jedoch ergebnislos. Am Abend des Verhandlungstages weigerte sich daraufhin das Personal, Ueberstunden zu leisten. Die Folge war die Entlassung der sämtlichen Gehilfen. Auch der Verbandsleitung gegenüber, die vermittelnd eingzugreifen versuchte, lehnten die Herren Stegemann jede Verhandlung ab. Wegen ein paar Pfennigen Lohnherhöhung mühten also die Arbeiter noch knapp vor dem Weihnachtstest ausgepeirt werden.

Eine gestern abgehaltene Versammlung der gesamten Branche nahm zu der nun eingetretenen Situation Stellung. Nach Lage der Dinge dürfte es in allen anderen Betrieben sehr bald zu einer Einigung kommen, während bei Gebr. Stegemann der Kampf voraussichtlich Monate hindurch dauern und von der Arbeiterschaft auch mit aller Energie geführt werden wird. Die Versammelten verpflichteten sich, gegenüber ihren ausgepeirten Kollegen volle Solidarität zu üben und jedwede Streikarbeit zu verweigern.

Wachtung, Feisurgelissen! Wegen Tarifbruch für Verbandsmitglieder gesperrt: 10. Vorkingstr. 41. Kontrolle am zweiten Feiertag vormittags 10 Uhr Linienstr. 73. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung der Isolierer

ist mitzuteilen, daß dem Verband der Isolierfirmen die Aussperrung der Isolierer auf das ganze Reich nicht gelungen ist. Nur einzelne Firmen haben ausgesperrt, und auch diese zumeist nur die Leute, die mit ihren Arbeiten fertig waren. Andere Firmen erklärten ihren Leuten, daß sie sich an der Aussperrung nicht beteiligen und eventuell lieber aus dem Firmenverband austreten wollten. — Am 18. Dezember fand in Berlin auf Einladung des Bauarbeiterverbandes eine Aussprache zwischen den Vertretern des Bauarbeiterverbandes und des Verbandes der Isolierfirmen statt. Die Firmenvertreter glaubten die Aussperrung der Isolierer über Reinhold u. Co. verlangen zu können; die Vertreter der Isolierer erklärten, daß davon vor Regelung der Differenzen gar keine Rede sein könne. Die Firmenvertreter suchten nachzuweisen, daß der Bauarbeiterverband durch die Sperre der Frankfurter Filiale der Firma Reinhold u. Co. einen Vertragsbruch begangen habe, daß dagegen die Leipziger Filiale der genannten Firma keinen Vertragsbruch begangen habe, weil der Vertreter der Firma den Leipziger Vertrag von vornherein nicht anerkannt habe. Demgegenüber wiesen die Vertreter der Isolierer nach, daß die Isolierer in Frankfurt schon deshalb keinen Vertragsbruch begangen hätten, weil dort der Vertrag vor der Verhängung der Sperre abgelaufen war. Ferner wiesen sie nach, daß der Vertrag in Leipzig vom Mitteldeutschen Verband der Isolierfirmen abgeschlossen wurde, so daß ein Zweifel an der Gültigkeit des Vertrages für die Firma Reinhold u. Co. gar nicht bestehen kann. Jegendein greifbareres Resultat kam durch die Aussprache nicht heraus. Schließlich verständigte man sich, daß im Laufe dieser oder der nächsten Woche neue Verhandlungen stattfinden sollen.

Der Kampf der Einnehmer in Hamburg gegen die Versicherungsgesellschaft „Victoria“

ist noch immer nicht beendet. Die Organisation der Einnehmer, der Verband der Bureauangestellten, wird nunmehr in Hamburg mit Zustimmung der dortigen Gewerkschaften den Vorkampf über die „Victoria“ verhängen. Die Situation ist für die kämpfenden Angestellten außerordentlich günstig. Die von der Organisation verhängte Sperre wird mit großer Energie durchgeführt; bisher haben sich Arbeitswillige nicht gefunden. Es wird ersucht, Angebote der „Victoria“ für Hamburg unbedingt abzulehnen. Auf jeden Fall sollte bei derartigen Angeboten vorher bei der Leitung des Verbandes der Bureauangestellten, Berlin NO. 48, Linienstr. 8, angefragt werden.

Gerichts-Zeitung.

Schny gegen Schny!

Eine gestern vor dem Kriegsgericht der Igl. Kommandatur verhandelte Anklage richtete sich gegen den Grenadier **Nerenheim**, der sich wegen groben Unfugs sowie wegen Beamteneileidigung und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten hatte. Die Beleidigten sind zwei Schöneberger Polizeibeamte.

Der Angeklagte hatte eines Sonntags, als er noch vor seiner Einstellung ins Heer stand, sich in angetrunkenem Zustande auf der Hauptstraße mit seinem Bruder herumgobelt. Bald sammelten sich, wie dies bei derartigen Vorgängen üblich ist, Menschen an. Der dann hinzukommende Schutzmann **A.** brachte die beiden auseinander. Da trat auch noch der Schutzmann **B.** hinzu. Ohne weiteres verfuhr er dem Angeklagten hinterwärts einige kräftige Schläge ins Gesicht. **A.** blutete an der Stirn und das Blut lief ihm über die Augen herunter, sodas er kaum zu sehen vermochte. Sowohl nach seinen Angaben als auch nach den Befundungen von Augenzeugen soll die Verletzung von der Mißhandlung des Schutzmannes herrühren. Unter Eid bekundete der Schutzmann **A.**, er habe gesehen, daß sein Kollege von dem Angeklagten angefaßt worden sei. Dies ist aber nicht wahr. Denn der Schutzmann **A.** selbst bestritt es unter seinem Eid. Vor dem Kriegsgericht brachte der Polizeibeamte **B.** die Sache in einer Art zum Vortrag, als sei weiter gar nichts dabei, wenn er einmal einem Sistierten ein paar Schläge ins Gesicht gebe. Der Angeklagte wurde über die ihm widerfahrene Unbill wütend und warf sich auf den Erdboden. Die Beamten fesselten den am Boden Liegenden und schleiften ihn einige Meter fort. Auch auf dem Wege zum nächsten Revier blieb **A.** gefesselt, so daß ihm nach den Befundungen von Zivilzeugen der Unterarm abstarb. Auf dem Wege zur Wache will der Angeklagte gestoßen worden sein. Er verlangte, daß einige Zivilzeugen mit hinauf zur Wache kommen sollten, doch wurde ihm dies nicht gestattet und die Haustür den Nachkommenden vor der Tür zugeschlagen. **Nerenheim** behauptete, auch oben auf der Wache geschlagen worden zu sein. Die beiden Beamten wollten aber davon nichts wissen, weil sie sich nach erfolgter Ablieferung des Sistierten nicht mehr um die Sache gekümmert haben. Sie stellten jedoch die Mißhandlungen auf der Wache in Abrede, worauf der Verhandlungsführer meinte, es sei ja bekannt, daß auf den Polizeiwachen geschlagen werde. Aus Mangel über die ihm zugesetzte Unbill und die ungerechte Behandlungswiese will der Angeklagte die Schutzeile durch Schimpfworte beleidigt haben. Er wollte nicht gefesselt zur Wache transportiert werden und aus diesem Grunde habe er sich etwas geweigert, mitzukommen. Er hat, ihm die Fesseln abzunehmen, dann wäre er ohne weiteres mitgekommen. Das Gericht kam zwar zu einer Verurteilung des Be-

schuldigten, doch sah es mit Rücksicht auf die Begleitumstände die Sache recht milde an und erkannte nur auf eine Geldstrafe von 25 M.

Auf Veranlassung der Anklagebehörde wird nun gegen den Schutzmann **B.** beim Strafgericht Straf-antrag gestellt werden, so daß die Angelegenheit auch noch vor dem Roabiter Gericht ein Nachspiel finden wird.

Die Verzeihungsthat einer Mutter.

In dem Prozeß gegen das 19jährige Dienstmädchen **Anise Schröder**, der, wie wir am Sonntag mitteilten, von der Straf-kammer dem Schwurgericht überwiefen wurde, fand bereits gestern die Verhandlung vor dem Schwurgericht statt.

Die Angeklagte, welche offensichtlich große Reue über ihre furchtbare Tat zeigte, war wiederum geständig, die Absicht gehabt zu haben, ihr Kind dadurch umzubringen, daß sie es in einem Kaninchenloch steckte, in der Erwartung, daß es dort den Hungertod oder den Tod durch Ersticken finden würde. Ihre ganze Verteidigung bestand in den Worten: „Ich mußte vor Angst nicht, wo ich das Kind lassen sollte.“ Auf eine Frage des Landgerichtsdirektors **Wahr**, der ihr in fast väterlich wohlwollender Weise, dicht neben der Anklagebank stehend, die einzelnen Fragen vorlegte, wann sie den Entschluß, das Kind zu töten, gefaßt habe, antwortete die Angeklagte, daß sie den Plan erst auf dem Bahnhofe in Vorstwald gefaßt habe, als sie nicht mehr wußte, wo sie das Kind lassen sollte. — Der **Former Klein**, welcher mit einem anderen Zeugen das Kind aufgefunden hatte, bekundete u. a., daß er jetzt geglaubt hätte, es sei ein Kaninchen. Auf seinen Hinweis, daß es ein Kind sei, sei sein Begleiter vor Schreck halb ohnmächtig geworden und habe ihm zugerufen, er solle das Kind, welches er für tot hielt, liegen lassen. Das Kind sei an den Armen und Beinen blau angeschwollen gewesen und habe, als er es befreit hatte, zuerst gesagt: „Au, tut weh!“ — Der Arbeitgeber der Angeklagten, der **Landwirt Dunkel** aus Schönefeld bei Teltow, bekundete u. a., daß die Angeklagte immer still und ruhig gewesen sei. Als sie mit dem Kinde nach Berlin fuhr, habe sie ihm erzählt, sie wolle das Kind anderweitig in Pflege bringen. — Auf Antrag der Rechtsanwältin **Dr. Heinemann** und **Dr. Kurt Rosenfeld** war der **Rechtsanwalt Dr. Blaschel** als Sachverständiger geladen worden, da Zweifel darüber aufgetaucht waren, ob die Angeklagte bei Begehung der Tat, die offenbar im Affekt verübt sei, die freie Willensbestimmung besessen habe. Der Sachverständige äußerte sich dahin, daß natürlich jeder Affekt die freie Willensbestimmung und die freie Willensbestimmung trübe. In dem vorliegenden Falle liege aber keine Veranlassung vor, mit der Möglichkeit einer Bewußtseinsstörung zu rechnen. — Staatsanwalt **Hook** ließ die Anklage des Mordversuchs fallen und beantragte nur die Verzeihung der Schuldfrage wegen versuchten Totschlages, da anzunehmen sei, daß die Angeklagte nicht mit voller und ruhiger Ueberlegung die Tat ausgeführt, sondern sich infolge ihrer verzweifelten Situation in großer Aufregung befunden habe. Außerdem beantragte der Vertreter der Anklage, der Angeklagten mit Rücksicht auf die ganze Sachlage mildernde Umstände zuzubilligen. — Die Rechtsanwältin **Dr. Heinemann** und **Dr. Rosenfeld** legten den Geschworenen nahe, sämtliche Schuldfragen zu verneinen, da es sehr fraglich sei, ob die Angeklagte nicht infolge ihrer verzweifelten Lage in eine derartige Aufregung geraten sei, daß ihr im Moment der Tat die freie Willensbestimmung gefehlt habe. Rechtsanwalt **Dr. Rosenfeld** wies insbesondere darauf hin, daß die Hauptursache, das es überhaupt soweit kommen konnte, wieder einmal in einer nicht ausreichenden Fürsorge für die unehelichen Kinder zu finden sei. In solchen Fällen erscheine eine sogenannte Sammelbewandtschaft, deren Schaffung die nächste Stadtverordnetenversammlung in Erwägung ziehen werde, dringend notwendig. — Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach versuchtem Totschlag unter Zubilligung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat der erlittenen Untersuchungshaft. Die Angeklagte wurde außerdem auf Antrag der Verteidigung aus der Haft entlassen.

Ein Magistratsbeamter als Gattenmörder.

Die Straffache gegen den des Gattenmordes beschuldigten Magistrats-Bureauassistenten **Otto Sternbeck** ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Die Ehefrau des Beschuldigten war bekanntlich eines Tages spurlos verschwunden. Ihre Leiche wurde am 28. September 1910 in der Oder, nicht weit von Frankfurt a. O. aufgefunden. Es wurde zunächst Selbstmord angenommen, bis sich gegen den Ehemann der Verdacht des Gattenmordes mehr und mehr verdichtete und am 20. Juli d. J. zu seiner Verhaftung führte. Er hat zugeben müssen, die Leiche seiner Ehefrau in einen Kinderwagen gepackt, diesen nach Frankfurt transportiert und die Leiche in die Oder geworfen zu haben. Er bestritt jedoch, ein Verbrechen begangen zu haben und behauptet, daß er in der Ueberzeugung seine auf ihn einbringende Frau diese so unglücklich gepackt gehabt habe, daß sie zu Boden gesunken und dort leblos liegen geblieben sei. In seiner Angst habe er die Leiche dann in der bezeichneten Art beseitigt, um einen Selbstmord glaublich erscheinen zu lassen. Verschiedene Momente haben nun den Verteidiger des Angeklagten veranlaßt, über dessen Geisteszustand das Gutachten der Gerichtsbirte **Medizinrat Dr. Hoffmann** und **Dr. Watzig** einzuholen. Nach diesem Gutachten besteht die Vermutung, daß Sternbeck unzurechnungsfähig und zur weiteren Beobachtung seines Geisteszustandes seine Ueberführung in die Charité notwendig ist. Die Akten liegen jetzt der Strafkammer zur Beschlußfassung vor.

Der Mohrtod als Erziehler.

Vom Landgerichte Dessau ist am 20. August der Lehrer **Ger-mann Pfau** wegen Körperverletzung im Amte zu 10 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er ist Lehrer in einem kleinen Dorfe und hat Knaben und Mädchen aller Altersklassen zu unterrichten. Am 28. April gab er Rechenunterricht. Der 13jährige **Max B.** begriff nicht, was das Zeichen „+“ bedeutet und schrie auf die ihm zuteil gewordene Bezeichnung. Der Angeklagte holte dann den Mohrtod und schlug den Knaben mehrmals auf das Gesicht. In Anhalt besteht kein Befehl über die Schulgucht, aber auf dem Verordnungswege ist bestimmt worden, daß kein Kind in den ersten beiden Schuljahren geschlagen werden darf. Der Angeklagte hat also, sagt der Bericht, pflichtwidrig gehandelt und er war sich dessen auch bewußt, da er schon einmal aus ähnlichem Anlaß bestraft worden ist. — Seine Revision wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

Leider besteht für Preußen eine ähnliche Vorschrift wie in Anhalt nicht. Wann endlich wird bei uns wie in Oesterreich das Prügeln der Kinder als Erziehungsmitel gänzlich beseitigt werden?

Aufhebung eines Geschworenenurteils durch Gerichtsbeschluß.

Der seltene Fall, daß ein Geschworenenurteil vom Gerichtshof aufgehoben wird, weil sich die Geschworenen nach einstimmiger Ueberzeugung des Kollegiums zu Ungunsten des Angeklagten geirrt haben, ist vom gestern tagenden Schwurgericht des Landgerichte III, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Wahr**, zu melden.

Auf die Anklage der versuchten Rotzucht hatte sich der Eis- und Kesselfabrikant Gustav Steinide zu verantworten. Der Angeklagte, der im Sportpalast als Eisfabrikant tätig war, lernte dieselbe am 11. November v. J. eine junge Schneiderin Fel. K. kennen, die für die Rüste des Angeklagten sehr begeistert war und sich schließlich auch für diesen selbst als Person begeisterte. Sie nahm dessen Einladung, mit ihm zusammen ein Café zu besuchen, gern an und verbrachte dort in liebevoller Unterhaltung, bis der letzte Straßenbahnwagen, der sie nach ihrer elterlichen Wohnung zurückführen konnte, schon vorüber war. Sie behauptet, daß sie in dem Café betrunken gemacht worden sei und der Angeklagte ihr vorgebetet habe, sie zu ihren Eltern bringen zu wollen. Beide bestiegen ein Auto, der Angeklagte soll aber nach der Behauptung des Mädchens dem Chauffeur statt der Adresse der Eltern seine eigene Adresse in der Neuen Mainstraße ausgegeben haben, wo er unter der Firma Gustav Steinide ein Spezialgeschäft betreibt. Das Mädchen behauptet, daß der Angeklagte sie gewaltsam in seine Lebenswohnung gezerrt, sich dort auf sie gestürzt und mit dem Revolver sie gezwungen habe, ihm zu Willen zu sein. Sie habe keine Möglichkeit gehabt, aus der Wohnung zu entkommen und sei bis

zum nächsten Morgen dort festgehalten worden. Auf diese Angaben hin wurde gegen den Angeklagten die Anklage wegen Nötigung, Freiheitsberaubung und Bedrohung mit einem Verbrechen erhoben. Der Angeklagte bestritt entschieden die Wahrheit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen und behauptete, daß das Mädchen ihn auf ihr eigenes Bitten hin in seine Wohnung begleitet habe und dort von irgendwelcher Bedrohung oder Nötigung keine Rede gewesen sei. Das Mädchen habe sich den Roman offenbar ausgedacht, weil sie sich vor ihren Eltern fürchtete, die Rechenschaft über ihr nächtliches Ausbleiben von ihr forderten. Die Strafkammer erklärte sich seinerzeit für unzuständig und verwies die Sache vor das Schwurgericht, da das Gericht den Angeklagten der Rotzucht hinreichend verdächtig hielt. Gleichzeitig wurde über den Angeklagten die Untersuchungshaft verhängt, aus der er aber nach einiger Zeit wieder entlassen wurde. Nachdem schon einmal ein Schwurgerichtstermin stattgefunden, bei dem die Verurteilung anheimfiel wurde nun gestern die ganze Sache noch einmal verhandelt. In der umfangreichen Beweisaufnahme erklärte Dr. Marx als Sachverständiger, er halte den Angeklagten für geistig minderwertig. Dr. Otto erklärte, er habe begründete Zweifel an der Zu-

rechnungsfähigkeit des Angeklagten. Der Staatsanwalt Dr. Wis beauftragte, ein Schuldig nicht wegen versuchter Rotzucht vielmehr nur wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen auszusprechen. Nachdem der Verteidiger H. A. Dr. Bahn Freisprechung beantragte, bejahten die Geschworenen über das Votum des Staatsanwalts hinausgehend die Frage, ob schuldig wegen versuchter Rotzucht. Der Verteidiger führte aus, der Angeklagte sei völlig unschuldig. Auch genügt nach der Reichsgerichts-Judikatur begründete Zweifel an der geistigen Gesundheit eines Menschen, um den § 51 St. G. B. anzuwenden; er beantragte daher, daß das Gericht darüber beraten möge, ob die Geschworenen sich nicht zu Ungunsten des Angeklagten geirrt hätten. — Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. — Landgerichtsdirektor Vahr verkündete den Gerichtsbeschluss dahin, daß die Sache zur nochmaligen Verhandlung an ein anderes Schwurgericht zu verweisen sei. Der Beschluss sei nicht näher zu begründen, die Geschworenen erfassen aber aus dem Beschluss, daß das Gericht das Ergebnis der Verhandlung anders beurteilte als sie. — Die Sache wird also einen neuen — den siebenten — Termin erleben.

**Unsere Geschäfte
sind bis 9 Uhr
abends geöffnet**

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Auf Wunsch bei Einkäufen die

Doppelte Anzahl Rabattmarken

Von dieser Vergünstigung sind Lebensmittel und nur wenige Artikel ausgenommen

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat:

Frisches Fleisch, Obel von der Zusendung ausgeschlossen.

Belle-Alliancestr.
Gr. Frankfurterstr.
Brunnenstrasse
Kottbuser Damm

Backartikel

Weizenmehl 000	5 Pfund	90 Pf.
Kaiser-Auszug-Mehl	5 Pfund	1.00
Victoria-Auszug-Mehl	5 Pfund	1.10
Rosinen gross	Pfund	58 Pf.
Sultana-Rosinen	Pfund	75, 85 Pf.
Korinthen	Pfund	45 Pf.
Mandeln ohne oder bitter	Pfund	1.30
Zitronat	Pfund	70 Pf.
Kuchenmasse (Frigga)	Pack	50 Pf.
Backpulver	3 Pack	20 Pf.
Vanillin-Zucker	3 Pack	20 Pf.
Zitronen-Essenz	3 Fl.	25 Pf.
Mandel-Essenz	3 Fl.	25 Pf.

Butter und Käse

Backbutter	Pfund	1.20, 1.30
Tischbutter	Pfund	1.40
Tafelbutter	Pfund	1.50
Schweizer Käse	Pfund	85 Pf.
Münster-Käse	Pfund	78 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund	50, 78 Pf.
Brie-Käse	Pfund	60 Pf.
Limburger Käse	Pfund	55 Pf.
Romatour-Käse	Stück	29 Pf.
Keuchateller	Stück	25 Pf.

Fischkonserven

Sardinen in Öl	Dose	38, 48, 95 Pf.
Appetit-Sild	Dose	28, 38, 48 Pf.
Bismarck- o. Bratheringe	Dose	42 Pf.
Delikatess-Heringe	Dose	50, 85 Pf.
Mixed-Pickles o. Gornichons	Glase	45 Pf.
Senf- oder Zuckergurken	Glase	45 Pf.

Freitag
Sonnabend
Sonntag

Lebende Karpfen Schuppen 85 Spiegel 95

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Sehr billige Herren-Artikel

Oberhemden	farbig Perkal, mit festen Manschetten	2.45
Oberhemden	weiss mit glattem Einsatz	2.95
Oberhemden	weiss mit Piqué-Falten-Einsatz	3.90
Garnitur	Wachseide farbig, Serviteur mit passenden Manschetten	1.25

Selbstbinder	aparte Stoffe	95, 1.45
Hosenträger		95, 1.45, 2.25
Auto-Schals	für Damen oder Herren	95 Pf.
Herrenhüte	weich od. steif, Wollfilz, moderne Formen	2.75, 3.25

Kassler Pfund 63 Pf.

Bratgänse	Pfund	60, 65 Pf.
Fettgänse	Pfund	65, 70 Pf.
Hasen gestreift		2.25, 3.50

Frisches Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen	Pfd.	80 Pf.
Fehrippe	Pfund	70 Pf.
Querrippe	Pfund	65 Pf.
Schinken im Ganzen	Pfund	65 Pf.
Schweinekoteletts	Pfd.	75, 80 Pf.
Bauch	Pfund	60 Pf.
Kamm oder Schuft	Pfund	70 Pf.
Goulasch	Pfund	65 Pf.
Hammelkeule im Ganzen	Pfund	65 Pf.
Dicke Rippe	Pfund	60 Pf.
Dünnung	Pfund	55 Pf.
Rückenfett	Pfd.	50 Pf.
Liesen	Pfd.	60 Pf.

Obst

Amerikaner Aepfel	Pfund	18, 25 Pf.
Kochäpfel	Pfund	13 Pf.
Walnüsse	Pfund	30, 38 Pf.
Haselnüsse	Pfund	38 Pf.
Feigen	Pfund	30 Pf.
Datteln	Karton	35 Pf.
Apfelsinen	Dutzend	28, 38 Pf.
Zitronen	Dutzend	25, 35 Pf.
Schalmandeln	Pfund	70 Pf.
Traubenrosinen	Pfund	65 Pf.

Weine, Spirituosen

Taragona	Flasche	85 Pf.
Samos	Flasche	85 Pf.
Roter Tischwein	Flasche	75 Pf.
M. o. St. Emillion	Flasche	85 Pf.
Medoc St. Estephe	Flasche	1.20
Oberhardter	Flasche	75 Pf.
Obermoseler	Flasche	95 Pf.
Biebelheimer	Flasche	1.10
Apfel-Sekt	Flasche	1.05
Schaumwein	Flasche	2.40, 2.65
Rum-Verschnitt	Flasche	1.20, 1.45
Kognak-Verschnitt	Fl.	1.20, 1.45

Wurstwaren

Cervelat o. Salamiwurst	Pfund	1.20
Schinkenwurst	Pfund	1.20
Thüring. Knoblauchwurst	Pfund	1.25
Teewurst	Pfund	1.10
ff. Leberwurst	Pfund	95 Pf.
Sardellenleberwurst	Pfund	1.10
Zwiebelleber- od. Rotwurst	Pfd.	48 Pf.
Schinkenspeck	Pfund	98 Pf.
Nusschinken	Pfund	1.10
Rollschinken	Pfund	1.20
Burgunderschinken	Pfund	1.10
Lachsschinken	Pfund	1.60

Gemüsekonserven

Stangenspargel	1/2 Dose	65 Pf.	1.20
Stangenspargel	1/2 Dose	73 Pf.	1.35
Stangenspargel	1/2 Dose	78 Pf.	1.45
Bruchspargel ohne Kopf	1/2 Dose	43 Pf.	75 Pf.
Bruchspargel m. Kopf	1/2 Dose	53 Pf.	95 Pf.
Gemischt. Gemüse	1/2 Dose	30 Pf.	50 Pf.
Schoten	1/2 Dose	—	38 Pf.
Junge Schoten	1/2 Dose	30 Pf.	48 Pf.
Feine lg. Schoten	1/2 Dose	35 Pf.	60 Pf.
Sellerie in Scheiben	1/2 Dose	—	65 Pf.

Fruchtkonserven

Pflaumen mit Stein	1/2 Dose	45 Pf.
Mirabellen	1/2 Dose	68 Pf.
Stachelbeeren	1/2 Dose	65 Pf.
Heidelbeeren	1/2 Dose	70 Pf.
Kirschen mit Stein	1/2 Dose	60 Pf.
Birnen rot oder weiss	1/2 Dose	65 Pf.
Melange Früchte	1/2 Dose	90 Pf.

..... Spielwaren - Pfefferkuchen - Baumschmuck - Lichte

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 18. Dezember verstarb unser
Genosse, der Vorkämpfer
Heinrich Bartz
Gantianstr. 17.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag den 21. Dezember,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des St. Nikolai-
Kirchhofes in Rickdorf, Hermann-
straße 191-195, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Bierfahrer
Otto Eckert
am 17. Dezember im Alter von
59 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. Dezember,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des Rickdorfer Ge-
meinde-Friedhofes, Mariendorfer
Weg, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, dass unser Kollege, der
Droschkenführer
Joseph Bischoff
am 18. Dezember im Alter von
59 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 21. Dezember,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Zentral-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, dass unser Kollege, der
Kolluführer
Rudolf Nagel
am 19. Dezember im Alter von
50 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 23. Dezember,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Elmsont-Stras-
hofes in Orly aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung ersucht
3914 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Brauerei- und
Mühlensarbeiter und verwandter
Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern diese zur
Nachricht, dass der Kollege, Fabrik
Hermann Henkel
(Schulthei II)
am 18. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 22. d. Mts., nach-
mittags 2 1/2 Uhr von der Leichen-
halle des Rickdorfer Gemein-
de-Friedhofes, Mariendorfer Weg,
aus statt. 45/3
Um zahlreiche Beteiligung wird
ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Be-
kannnten die traurige Nachricht,
dass meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Schwieger- und Groß-
mutter
Berta Peters
geb. Sabow
am Dienstag, den 19. Dezember,
nachmittags 6 Uhr gestorben ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Freitag,
den 22. Dezember, nachmittags
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des Honsdorfer Friedhofes in Nordend
aus statt. 1191/2

Tauftragung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes sage ich allen Be-
kannnten und Verwandten, sowie dem
Zentralverband der Zimmerer und
dem Bauverein des 4. Kreises
meinen innigsten Dank. 2125B
Erläute Julie Klette.

Tauftragung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme beim Hinscheiden meines
lieben Mannes sage ich allen lieben
Freunden und Kollegen, sowie
dem Sozialdemokratischen Wahlverein
(2. Berliner Wahlkreis, Bez. 94) und
dem Musikklub „Germania“ meinen
herzlichsten Dank. 2126B
Wwe. Marie Engelke.

Tauftragung.
Für die liebevollen Beweise herz-
licher Teilnahme und reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, des Schriftsetzers
Erwin Löbe
spreche ich allen Verwandten, Freunden
und den Kollegen des Verstorbenen
meinen innigsten Dank aus. 2127B
Im Namen der Hinterbliebenen
Elisabeth Löbe geb. Schöning.
Berantwortlicher Redakteur: Hilbert Bock, Berlin. Für den

Wähler des I. Berliner Reichstags-Wahlkreises!

Freitag, den, 22. Dezember, abends 8 1/2 Uhr,
im Café Gärtner, Holzsteiner Ufer 27/28:

Große Wähler-Versammlung.

Tagesordnung:

„Auf zur Reichstagswahl!“

Referent: Stadtd. Artur Stadthagen.

Nach dem Referat: **Freie Aussprache.**

Wähler des I. Kreises, erscheint in der Versammlung! Handlungsgehilfen und Privatangestellte sind
besonders eingeladen. 308/15 Der Einberufer.

Montag morgen entschlief nach
kurzem Leiden unser lieber Kollege,
der Schriftsetzer
Robert Teudloff
im Alter von 53 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Das Personal der Firma
Sempel u. Co.
Beerdigung heute Donnerstag,
3 1/2 Uhr, Friedemann Kirchhof.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 3-4.

Von
3
Anzahlung aus
Palazzo elegant,
modern. Nie wieder-
kehrende Gelegen-
heit. Durch überaus
günstigen Abschluss
bin ich in der Lage,
elegante Palazzos
zu billigen Preisen
und äußerst kulan-
ten Bedingungen ab-
zugeben. **Riesan-
Auswahl Kredit-
Haus Richard Krum-
beck, Frankfurter
Allee 134, I.**

Den **Vorwärts-Lesern**
gewähre Rabatt.
Selten
günstige **Kaufgelegenheit**
für **Weihnachten**
Eine Partie
imit. Perser

Teppiche

getreue **echter Perser**
Kopien
von wunderbarer Farbenpracht
auf beiden Seiten benutzbar.
Ungefähre Größe
90x185 cm M. 3,75 (früher 6,00)
130x200 " " 5,50 (" 8,25)
160x230 " " 8,75 (" 12,75)
200x300 " " 12,75 (" 18,50)
250x350 " " 21,50 (" 32,50)
300x400 " " 28,50 (" 39,00)
Pass. Bett- u. Pult-Teppiche
Stück 75 Pf., 1,00 u. 1,50 M.

1 Posten reichgestickter
Plüschportieren
pro
Fenster M. 6,85 (bish. 8,75)

Nach auswärts per Nachnahme.
Teppich-Spezial-Haus

Emil
Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.

Habe nirgends Filialen!
Weihnachts-
Extralist und Katalog
enorm billiger Geschenkartikel
(800 Abbild.) gratis und franko.

Deutscher Kürschner-Verband.

Filiale Berlin.

Bureau u. Schreibstube: NO. 48, Weinstr. 8. Telefon: Amt Kf. 6789.

Heute Donnerstag, abends 8 Uhr:

Sektions-Versammlung

aller in der
Mützenbrauere beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen
in den
„Musiker-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.

Tagesordnung: 101/2
1. Unsere Stellungnahme zu dem Verlangen der
Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes auf Ein-
führung der Akkordarbeit.
2. Diskussion. 8. Berichtsbeneh.

Kolleginnen und Kollegen! Indem man Euch die
Akkordarbeit anbietet, müßt Ihr wissen, daß Eure
Ergänzung auf dem Spiele steht.

Kommt deshalb alle zur Sektionsführung, keiner
darf fehlen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Achtung! Arbeitslose! Achtung!

Wegen der Weihnachtsfeiertage findet die Auszahlung der
Unterstützung wie folgt statt:

Arbeitslose, die am Sonnabend, den 23. Dezember, am
Montag, den 25. Dezember, und am Dienstag, den 26. Dezember,
Unterstützung zu bekommen haben, erhalten dieselbe am
Sonnabend, den 23. Dezember,

ausgezahlt und müssen zu diesem Zweck am Freitag, den
22. Dezember ihr Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte
im Arbeitsnachweis abgeben. Die Auszahlung erfolgt in
der durch Aushang bekanntgegebenen Reihenfolge.

Die am Mittwoch, den 27. Dezember fällige Unterstützung
wird am Donnerstag, den 28. Dezember ausgezahlt.

Am Montag, den 25., Dienstag, den 26. und
Mittwoch, den 27. Dezember sowie am Montag,
den 1. Januar, bleiben sämtliche Bureaus und
Arbeitsnachweise geschlossen.

94/10 Die Ortsverwaltung.

Eine
Delikatesse
auf dem Weihnachtstisch sind
= Cyliax =
Fabrikat in hervorragender Qualität als:
Honigkuchen, Makronenkuchen,
Pralinés, Marzipan, Schokoladen,
Baumkonfekte, Kakao.
Außerst preiswert. — Filialen in allen Stadtteilen.



INGER

Nähmaschinen
nähen, sticken u. stopfen,

sie sind das **nützlichste**
Weihnachtsgeschenk
für jedes Haus.

Singer Co Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipzigerstrasse 92.

Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Commerz- und Disconto-Bank.

Aufforderung zum Umtausch

der
Aktien der Credit- und Spar-Bank

Aktien der Commerz- und Disconto-Bank.
Gemäß § 290 d. B. O. fordern wir hiermit die Inhaber von Aktien
der Credit- und Spar-Bank auf, ihre Aktien nebst Dividendenchein pro
1911 sowie Erneuerungsscheine zum Zwecke des Umtausches gegen Aktien
unserer Gesellschaft bei unseren Niederlassungen in **Hamburg, Berlin,**
oder bei unseren Filialen in **Altona, Kiel, Hannover** sowie in
Leipzig und Altenburg S.-A. in den Geschäftsjahren der bisherigen
Credit- und Spar-Bank, ferner bei den Herren **J. Dreyfus & Co.,**
Frankfurt a. M., mit Kummernummerzeichen unter Benutzung der bei
den Umtauschstellen erhältlichen Formulare einzulösen. Aktien, welche
nicht spätestens bis zum **1. April 1912** bei uns eingereicht worden
sind, sowie solche Aktien, welche die zum Umtausch durch neue Aktien er-
forderliche Zahl erreichen und uns nicht zur Bewertung für Rechnung
der Beteiligten zur Verfügung gestellt sind, werden für kraftlos erklärt
werden. Mit den an Stelle der für kraftlos erklärten Aktien auszugebenden
Aktien unserer Gesellschaft wird gemäß § 290 d. B. O. Absatz 3 verfahren.
Soweit Aktionäre der Credit- und Spar-Bank Aktien in einer durch
10 teilbaren Anzahl nicht besitzen, werden die genannten Umtauschstellen die
Bewertung des in Aktien der Commerz- und Disconto-Bank nicht darstell-
baren Betrages für Rechnung der Beteiligten provisions- und courtagefrei
vermitteln, sei es durch Verkauf der überschüssigen Spitze oder Dingkauf
des fehlenden Betrages und zwar auf Grund des an der Berliner Börse
notierten letzten Kassa-Kurses für die Aktien der Commerz- und Disconto-
Bank.

Berlin, den 19. Dezember 1911.

Commerz- und Disconto-Bank.
Der Vorstand: Quart. Völter.

Spezialgeschäft für Wild, Geflügel u. Fische
Otto Grimm, Berlin NO., Landsberger Allee 28
Fernsprecher: Amt Königstadt No. 99. — Bestellungen frei Haus.

Riesengroße Zufuhren und Auswahl!

Zum Weihnachtsfest empfehle einer besonderen Beachtung,
soweit Vorrat reicht:

- Denkbar feinste Warthebrucher Mastgänse Pfund 70 Pf. usw.
- Blutfische Waldhasen, gestraift 3,25 Wilder Riesenk-
gr. Hasen gespickt . . . Stück 3,75 usw. Hochprima fettes
Hasenrücken oder -Keulen ge- **Fasanen**
spickt . . . Stück 1,75 Stück 1,75-2,00 usw.
- Rehkeulen Stück 6,00 an **Hirschfleisch**
Rehrücken Stück 6,75 an in bekannter Qualität
Rehblätter Stück 1,75 an und Geflügel.
- Junge zarte Riesenenten, fette Suppenhühner, große Kapauern
in allen Preislagen.
- Lebende Flußfische! Lebende Edelkarpfen!
wie Hechts, Aale, Schleie, Plötzen d. h. nur allerfeinste Qualitäten,
usw. billigst! Pfund 0,90 und 1,00 M.
- Täglich denkbar beste frische **Seefische** zu den billigsten
Tagespreisen!

Klassiker
Gelegenheitskäufe. Restauflagen.
Freiligraths sämtliche Werke. 8 Leinenbände.
Preis früher 5,—, jetzt 3,—
Grillparzers sämtliche Werke. 2 Bände.
Neue illustrierte Ausgabe. Preis 3,50.
Haußs sämtliche Werke. Mit dem Bild des
Dichters und einer Einleitung. 4 Leinenbände.
Preis nur 4,—
Heines sämtliche Werke. Mit einem Bildnis
Heines. 4 Leinenbände. Preis nur 4,50.
Schillers Werke. Illustriert. In 4 Leinenbänden.
Preis früher 6,—, jetzt 4,50.
Shakespeares sämtl. dramatische Werke.
Übersetzt von A. W. v. Schlegel und L. Tieck.
In 3 Leinenbänden. Preis nur 3,50.
Ferner sind noch vorhanden:
Gerstäckers Werke. 2 Bände, illustriert 3,50.
Hackländer Werke. 2 Bände, illustriert 3,50.
Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

Partei-Angelegenheiten.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. An Stelle des erkrankten Kassierers Genossen Hubrich ist der Genosse Friedrich Gutzeit gewählt...

Pantow. Parteigenossen, welche sich an den Schreibarbeiten beteiligen wollen, treffen sich am Freitag, den 22. Dezember, abends 8 Uhr...

Spanden. Der Sitz des sozialdemokratischen Wahlkomitees befindet sich im Restaurant E. Schubert, Kurstr. 21, Fernsprecher 599.

Berliner Nachrichten.

Hinter den Zirkuskulissen.

Obgleich die ersten Vormittagsstunden noch nicht vorüber sind, herrscht in der in nächster Nähe des Zirkus gelegenen Artistenkneipe schon ein lebhaftes Treiben.

„Seh, Jenny, kommst Du mit hinüber? Es ist Zeit. Ich bin zwar noch nicht dran, aber ich möchte mir mal die neue Sache ansehen.“

Eifrig auf seinen Partner einredend, ging er mit ihm in das Zirkusgebäude hinüber.

Ein großer Vorraum, den wir durchschreiten mußten, war über und über mit Kulissenstücken bedeckt, an denen einige Dekorationsmaler arbeiteten.

„Meinst Du? Vielleicht tauschen wir mal.“ „Weißt Du, ich bleibe nicht länger hier. Diese unendliche Arbeitszeit und dann der Umgangston, da ist es am Theater doch besser.“

„Ich muß machen, daß ich fortkomme, der Alte ist mit dem Geschäftsführer drin, ein neuer Springer soll engagiert werden; der führt jetzt seinen Trick vor.“

Wir traten in den Zuschauerraum. Ein graues, fahles Tageslicht durchsirrte verloren den gewaltigen Zirkusbau. Ueber die unteren Sitze und Logen sind mächtige Pläne ausgehängt.

Der innere Manegeraum ist mit dunklen Wassermassen gefüllt. Der neue Springer hat seinen halbschwerischen Sprung einige Male wiederholt.

Unterdessen ist der Manegeraum wieder in seinen normalen Zustand gebracht worden. Nach einer exakt arbeitenden Akrobatentruppe folgt eine Kunstreiterin.

Und sind die Artisten zu Ende, dann kommt das Ballett an die Reihe. Der kleine italienische Ballettmeister faucht mit der Glocke in der Hand, seine „Maledettos“ in die jetzt etwas sehr völgmatistischen „Ballettratten“ hinein.

Doch auch sie müssen bald das Feld räumen. Tischler und Maler kommen und wollen die Aufstellung einer Dekoration proben.

Weihnachten der Handelsangestellten.

Weihnachten, das Fest der Liebe, steht vor der Tür. Mit Freuden wird es erwartet von der Jugend, die eine reichliche Besenkung erhofft und mit Freuden sieht der Geschäftsinhaber der Weihnachtszeit entgegen...

Nur die Angestellten im Handelsgewerbe haben keine Veranlassung zur Freude. Für sie bedeutet die Weihnachtszeit eine Zeit der Qual und übermäßigen körperlichen und geistigen Anstrengung.

Wir wissen, daß jeder Appell an die „feinen Damen“ und „besseren Kreise“, im Interesse der Angestellten die Einkäufe an den Wochentagen zu besorgen, wirkungslos bleibt.

Für Auswanderungslustige!

Den Auswanderungsagenten ist im Laufe der Zeit ihr Handwerk etwas erschwert worden durch öffentliche Warnungen, die die Auswanderungslustigen vorlässiger gemacht haben.

Kommt irgendwoher wie zufällig eine Anregung, noch den angeblich so überaus ertragreichen Gebieten Südamerikas oder Australiens auszuwandern, so ist bei den in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht leider recht traurigen Verhältnissen Preußens-Deutschlands mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf zu rechnen, daß der absichtlich oder unabsichtlich ausgekreuzte Samen nicht ganz auf unfruchtbaren Boden fällt.

Nur zu oft haben Auswanderer, am Ziel ihrer Fahrt angelangt, die bittersten Enttäuschungen erlebt. Briefe von Ausgewanderten, die wahrheitsgemäß die tatsächlichen Zustände vermeintlicher Auswandererparadiese schilderten, haben schon manchen Auswanderungslustigen noch zu rechter Zeit von seinem Vorhaben abgebracht.

Es heißt, daß mit der Sache sich noch das Ministerium des Innern befaßt, das sie an das Polizeipräsidium weiter gegeben haben soll.

Die Mittagsspeisung bedürftiger Gemeindefalkinder muß in diesem Jahre während der Weihnachtsferien ausgesetzt werden.

einige Tage Ruhe erhält. Der Verein für Kinderwohlthätigkeit, dem die Küchen gehören und der im Auftrage der Stadt die Speisung ausführt, sieht sich deshalb genötigt, eine kurze Unterbrechung in der Mittagsspeisung eintreten zu lassen.

Die Organisation in den Steuerbüros.

Mit Bezug auf die Verhandlungen gegen den Magistratsbureauassistenten Lüdike verleiht der hiesige Magistrat folgende Erklärung: In einer Anzahl hiesiger Zeitungen vom 20. Dezember 1911 befinden sich Berichte über den Ausgang des Prozesses gegen den Magistratsbureauassistenten Lüdike, der am 18. und 19. d. Mts. vor dem Schwurgericht hier verhandelt worden ist.

Eine Liebestragödie im Automobil hat sich gestern vormittag am Königsdamm auf Charlottenburger Gebiet abgespielt. Dort tötete während der Fahrt der 30 Jahre alte Gerichtskanzlist Rudolph Rohde aus der Wandelstraße 30 seine Geliebte, das Dienstmädchen Olga Hahn, das bei einem Professor am Kronprinzenufer 8 in Stellung war.

Nach anderen Ermittlungen hat sich Rohde mit seiner Geliebten überworfen, weil diese zu gleicher Zeit mit einem Diener Beziehungen unterhielt. Vermutlich war sie seiner gänzlich überdrüssig.

Hier Stod hoch aus dem Fenster gekürzt hat sich gestern vormittag die 64 Jahre alte uneheliche Näherin Hedwisch Jänich aus der Litzauer Str. 23. Diese bewohnte im vierten Stod des Quergebäudes mit ihrer Schwester, der 68 Jahre alten Arbeiterwitwe Dyl, zusammen eine kleine Wohnung.

Als die Schwester erwachte und nach der Leidenden sehen wollte, bemerkte sie gerade noch, wie diese sich aus dem Fenster hinaus auf den mit spitzen Steinen gepflasterten Hof stürzte. Dort blieb sie mit einem Genickbruch, Bräunen beider Beine und schweren inneren Verletzungen liegen. Ein hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod der Unglücklichen feststellen.

Teure Affen. Die beiden Menschenaffen „Wag und Moritz“, die im Circus Busch auftraten, wollte die Direktion für ein Jahr engagieren. Die Firma Hogenberg verlangte jedoch das Einkommen von 150 000 M., wovon 120 000 M. auf die Affen und das übrige auf Verpflegung und Bedienungspersonal kommt. Der Ankauf der beiden Tiere wurde wegen der kolossalen Forderung unmöglich.

Wer sind die Toten und Verlebten? In der unterirdischen Bedürfnisanstalt am Zeughaus schoß sich Dienstagmorgen gegen 5 Uhr ein bisher unbekannter gebliebener Mann mit einer Mouserpistole in die rechte Schläfe, so daß er sofort starb. Der Tote ist ungefähr 40—50 Jahre alt, und 1,71 Meter groß, hat eine ziemlich große Nase, ein volles Gesicht und einen starken, grau gefärbten Schnurrbart und trug einen Jacketanzug, einen schwarzen Leberzieher, einen schwarzen, steifen Hut und gelbe Schuhe. Papiere wurden bei ihm nicht vorgefunden. Die Totentafel trägt die Nr. K. 6234. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Gestern in früher Morgenstunde sprang eine ungefähr 60 Jahre alte Frau vor dem Hause Elisabethstr. 30 in den Kaiserlichen Kanal. Der Vorfall wurde von Vorübergehenden beobachtet, die sofort Rettungsversuche anstellten. Es gelang ihnen auch, die Frau noch lebend aus dem Wasser zu ziehen. Sie wurde nach dem Krankenhaus am Leben gebracht. Ihre Persönlichkeit konnte man dort noch nicht feststellen. Die Unbekannte ist 1,60 bis 1,65 Meter groß und untersetzt, hat ein volles Gesicht und stark ergrautes Haar und trug eine schwarze Bluse, ebenfalls einen Rock, Strümpfe und Schuhe. — Von einem Straßenbahnwagen angefahren und zu Boden geschleudert wurde Dienstagmorgen gegen 4 Uhr an der Ecke des Grünen Weges und der Koppenstraße ein ungefähr 40 Jahre alter Mann. Als dieser dort den Damm überschreiten wollte, wurde er von einem, von dem Andreakplatz kommenden Straßenbahnwagen erfasst und mit solcher Heftigkeit zu Boden geworfen, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt. Schülente brachten den bewußtlosen Mann zuerst nach der Unfallstation in der Koppenstraße und von dort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Der Verunglückte hatte keine Papiere bei sich. Er trug eine seiner Kleidung nach dem Arbeiterstande angelegene und hat einen blonden Schnurrbart und dunkelblondes Haar.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 5 Uhr an der Ecke der Schönhauser Allee und Dörthor Straße. Dort wollte der Kaufmann Julius Goldstein, Schönhauser Allee 33 wohnhaft, über das Gitter der Kronenbrücke hinweg vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 45 das Gleis überschreiten, kam jedoch zu Fall und geriet mit beiden Beinen unter den Schutzrahmen. Mittels mitgeführter Binden und mit Hilfe der von Passanten herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, den Verunglückten in kurzer Zeit unter dem Wagen hervorzuziehen. Goldstein wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt, wo der Arzt einen schweren Schädelbruch und Gehirnerschütterung feststellte. Das Befinden des Verunglückten ist nicht unbedenklich.

Durch die Fensterheben zu entfliehen versuchten zwei Verbrecher, als sie von der Kriminalpolizei festgenommen wurden. Es sind zwei Spezialisten, Radmittagsbrecher, die besonders den Westen und Nordwesten Berlins unsicher machten, die 27 und 29 Jahre alten Erhard Wilhelm und Fritz Calenberg, die beide schon mit Justizhaus vorbestraft sind. Die beiden suchten zuletzt einen Staatsanwalt in der Luisenstraße heim. Als sie die dort eroberte Beute bei einem hiesigen Trödler verkaufen wollten, wurden sie von Beamten beobachtet. Wie diese zur Festnahme der Spitzbuben schreiten wollten, versuchten sie zu entfliehen. Da ein Entrinnen durch die Tür unmöglich war, weil diese von einem Beamten gehütet wurde, gingen sie schurkisch durch die große Spiegelhebe. Hierbei erlitten sie aber so erhebliche Wunden an Kopf und Händen, daß sie von den Beamten leicht überwältigt und festgenommen werden konnten. Nachdem sie Verbände erhalten hatten, wurden die Gestappten der Kriminalpolizei zugeführt.

Straßenbahnunfall. Ueberfahren und schwer verletzt wurde am Dienstagabend vor dem Hause Grünerweg 78 von einem Straßenbahnwagen der Linie 92 der in Nixdorf, Hermannstr. 21, wohnhafte Arbeiter Grotzsch. Der Verunglückte wurde in bewußtlosem Zustande nach der Unfallstation und von dort mittels Krankentragens nach dem Krankenhaus übergeführt.

Vor die Lokomotive eines Grunewaldzuges geworfen und zermalmt. Der Amtsvorstand Grunewald-Forscht sucht die Persönlichkeit eines jugendlichen Selbstmörders zu ermitteln. Es handelt sich um einen etwa 17-jährigen Menschen, der sich hinter der Station Eichkamp in selbstmörderischer Absicht vor die Lokomotive eines von Charlottenburg kommenden Grunewaldzuges warf. Der Lebensmüde wurde förmlich in Stücke gerissen. Bald darauf fand ein Streifenbeamter die Leichenteile. Sie wurden nach dem Selbstmörderfriedhof bei Schildhorn gebracht. Neben der Persönlichkeit des jugendlichen Selbstmörders konnte noch nichts ermittelt werden. Der Unbekannte ist dunkelblond. Er trug dunkelgestreiftes Kammerjackett, ebenfalls eine Weste, schwarzes Hemd, weißes Hemd mit Streifen, blau und gelb gestreiften Handschuhen, Trikot, schwarze Schnürstiefel und blau-graue karierte Sportmütze.

In den Reichshallen ergötzt Robert Steidl abendlich das Publikum durch seine Salongen. Jurecht sind seine Couplets über den Reichspost und der Wimmer im Schloßzimmer seine Hauptnummern, mit denen er sein Publikum zu den lebhaftesten Gekochensausdrücken hinholt. In „Rustanten-Weihnachten“, einem Genrebild von Weisfeld, tragen die stotternden Sänger der Weihnachtsstimmung Rechnung. Die sonstigen Vorträge dieser Gesellschaft enthalten so viel Humor, daß das Ende des Programms diesen Besuchern immer zu früh herankommt.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Eine inasame Verleumdung leistet sich das amtliche Organ für Steglitz, der „Steglitzer Anzeiger“, in seiner Nummer am Montag, den 18. Dezember. Unter dem Titel: „Heil Gädle und seine Truppen“ gibt die Redaktion den Versammlungsbericht einiger Berliner Blätter über eine am Sonntag in Steglitz unter freiem Himmel stattgefundene demokratische Versammlung wieder und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Wir hören hierzu, daß die Sache mit dem fehlenden Versammlungsprotokoll folgenden Daten hat. Auf der letzten Versammlung der Demokratischen Vereinigung im „Altredenhof“ wurde absichtlich nur eine lächerlich geringe Besetzung gemacht, so daß auch nicht annähernd die Kosten für Licht und Heizung einliefen. Außerdem leisteten sich einige Sozis, die als Gäste da waren, das Vergnügen, verschiedene Tischstühle zu zerbrechen. Infolge dieses Verhaltens forderte die „Altredenhof“-Verwaltung für die gestrige Versammlung eine Pauschalsumme, was man ihr nicht verdanken kann. Die Demokratische Vereinigung wollte aber nicht zahlen, und so mußte der freie Himmel, nach sozialdemokratischem Muster, herhalten, den Gädle-Männern Obdach zu gewähren.“

Die durch Speerdruck hervorgerufene Behauptung ist eine Gemeinheit, die den damit verfolgten Zweck deutlich erkennen läßt. Die in Betracht kommende Versammlung fand bereits am 28. Oktober statt und nach den von uns eingezogenen Grundangaben ist weder der Leitung der Versammlung noch dem sozialdemokratischen Wahlkomitee bisher, der Nachweis von einem Verschneiden von Tischstühlen gelungen.

Sollte das letztere aber wirklich der Fall sein, woher weiß die Redaktion, daß die Täter Sozialdemokraten waren? Hat die Redaktion des „Steglitzer Anzeiger“ Beweise für ihre Behauptung, dann heraus damit. Müßt die Redaktion mit Beweisen aber nicht heraus, so bestätigt sich die allgemeine Annahme, daß die Behauptung weiter nichts als eine elende Lüge ist und daß die Redaktion nach dem reichsverbündlichen Grundgesetz: Verleumdung, es bleibt schon etwas hängen. Für jeden Arbeiter wie für jeden freihändig denkenden Bürger sollte aber dieses Verhalten ein Grund sein, ein solches Blatt nicht noch durch Abonnement zu unterstützen.

Der hiesige Arbeiter-Turnverein hält am 1. Weihnachtsfeiertag im Restaurant „Birkenwäldchen“ eine Weihnachtsfeier ab, wozu die Arbeiterklasse freundlichst eingeladen ist.

Nixdorf.

Wegen Mißhandlung ihres Kindes ist, wie eine Korrespondenz meldet, gegen den Musiker Hunzinger und dessen Ehefrau aus der Jägerstraße 82 ein Strafverfahren eingeleitet worden. Hunzinger besitzt aus seiner ersten Ehe einen achtjährigen Sohn und ein fünf Jahre altes Töchterchen. Der Knabe wurde bereits vor längerer Zeit wegen Mißhandlung in eine Erziehungsanstalt gebracht. In der vergangenen Nacht irrte das kleine Mädchen in den Straßen umher. Leute, die es weinen hörten, nahmen sich seiner an und brachten es zur Polizei, wo sich herausgestellt haben soll, daß der Knabe des Kindes mit blauen Striemen und blutunterlaufenen Flecken bedeckt war. Das Kind wurde nach dem Waisenhaus gebracht. Gegen die Eltern soll ein Strafverfahren eingeleitet sein.

Rummelsburg.

Die Neuordnung der hiesigen Knabenmittelschule führte in der letzten Gemeindevertretersitzung zu einer längeren und scharfen Auseinandersetzung zwischen einigen bürgerlichen Gemeindevertretern unter Führung des Bürgermeisters und unseren Genossen. Nach den am 3. Februar 1910 erlassenen Bestimmungen für die Mittelschulen Preußens sollen Schulen mit weniger als neun aufsteigenden Stufen nicht mehr als Mittelschulen anerkannt werden. Der Gemeindevorstand hatte demzufolge beantragt, die jetzige siebenstufige Mittelschule in eine neunstufige umzuwandeln. Unsere Vertreter traten hierbei mit großem Eifer und Wärme für die Abschaffung der Vorklassen und Aufbau der Mittelschule auf die Volksschule ein. In scharfer Weise kennzeichnete Genosse Jahn das Eintreten für die Vorklassen als im höchsten Grade unsozial, allein diktiert vom Standpunkt der Verfeindeten als eine besondere Klasse. Besonders die Vorklassen an der Mittelschule, welche in Wirklichkeit auch nach der Neuordnung nicht weiter als eine verbesserte Volksschule darstellt — und die demzufolge in ihren Mittelstufen einen größeren Zustrom von Volksschülern aufweist — bezeichnete unser Genosse als ganz besonders schädlich. Durch die Volksschulklassen und den späteren Zugang der Volksschüler würden die Mittelstufen arg überfüllt und andererseits die Schule aus zweierlei vorgebildetem Schulmaterial zusammengesetzt, worunter die aus der Volksschule übergehenden Schüler sehr zu leiden haben. Auch gab unser Redner zu bedenken, daß doch die gesamte Lehrerschaft und fast alle namhaften Pädagogen von Ruf Gegner der Vorklassen sind. Für Verbeibehaltung der Vorklassen traten besonders Bürgermeister Dr. Jahn, der Rektor der Mittelschule und die beiden Korrespondenten der Wissenschaft auf bürgerlicher Seite, die Gemeindevorteiler Lehnitz und Hartmann ein. Die letzteren erklärten ganz naiv, nicht einleihen zu können, warum die Gemeinde für die Kinder ihrer wohlhabenden Einwohner, welche durch Zahlung von Schulgeld zu den Vorklassen beitragen wollen, nicht auch schon vom Schulbeginn an eine bessere Schule erhalten sollen. Nachdem unsere Vertreter Müller und Ritter noch die gegnerischen Einwände gebührend kritisierten und die von den Befürwortern zutage gefördernden äußerlich rücksichtlosen Ansichten treffend geantwortet hatten, wurde die Vorlage von der bürgerlichen Mehrheit zum Beschluß erhoben. Für den vorher zur Abstimmung gekommenen Antrag unserer Vertreter auf „Aufhebung der Vorklassen“ an der Mittelschule stimmte von den bürgerlichen Vertretern nur der Gemeindevorteiler Petritz. Im Ausschuss war der Antrag unserer Vertreter nur mit der Mehrheit von einer Stimme abgelehnt worden, auch hat der Bürgerverein, welcher vier Gemeindevorteiler und einen Schöffen stellt, einen Beschluß gegen Verbeibehaltung der Mittelvorklassen gefaßt, des weiteren hatten zwei von den Bürgervereinsvertretern, die bei der letzten Gemeindevoteilung durch unsere Wahlhilfe gewählt worden sind, unserem damaligen Wahlkomitee das Versprechen gegeben, für Aufhebung der Vorklassen zu stimmen und zum Ueberfluß hatte auch noch Herr Petritz, der Führer der bürgerlichen Mehrheit, für die Aufhebung plädiert — trotzdem dieses Resultat. — Verständlich wird das Resultat nur dadurch, daß der Bürgermeister es verstanden hatte, die bürgerlichen Vertreter durch die Erklärung locken zu lassen, daß die durch den Fortfall der Vorklassen frei werdenden Mittelvorklassen keine Verpflichtung zur Uebernahme einer anderen Lehrstelle haben und somit die Gemeinde die Gehälter für dieselben ohne Gegenleistung fortzahlen müßte. Auch will Dr. Jahn berechnet haben, daß bei Fortfall der Vorklassen und Ueberführung der in Betracht kommenden Schüler in die Volksschulen der Kostenpunkt für die Gemeinde ein höherer sein würde als bei Verbeibehaltung der jetzigen Vorklassen. Bei solcher Fürsorge des Gemeindevorstandes für den Gemeindefiskus kann natürlich auch kein braves Staatswaterherz sich von Gruppflügen oder gar von Interessen für die Allgemeinheit leiten lassen. Ob aber das vom Bürgermeister an die Wand gemalte Scharadespiel überhaupt irgendwie zutrifft, das zu prüfen, kann man natürlich seinem Gemeindevorteiler zumuten. Es wurde dann noch beschlossen, dem „Rummelsburger Realgymnasium“ zur Unterweisung von dem Lichtenberger Realgymnasium die Bezeichnung „Jahn-Realgymnasium“ zu geben.

Selbstmord auf den Eisenbahnstrecken verübte vorgestern der 44-jährige Arbeiter Eduard Schmidt aus der Kanitzstr. 18. Er hatte wie berichtet wird, infolge längerer Krankheit seine Stellung verloren und vermochte trotz eifrigster Bemühungen anderweitige Beschäftigung nicht zu finden. Er geriet daher mit seiner Familie in Not und nahm sich dies so zu Herzen, daß er schwermütig wurde und zu sterben beschloß. Er entfernte sich am Montag spät abends heimlich aus seiner Wohnung, irrte eine Zeitlang in der Umgebung planlos umher und begab sich dann nach Karlsdorf. Hier warf er sich in der Nähe des Blockhauses am Dammweg vor einen nach Süden fahrenden Vorortzug und wurde sofort getötet. Die Leiche des Lebensmüden wurde gestern früh zerstückelt aufgefunden und nach der Karlsdorfer Friedhofshalle gebracht.

Eine gestorbene Ordnungshilfe. In der letzten nichtöffentlichen Gemeindevertretersitzung gab der Bürgermeister bekannt, daß der frühere Polizeiwachmeister, jetzige Friedhofsinpektor Runge die Gemeinde um 5472,50 M. dadurch geschädigt hat, daß derselbe im Laufe der letzten drei Jahre die Einnahmen aus den verschiedenen Kirchhofgebühren nur zum Teil verbucht und abgeführt hat.

Runge stand bei seinen Kameraden im Kriegerverein in großem Ansehen. Auch unseren Genossen gegenüber zeigte er sich als früherer Amtswachmeister mitunter als schneidiger Beamter.

Weißensee.

Bei den Wahlen zum Vorstande der neugegründeten Innungskrankenkasse der Wäcker wurden die von dem Verband der Wäcker aufgestellten Kandidaten gewählt. Die Vorschläge der nichtorganisierten Arbeitnehmer unterlagen.

Groß-Lichterfelde.

In unserem Bericht aus der Gemeindevertretung in der Dienstagnummer ist, so teilt uns die Gemeindeverwaltung mit, infolgedessen ein Verum enthalten, als nicht die Gemeindeangestellten, sondern die Gemeindearbeiter eine Feuerungszulage von 30 M. erhalten sollen.

Reinickendorf.

Der Verkauf von Kartoffeln durch die Gemeinde, der bereits in der Vorwoche beabsichtigt war, jedoch wegen unerwarteten Ausbleibens der Kartoffeln nicht stattfinden konnte, soll einer amtlichen Bekanntmachung des Gemeindevorstandes gemäß, nunmehr bestimmt heute Donnerstag, den 21. Dezember, von vormittags 9 Uhr ab auf dem Güterbahnhof Reinickendorf-Dorf, Graf-Röder-Allee, erfolgen. Abgehoben werden Mengen von nicht unter 10 Pfund und nicht über 3 Zentner an solche ortsangehörige Familien, deren Ernährer nicht über 1800 M. Einkommen versteuert. In geeigneten Fällen (große Familie usw.) kann jedoch von dieser Bestimmung abgesehen werden.

Adlershof.

Bei der gestern stattgefundenen Gemeindevertreter-Ergebniswahl wurde an Stelle des verstorbenen Genossen Hertz der Genosse Jabel mit 625 Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Ein Märchenadmittag unterm Weihnachtsbaum findet am Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, im „Jugendheim“, Bismarckstr. 11, für unsere Kleinen statt. Der Eintritt ist frei; die Eltern werden gebeten, ihre Kinder recht zahlreich an der Veranstaltung teilnehmen zu lassen. Am Sonnabend, den 30. Dezember, abends 8 Uhr, veranstaltet der Bildungsausschuß im Lokal von Payer, Bismarckstr. 10, einen Lichtbildervortrag. Herr Lehrer G. Sonnemann (Jürgen Brand) aus Weenen spricht über „Die Reise nach Island“. Nach dem Vortrage gemütliches Beisammensein mit Tanz. Der Eintrittspreis beträgt für Personen über 18 Jahre 20 Pf.; unter 18 Jahren ist der Eintritt frei. Billets sind bei den Bezirksführern zu haben.

Rosowes.

Errichtung einer großen Seidenfabrik. Die Berliner Seidenfabrik Wiegand u. Co. beabsichtigt, ihre Fabrik von Rosfeld nach Rosowes zu verlegen und hat zu diesem Zwecke vor längerer Zeit auf dem linken Ruder, dicht an der Eisenbahnbrücke, ein größeres Wiesengelände erworben, das im Laufe des Jahres aufgeschüttet worden ist. Gegenwärtig ist man mit den Vorarbeiten für die Errichtung der Gebäude, die eine bebaut Fläche von 3800 Quadratruddern einnehmen werden, beschäftigt. Die Fundamentierungen werden in Beton ausgeführt. Mit der Front nach der Kaiser-Wilhelm-Straße wird sich in einem weiten Vorgarten das in seinem äußeren monumental wirkende Verwaltungsgebäude erheben, während das Hinterland für die eigentlichen Fabrikanlagen bestimmt ist. Den gewaltigen Fabrikpfeil sollen zahlreiche Nebenträume umgeben, die zum Teil hygienischen und sogenannten Wohlfahrtszwecken dienen werden.

Bernau.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der bei der letzten Stadtverordnetenwahl als Erster gewählte Genosse Knöschke in sein Amt eingeführt. Der hierauf gewählten Rechnungsprüfungs- und Stadtkommission gehören die Genossen Heilig und Knöschke an. Den Antrag unserer Genossen, der die menschenliche Beförderung von Lehrmitteln für sämtliche Kinder der Volksschule fordert, begründete Genosse Berner. Berner betonte, daß wenn die Eltern verpflichtet sind, ihre Kinder der Schule zuzuführen, die Gemeinde auch die Lehrmittel zu beschaffen habe. Der hierfür aufzuwendende Betrag dürfe sich pro Kind auf 4 bis 5 M. belaufen, das mache bei einer Besuchsziffer von 1200 Kindern circa 5000 bis 6000 M. Die Forderung sei auch schon deshalb berechtigt, weil die Stadtvertretung auch bei der Uebernahme der höheren Schule in städtische Regie 7000 M. für Abfindung und weitere 7000 M. jährlich zur Unterhaltung der Schule bewilligt habe. Der erste Diskussionsredner Herr Kalbe erklärte, daß die Mehrheit der Versammlung diesem Antrag nicht zustimmen könnte; auch andere Bürger hätten ihm, Berner, erklärt, sie Lehrmittel von der Stadt für ihre Kinder in Anspruch nehmen zu wollen. Stadtv. Schmeichel glaubte, daß unsere Genossen wohl auf Grund eines Oberverwaltungsgerichtsenthebes, wonach die Eltern zur Beschaffung von Lehrmitteln nicht gezwungen werden könnten, zur Stellung des Antrages gekommen wären. Von unseren Genossen wurde diesen beiden Herren zu verstehen gegeben, daß die Erfüllung ihrer Forderung von hervorragenden Pädagogen als etwas ganz Selbstverständliches betrachtet werde. Diejenigen Eltern, die keine Lehrmittel für ihre Kinder haben wollten, könnten darauf hingewiesen werden, daß ihre zum Militär eingezogenen Söhne doch auch auf Staatskosten versorgt und ihnen sogar noch familiäre Mittelzeuge wie Säbel, Hüfte usw. geliefert würden. Bei den höheren Schulen forderten die Eltern, daß sofern sie mehrere Kinder nach der Schule schickten, eins vom Schulgeld befreit sein müßte. Der Antrag wurde von sämtlichen 16 Bürgerlichen gegen unsere acht Genossen abgelehnt.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Kur- und Verpflegungskosten in Klasse III des städtischen Krankenhauses betragen bisher für Kinder unter 10 Jahren 1,75 M. pro Tag, während für solche Kinder, die wegen anstehender Krankheiten dem Krankenhaus vom Arzt überwiesen wurden, nur 1,25 M. gezahlt werden konnten. Weil infolge des hohen Kostensatzes wenig Kinder dem Krankenhaus zugeführt wurden, legte die Versammlung den Betrag von 1,75 auf 1,25 M. für alle Kinder unter 10 Jahren herab. — Für häusliche Veränderungen zur Erhöhung der Feuericherheit in einigen städtischen Schulen wurden 1200 M. bewilligt. — Die russische Kolonie soll an die städtische Wasserversorgung angeschlossen werden. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 3700 M. werden bewilligt. — Das Grundstück Kaiser-Wilhelmstraße 22 soll käuflich erworben werden, weil man es zu Schulzwecken verwenden will. Der Kaufpreis soll 70 000 M. betragen. Die Stadtväter lehnten es ab, diesen hohen Preis zu zahlen, sie wollen ihre Zustimmung nur bei einem Preise von 50 000 M. geben. Schon vor kurzem bildete dieses Grundstück Gegenstand der Tagesordnung, wo es sogar 85 000 M. kosten sollte. — An der Ecke der Kurfürsten- und Behlertstraße wird für die dort haltenden Droschken ein Wasserdruckhändler eingerichtet, der 500 M. kostet. — Zur Wiederherstellung des Innern der Nikolakirche hatte die Stadtverordnetenversammlung im Februar 1908 10 900 M. als Beitrag zu den auf 32 700 M. veranschlagten Kosten bewilligt. Die Stadt ist als Patronin zur Uebernahme eines Drittels der Kosten verpflichtet. Von dieser bewilligten Summe ist bisher nur ein kleiner Teil aufgebraucht worden. Weil sich jedoch wieder andere Mängel in der Kirche gebildet haben sollen, ist abermals ein Kostenaufschlag aufgestellt worden, der sich diesmal auf 59 900 M. beläuft; es hätte die Stadt zu den bewilligten 10 900 M. noch 9000 M. hinzuzugeben. Die Versammlung bewilligte nur noch 3100 M., so daß die Gesamtbewilligung zu diesem Zweck 14 000 M. beträgt. Der Stadtv. Glauert nahm die Gelegenheit wahr, für die hiesigen Gewerbetreibenden zu sorgen, indem er die Mehrforderung nur unter der Bedingung bewilligen will, daß die Arbeiten von hiesigen Meistern ausgeführt werden. — Die Biersteuerordnung hatte bisher das Bier, das von den Angestellten der Brauerei getrunken wird, den sogenannten Hausdruck, steuerfrei gelassen. Nach einem Ministerialerlaß ist dies unzulässig und muß deshalb jetzt auch der Hausdruck versteuert werden. Die Folge hiervon ist, daß die Gastwirte, die nur hiesiges Bier führen, künftig kein Lagerbuch mehr brauchen. — Der Ausschuss für die Prüfung der Stadtverordnetenwahlen bemängelt, daß das Wahllokal im ersten Bezirk der dritten Abteilung nicht mehr zureicht, denn die Wahl hatte infolge zu starken Andranges bis 10 Uhr abends gedauert. Der Magistrat soll die Teilung der Wahlbezirke erwägen.

Aus aller Welt.

Kein lückenloses Programm!

Während der nächsten Wochen sind die den oberen Zehntausend angehörenden Herrschaften wenig beneidenswerte und viel geplagte Menschen. Ein Vergnügen jagt das andere, mit Mühe und Not

finden Männlein und Weiblein zwischen den einzelnen Festen einige Stunden freie Zeit, die aber noch durch Ausflüge und Anproben der neuesten Kostüme zusammenschlingen. Wichtig für die Vorbereitungen der Winterfeste ist es natürlich, zu wissen, an welchen Tagen der kaiserliche Hof seine Feste abhält. Dem leicht könnte es kommen, daß das von Frau Gräfin A. arrangierte Ballfest eine gähnende Leere aufweist, weil gerade an demselben Tage im kaiserlichen Hof die „Creme der Gesellschaft“ versammelt ist. Das kaiserliche Hofmarschallamt hat sich daher sicher den Dank aller Beteiligten verdient, daß es bereits jetzt die für den kommenden Januar am Berliner Hofe geplanten Feste bekannt gibt. Es finden statt am 1. Januar: Neujahrfeier, 16. Januar: Militär-Cour, 17. Januar: Fest des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler, 19. Januar: Große Cour für das diplomatische Korps, 21. Januar: Krönungs- und Ordensfest, 23. Januar: Vortrag in der Kriegsakademie, 24. Januar: Zweihundertjahrfeier der Geburt Friedrichs des Großen, 27. Januar: Geburtstag des Kaisers. Der erste Hofball wird am 31. Januar abgehalten.

Jeder Kundige wird zwei Festtage in dem Vergnügungskalender vermissen. Am 12. Januar finden die Reichstagswahlen statt und da erwartet doch jeder deutsche Patriot am Abend nach der Schlacht die Rezitation einiger kleist'schen Verse vom Balkon des Schlosses, dasselbe wird auch für den Stichtag, den 23. Januar, erwartet. Vielleicht empfehlen sich diesmal folgende Strophen:

Ich kann mich nicht entschuldigen
Wie lähmt's die Junge, die Worte wollen, wie
Verschlafne Kinder, nicht aus Licht.

Vierzehn Personen verbrannt.

Ein schweres Brandunglück meldet der Telegraph aus der rumänischen Orttschaft Nicolcscht. Während eines Brandes, der in der letzten Nacht auf dem Gute des Großgrundbesizers Dumitrescu mehrere Gebäude einäscherte, brannte auch ein Stall nieder, in dem vierzehn jugendliche Arbeiter schliefen. Die jungen Leute sind sämtlich in den Flammen umgekommen.

Schwere Schiffskollision.

Auf der Themsemündung in der Nähe von Gravesend fuhr am Dienstagabend der nach Hamburg bestimmte englische Dampfer „Widgeon“ mit einem anderen Dampfer zusammen. Der „Widgeon“ erlitt bei dem Zusammenstoß so schwere Lecks, daß er nach sieben Minuten sank. Drei Mann der Besatzung haben den Tod in den Wellen gefunden, während es der übrigen Mannschaft gelang, sich in den Booten zu retten.

Kleine Notizen.

Luftmord an einem Kinde. In einem Münchener Vororte wurde Mittwoch vormittag auf einer Wiese die Leiche eines Mädchens gefunden. Der Leichnam war in einen Sack eingeschürt. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Luftmord.

Vom Holzwerk zermalmt. In Königshütte (Oberschlesien) stürzte der Arbeiter Kramarczyk in den Rollengang eines Holzwerkes und wurde vollständig zermalmt.

Schwere Gaskvergiftung. In Prag wurden gestern ein Reisender Kulhanel, seine Gattin und sein dreijähriger Sohn, sowie ein Logierfräulein in ihrer Wohnung infolge Gaskvergiftung bewußtlos aufgefunden. Kulhanel, sein Sohn und das Fräulein starben; Frau Kulhanel ringt mit dem Tode. Das Gas war durch die Erde in Keller und Wohnung gedrungen.

Witterungsübersicht vom 20. Dezember 1911.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 5-9-12	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 5-9-12
Sohnmbe.	759	S	3	Rebel	5	Cararanda	740	W	2	Rebel	-0
Hamburg	754	SW	3	Rebel	7	Leiersburg	757	W	3	bedeckt	1
Berlin	754	S	3	bedeckt	8	Salzh.	747	SW	7	wolkig	9
Kranf.a.W.	758	NO	1	Rebel	3	Aberdeen	742	SW	4	Regen	7
München	763	NO	1	wolkig	-2	Paris	751	S	2	bedeckt	10
Wien	764	SW	1	Rebel	-1						

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. Dezember 1911.

Zukunft milde, jedoch vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich starken südwestlichen Winden; später teilweise aufklarend und etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Eingegangene Druckschriften.

Fuhrkarte eines Bädergeleiten durch Europa, Asien und Afrika. Von Rud. Gnobl. Mit vielen Abbildungen. Verlag von Nag Steinbach, München.

Briefkasten der Expedition.

Ballenten in Delft, Busch und anderen Heilpflanzen. Diesenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilpflanze bleiben, wollen und wegen der Ueberweisung von Freirechnungen sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Marktpreise von Berlin am 19. Dezember 1911. nach Ermittlung des Königl. Volkswirtschaftsamt. Markthallenpreise. (Einhandl.) 100 Kilogramm Erbsen, gelb, zum Kochen 36,00-50,00. Speisebohnen weiße, 40,00-60,00. Linsen 40,00-60,00. Kartoffeln 8,00-11,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80-2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20-1,80. Kalbfleisch 1,50-2,40. Hammelfleisch 1,20-2,20. Butter 2,00-3,20. 60 Stück Eier 3,80-6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,20-2,40. Halm 1,20-2,80. Jander 1,40-3,60. Heide 1,20 bis 2,60. Barke 1,00-2,00. Säfte 1,40-3,20. Mele 0,80-1,40. 60 Stück Krebse 2,40-24,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	19.12.	18.12.		19.12.	18.12.
	cm	cm		cm	cm
Regel, Alth.	192 ⁺	-4	Saale, Großk.	52	-2
Regel, Jüterburg	-26 ⁺	+6	Havel, Spandau ²⁾	41	-1
Wetzlar, Thorn	18	-4	Havel, Rathenow ²⁾	10	-10
Ober, Ratibor	123	+3	Spree, Spremberg ²⁾	80	-2
„ Krossen	53	+3	„ Beeslow	80	+1
„ Frankfurt	69	-1	„ Runden	110	-6
Barthe, Strinum	25	+3	„ Rinden	170	0
„ Landsberg	-13	-1	Rhein, Maximiliansau	312	-4
Rehe, Borsdam	-4	+2	„ Rauh	117	+1
Gibe, Zeitmerz	-72	+4	„ Rün	128	-4
„ Dresden	-198	-2	Redar, Neißbrunn	41	-7
„ Berch	17	+2	Rain, Berthelm	90	0
„ Magdeburg	22	+1	„ Rofel, Erier	126	-31

¹⁾ + bedeutet Sturz, - Fall. ²⁾ Unterpegel. ³⁾ Stands. ⁴⁾ Oberhalb der Brücke Stands.



Stiller

Gegr. 1867

Potsdamer Strasse 2
Friedrichstrasse 75
Tautenzienstrasse 19a

Königstrasse 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146
Rixdorf, Bergstr. 25-26

12.50 Spezial-Verkauf:
Tautenzienstrasse 7b

Rosenthaler Strasse 5
Charlottenburg:
Wilmersdorfer Strasse 45

Neu eröffnet:
Oranienstrasse 161
Gr. Frankfurter Str. 123

Zentrale und Versand-Ableitung: Jerusalemer Straße 32-35 • Ecke Leipziger Straße am Dönhoff-Platz

Preiswerte und nützliche Weihnachtsgeschenke

Damen-Stiefel

Chevrett-Schnür-Stiefel mit Ledkappe und amerikanischem Absatz. Sehr beliebte Form (buntest preiswert) **7⁵⁰**

Boxcall- und Chevreau-Schnür-Stiefel mit Ledkappe und Derbysohlenschnitt, in ganz neuen Fassons, sehr preiswert **8⁷⁵**

Boxcall- und Chevreau-Schnür- und Knopf-Stiefel in neuen beliebten Modellformen, mit u. ohne Ledkappe u. Derbysohlenschnitt, sehr feine Ausführung **10⁵⁰**

Herren-Stiefel

Herren-Schnür-Stiefel in Rindbox und Ross-Chevreau, mit und ohne Ledkappe und Derbysohlenschnitt, in verschiedenen modernen Formen .. **8⁷⁵**

Preiswerte Boxcall-Schnür-Stiefel mit extra starken Sohlen und Derbysohlenschnitt, in allen beliebten Modellformen **10⁵⁰**

Preiswerte Boxcall-Schnür-Stiefel mit besonders kräftigen Doppelsohlen und Derbysohlenschnitt in beliebten modernen Formen, Goodyear-Well-Ausführung **12⁵⁰**

Kinder-Stiefel

Schnür-Stiefel, Boxcall, durchgenäht, dauerhafter Schul- und Strapazier-Stiefel

25-27	28-30	31-35
4⁵⁰	5⁵⁰	6⁵⁰

Schnür- und Knopf-Stiefel, Boxcall oder Chevreau, durchgenäht, besonders kräftige Ausführung

25-27	28-30	31-35
5⁵⁰	6⁵⁰	7⁵⁰

Stiefel für Ski- und Rodelsport • Elegante Eislauf-Stiefel • Wasserdichte Jagd-, Berg- und Touren-Stiefel

Praktische Hausschuhe für Damen, Herren und Kinder

Damen

Kamelhaarstoff-Hausschuh mit Bindfadensohle **85^{Ps}**

Kamelhaarstoff-Hausschuh mit Filz- und Ledersohle **1³⁵**

Kamelhaarstoff-Hausschuh mit Lasche, mit Ledersohle und Filzzwischensohle, viele neue Dessins **1⁹⁵**

Herren

Kamelhaarstoff-Hausschuh mit Lasche, Ledersohle und Filzzwischensohle **2⁵⁰**

Kamelhaarstoff-Hausschuh mit Lasche, Ledersohle und Filzzwischensohle, geschmackvolle Muster **3⁵⁰**

Kamelhaarstoff-Schnallenstiefel mit Ledersohle und Filzzwischensohle **3²⁵**

Kinder

Kamelhaarstoff-Riemen-schuh mit Ledersohle

18-24	25-29	30-35
1⁰⁰	1²⁵	1⁵⁰

In besserer Ausführung

1²⁵	1⁰⁵	1⁰⁵
-----------------------	-----------------------	-----------------------

Kamelhaar-Schnallen-Stiefel mit Ledersohle

18-24	25-29	30-35
1²⁵	1⁵⁰	1⁷⁵

Melton-Hausschuh in vielen neuen Farben, mit Ledersohle

25-30	31-35
1⁰⁰	2⁰⁰

Samt-Hausschuh, fargerbig mit Ledersohle (neues Muster)

25-30	31-35
2⁰⁰	3⁰⁰

